



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 11/12/13
Dienstag, 26. November 2013
16:03 - 23:05 Uhr
Kantonsratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 26.01.2014

Vorsitz:	Daniel Schlatter	SP
Protokoll:	Gabriele Behring	
Stimmzähler:	Martin Egger Hansueli Scheck	FDP SVP
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsident und 34 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	Till Hardmeier	JFSH
Erster Teil der Sitzung	Dr. Katrin Bernath	OeBS
Zweiter Teil der Sitzung:	Walter Hotz	SVP

TRAKTANDEN

1 **VdSR vom 24. September 2013: Voranschlag 2014** Seite 6

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

17.07.2012	Bericht des Stadtrates zur Motion Wullschleger "Gesunde und attraktive Finanzen"	GPK
25.09.2012	VdSR VBSh/RVSH: Ein Bus, ein Dach, ein Unternehmen	SPK
20.11.2012	VdSR Zukünftige Energie- und Klimaschutzpolitik	SPK
26.11.2012	VdSR Ergänzung zur Verordnung über das Dienstverhältnis und die berufliche Vorsorge der Mitglieder des Stadtrates	GPK
04.12.2012	VdSR Bauabrechnung Sanierung Eissportanlagen KSS	GPK
30.04.2013	VdSR Bauabrechnung Sanierung und Erneuerung des Museums zu Allerheiligen	GPK
19.06.2013	Motion Christa Flückiger/Patrik Simmler: Förderung von gemeinnützigem Wohnungsbau	
25.06.2013	VdSR Botschaft zur Initiative "Eine Schuldenbremse für die Stadt Schaffhausen" der FDP/JFSH der Stadt Schaffhausen, Stellungnahme und Gegenvorschlag des Stadtrats	SPK
02.07.2013	Postulat Beat Brunner (EDU): Rückzug des Materialabbaugebiets Solenberg aus dem Regionalen Naturpark	
02.07.2013	VdSR Städtische Werke Schaffhausen (StWSN), Tarifrevision Wasser 2013, Anpassung Rahmentarif Wasser (RTOW 2013)	SPK
20.08.2013	Interpellation Dr. Katrin Bernath (OeBS): Freiräume für die Bevölkerung und die Natur in der Stadt Schaffhausen	
20.08.2013	VdSR Zonenplanänderung Nr. 11 - Freudental	FK Bau
17.09.2013	Postulat Leonardo Pivetta (AL): Offenes und kostenloses WLAN in der Schaffhauser Altstadt	
17.09.2013	Postulat Georg Merz (OeBS): Parkplatznot und Stadtfinanzen durch Parkplatzbau verbessern	
29.10.2013	VdSR Zonenplanänderung Nr. 12 - Merishausertal sowie Baurechtsbedingungen mit der IWC Schaffhausen für das Grundstück GB Nr. 8550	FK Bau
29.10.2013	Postulat Till Hardmeier (JFSH): Aufwertung des Rheinufers: Möglichkeit für ein Sommerbistro	
06.11.2013	Motion Andi Kunz (AL): Bodenspekulation stoppen. Kein Verkauf von städtischem Land an Private ohne gemeinnützigen Zweck	
14.11.2013	Postulat Andi Kunz (AL): Flächendeckende Prüfung von Aufzonungen	
14.11.2013	Interpellation Leonardo Pivetta (AL): Bodenspekulation stoppen. Alternative Finanzierungsstrategien für eine aktive Bodenpolitik	
14.11.2013	Interpellation Martin Jung (AL): Engagement der Stadt im gemeinnützigen Wohnungsbau	
14.11.2013	Motion Andi Kunz (AL): Baurechtszinsen für die Finanzierung einer aktiven Landerwerbs- und Wohnbaupolitik zweckbinden	
14.11.2013	Motion Andi Kunz (AL): Kein Ausverkauf unserer Stadt - und erst recht nicht am Volk vorbei	

Kleine Anfragen 2013:

- Kleine Anfrage von Andi Kunz (AL) vom 10. September 2013: Aus die Maus für die "Alte Emma"? Fragen zur Schliessung einer Quartierbeiz
 - Kleine Anfrage von Urs Tanner (SP) vom 6. November 2013: Späterer Schulbeginn an der Oberstufe?
 - Kleine Anfrage von Hermann Schlatter (SVP) vom 11. November 2013: Details zur familienergänzenden Kinderbetreuung (Kinderkrippen)
 - Kleine Anfrage von Till Hardmeier (JFSH) vom 12. November 2013: Wie viele teure Experimente mit Biogas braucht es noch?
 - Kleine Anfrage von Bea Will (AL) vom 14. November 2013: Städtische Verwaltungsliegenschaften freispielen
 - Kleine Anfrage von Martin Jung (AL) vom 14. November 2013: Was wurde aus der Revision der Parkplatzverordnung?
 - Kleine Anfrage von Dr. Katrin Bernath (OeBS) vom 26. November 2013: Profitiert die Stadt vom gemeinsamen Werkhof?
-

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

**Traktandum 1 Vorlage des Stadtrats vom 24. September 2013:
Voranschlag 2014 der Einwohnergemeinde Schaffhausen**

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrats vom 24. September 2013 und die Anträge mit den Anpassungen der GPK und den an der Ratssitzung vom 26. November 2013 beschlossenen Änderungen in der Schlussabstimmung mit 21:9 Stimmen wie folgt gut:

1. Der Voranschlag der Einwohnergemeinde Schaffhausen für das Jahr 2014 wird gemäss Stadtverfassung genehmigt und nach Art. 11 der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.
2. Der Gemeindesteuerfuss wird auf 98 Prozent festgesetzt und nach Art. 25 lit. c Ziff. 1 in Verbindung mit Art. 11 der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.
3. Die Lohnsummenentwicklung nach Art. 19 Abs. 2 Personalgesetz wird mit 0,8 Prozent festgelegt.
4. Der Stadtrat wird ermächtigt, die im Jahre 2014 benötigten finanziellen Mittel zu beschaffen.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Daniel Schlatter (SP)**, eröffnet die Dreifachsitzung Nr. 11/12/13 vom 26. November 2013 mit der Begrüssung der Ratsmitglieder, des Stadtpräsidenten und der Herren Stadträte, der Gäste auf der Tribüne sowie der Medienberichterstatte.

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Anträge des Stadtrats und der GPK vom 18.11.2013 und entsprechend angepasste Anträge der Botschaft des Stadtrats an den Grossen Stadtrat zum Voranschlag 2014 vom 24. September 2013
- Motion von Andi Kunz (AL) vom 13. November 2013: Baurechtszinsen für die Finanzierung einer aktiven Landerwerbs- und Wohnbaupolitik zweckbinden
- Motion von Andi Kunz (AL) vom 13. November 2013: Kein Ausverkauf unserer Stadt - und erst recht nicht am Volk vorbei
- Postulat Andi Kunz (AL) vom 13. November 2013: Flächendeckende Prüfung der Aufzonungen
- Interpellation von Martin Jung (AL) vom 13. November 2013: Engagement der Stadt im gemeinnützigen Wohnbau
- Interpellation von Leonardo Pivetta (AL) vom 12. November 2013: Bodenspekulation stoppen. Alternative Finanzierungsstrategien für eine aktive Bodenpolitik
- Antwort des Stadtrats vom 14. November 2013 auf die Kleine Anfrage von Katrin Huber Ott (SP) betreffend Steuerausfälle bei Annahme der SVP-Familieninitiative
- Kleine Anfrage von Andi Kunz (AL) vom 13. November 2013: Was wurde aus der Revision der Parkplatzverordnung?
- Kleine Anfrage von Bea Will (AL) vom 13. November 2013: Städtische Verwaltungsliegenschaften freispielen
- Kleine Anfrage von Till Hardmeier (JFSH) vom 12. November 2013: Wie viele teure Experimente mit Biogas braucht es noch?
- Individuelle Sitzungsgeldabrechnung des Grossen Stadtrats für den Zeitraum 01.11.2012 bis 31.10.2013

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

- Die Motion Andi Kunz (AL) betreffend "Bodenspekulation stoppen, kein Verkauf von städtischem Land an Private ohne gemeinnützigen Zweck" vom 6. November 2013 wurde vom Büro geprüft und motionswürdig erklärt. Sie wird auf die Traktandenliste der Ratssitzung vom 10. Dezember 2013 aufgenommen.
- Die beiden Motionen von Andi Kunz (AL) vom 13. November 2013 werden an der nächsten Bürositzung auf ihre formelle Motionswürdigkeit geprüft.

Verhandlungsbereit gemeldete Geschäfte aus der Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit:

- VdSR Zonenplanänderung Nr. 12 - Merishausertal sowie Baurechtsvertrag mit der IWC Schaffhausen vom 29. Oktober 2013 und Antrag der Fachkommission Bau vom 20. November 2013
- VdSR Zonenplanänderung Nr. 11 - Freudental vom 20. August 2013

Beide Geschäfte werden auf die Traktandenliste der nächsten Ratssitzung vom 10. Dezember 2013 aufgenommen.

Leider gehört es zur Ratstätigkeit des Präsidenten, auch unangenehme Mitteilungen bekanntzugeben, nämlich den Rücktritt von Christa Flückiger (SP).

Rücktrittsschreiben von Christa Flückiger vom 26. November 2013:

Mit diesem Schreiben gebe ich meinen Rücktritt per Ende November 2013 aus diesem Rat bekannt. Im Hinblick auf die Pensionierung meines Mannes wechseln wir unseren Wohnort in eine andere Gemeinde, womit dieser Rücktritt zwangsläufig entsteht.

Es bleibt für das Erlebte, Erlernte und die Wertschätzung ganz herzlich zu danken. Neun Jahre durfte ich das Privileg haben, für die Stadt Schaffhausen mitbestimmen und planen zu dürfen. Jahre, die ich keinesfalls missen möchte, Jahre, die mir an Wissen, aber auch an Verständnis über die politischen Prozesse sehr viel gebracht haben. Ich habe es stets als hochinteressant und bereichernd empfunden, an den vielen Sitzungen von Spezialkommissionen und später in der Geschäftsprüfungskommission und der Fachkommission Soziales Mitspracherecht zu geniessen und auch Einfluss haben zu dürfen.

Besonders in guter Erinnerung bleibt mir das Jahr als höchste Stadt-Schaffhauserin. Viele interessante und von Menschlichkeit geprägte Begegnungen haben mich immer wieder neu motiviert und mir oftmals gezeigt, dass der eingeschlagenen Weg auch der richtige war, und es immer noch ist.

Es war mir auch stets bewusst, dass in einer direkten demokratischen Politik verschiedene Meinungen und Ansichten vertreten sind, dass dies so sein muss und so versuchte ich auf dieser Basis, Mensch und Politik zu trennen. Ich bin eine Person, die gerne mit Menschen zusammen ist und die Meinungen anders Denkender respektiert, auch wenn ich sie nicht immer verstehe. So versuchte ich stets, während der Voten keine grossen Emotionen zu zeigen und den Sprechenden Achtung und Respekt entgegenzubringen.

Es bleibt mir, meiner Partei und meinen Wählerinnen und Wählern für das entgegengebrachte Vertrauen herzlich zu danken. Ich wünsche meiner Nachfolgerin und Ihnen, liebe Ratskolleginnen und -kollegen, weiterhin viel Power, Zuversicht und sachliche Auseinandersetzungen, die schlussendlich zu tragbaren und weisen Entscheidungen beitragen. Sie sind es dieser schönen Stadt mit ihren wundervollen Einwohnerinnen und Einwohnern schuldig.

Laudatio des Ratspräsidenten von Christa Flückiger (SP):

”Es freut mich, dass ich eine kleine Laudatio für Christa halten darf. Bei den Gesamterneuerungswahlen im Herbst 2004 wurde Christa Flückiger für die SP in diesen Rat gewählt, dem sie ab dem 1. Januar 2005 ohne Unterbruch neun Jahre angehörte.

Christa ist und war eine sehr engagierte, bodenständige und hilfsbereite Fraktionskollegin und Ratsmitglied. Seit 2005 hatte sie Einsitz in 12 Spezialkommissionen, war 2009 Präsidentin dieses Rates, den sie im Griff hatte und

souverän führte. Von 2010 bis 2012 war sie Mitglied der Geschäftsprüfungskommission und ab Januar 2013 in der Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport. Sie war ein sehr aktives Mitglied dieses Rates, das folgende persönliche Vorstösse einreichte: Vier Motionen, ein Postulat, eine Interpellation und sieben Kleine Anfragen. Mit Herzblut setzte sie sich vor allem im sozialen Bereich, im Bildungswesen, aber auch für eine gute Schaffhauser Infrastruktur und die Stadtfinanzen ein.

Mit Christa Flückiger verliert nicht nur die SP-Fraktion, sondern auch der Rat ein sehr wertvolles Ratsmitglied, das sich teamfähig, offen und humorvoll, aber auch hartnäckig für unsere Stadt einsetzte. Christa geht nicht freiwillig. Sie und ihr Mann Werner haben sich einen lang gehegten Wunsch mit dem Bau eines Eigenheimes in Thayngen erfüllen können. Sie verlässt uns mit einem mehr lachenden als weinenden Auge, denn auf die Zukunft im neuen Eigenheim, auf mehr Freizeit mit ihrem Mann, den Kindern und Enkelkindern zu geniessen, freut sich Christa. Da Werner im nächsten Jahr pensioniert wird, wünsche ich Dir eine gute Zeit, Glück und Gesundheit. Geniesse Deine Hobbys und, sollte es ohne Politik nicht gehen, wird Dich die Thaynger-SP mit Handkuss aufnehmen.

Für Deinen grossen Einsatz und die Verantwortung gegenüber den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern dieser Stadt danke ich Dir auch im Namen Deiner Kolleginnen und Kollegen in diesem Rat und vor allem unserer Fraktion. Heute darfst du jedenfalls, wenn nötig, nochmals richtig poltern. Nun gut, hier habe ich noch ein paar Rosen, die ich Dir gerne als Dank unserer Fraktion überreichen möchte.“

PROTOKOLL

Das Protokoll der Ratssitzung Nr. 10 vom 12. November 2013 muss noch vom Büro geprüft und genehmigt werden.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt.

Traktandum 1 VdSR vom 24. September 2013: Voranschlag 2014

Peter Möller (SP)

Bericht des GPK-Präsidenten

”Das erste Mal habe ich heute die Ehre und Freude, Sie als GPK-Präsident über das Budget 2014 sowie dessen Behandlung in der GPK zu informieren. Ich gehe davon aus, dass Sie das Budget und die Botschaft des Stadtrates bereits in den Fraktionen ausführlich behandelt haben, sodass ich mich auf die wesentlichen Punkte beschränken kann, wobei mein Bericht trotzdem ziemlich lange sein wird.

Die vom Stadtrat und der GPK gestellten Nachträge und Anträge zum Budget 2014, die ich noch speziell begründen werde, wurden Ihnen bereits anlässlich der Fraktionssitzungen verteilt.

Bereits im Vorfeld der Budgetberatungen hat die GPK sich zwei Themenbereichen

angenommen, die bei der Rechnungs- und Budgetbesprechung jeweils zu längeren Diskussionen und Unsicherheiten Anlass gaben. Einerseits betrifft es den Kläranlageverband mit den Betrieben ARA Röti, der KBA Hard und der Multikomponentendeponie Pflumm, andererseits die Städtischen Werke. Beim Kläranlageverband ist die Sachlage so, dass es sich hier um einen Verband mit eigener Rechtspersönlichkeit handelt. Die Einflussnahme des Grossen Stadtrates beschränkt sich grundsätzlich darauf, ob er die jeweiligen pauschalen Beitragspositionen im Budget genehmigen will. Auf die Voranschläge der einzelnen Betriebe hat er keinen bestimmenden Einfluss und kann lediglich Fragen aufwerfen.

Ähnlich sieht es bei den Städtischen Werken aus. Hier hat unser Rat eine Spezialregelung getroffen und in der Verordnung über die Organisation der Städtischen Werke festgelegt, dass für die Werke ein Globalbudget mit Leistungsauftrag erstellt wird. Die Detailbudgetierung im Rahmen des Globalbudgets erfolgt auf operativer Ebene durch die Geschäftsleitung. Dieses Detailbudget muss von der Verwaltungskommission - in der auch der Grosse Stadtrat vertreten ist - genehmigt werden. Fazit: Auch hier haben wir nicht über einzelne Budgetposten zu entscheiden, der Grosse Stadtrat kann aber über seine vier Mitglieder in der Verwaltungskommission bestimmenden Einfluss nehmen.

Doch nun zurück zum Budget 2014: Gemäss dem ursprünglichen Voranschlag 2014 resultierte in der Laufenden Rechnung ein Ertrags-Überschuss des Budgets von CHF 156'000.-- und in der Investitionsrechnung ein Ausgabenüberschuss von CHF 7'589'000.--. Die Schwerpunkte des Budgets 2014 betreffend die Laufende Rechnung und Investitionsrechnung können Sie der Botschaft des Stadtrats vom 24. September 2013 entnehmen. Der Finanzreferent wird Ihnen das Budget im Anschluss noch im Detail vorstellen.

Innerhalb der GPK wurde das Budget wie folgt behandelt:

Am 27. September 2013 stellte Finanzreferent Peter Neukomm das Budget 2014 vor. Zusätzlich anwesend waren Ralph Kolb, Leiter ZV, und Patrik Eichkorn, Leiter FIKO. Ganz allgemein zeigte sich die GPK bei dieser Gelegenheit über das leicht positive Budget erfreut. Bedenken wurden ob der stark reduzierten Ausgaben für den sich ohnehin schon auf tiefem Niveau befindlichen Unterhalt geäussert. Während ein Teil der GPK sich positiv zum Verzicht auf eine Steuererhöhung äusserte und die Sparanstrengungen des Stadtrates lobte, trug ihm diese aber auch deutliche Kritik ein. So wurde insbesondere auch aufgrund der Aussichten des letztjährigen Finanzplans moniert, dass das Eigenkapital viel zu tief sei und sich auch daher Steuererhöhungen aufdrängten. Die GPK trat in der Folge mit 5:1 Stimmen bei einer Abwesenheit auf den Voranschlag 2014 ein.

Danach wurden zwei Dreiergruppen gebildet. Der Sprechende wirkte in beiden Gruppen beim Erstellen der Fragenkataloge, die der Stadtverwaltung eingereicht wurden, mit. Ebenfalls Eingang in die Fragenkataloge fanden die schriftlich gestellten Fragen eines beruflich abwesenden GPK-Mitglieds.

Am 8. November 2013 fand die erste Beantwortungsrunde der gestellten Fragen statt, woran seitens der Verwaltung der Finanzreferent, Ralph Kolb/ZV und Pascal Bayard/FIKO teilnahmen. Von den eingereichten Fragen konnte der weitaus grösste Teil zu unserer vollen Zufriedenheit beantwortet werden. Die noch offenen Fragen, die vor allem im Zusammenhang mit budgetierten Projekten standen, wurden zuhänden der Elefantenrunde weitergeleitet.

Bereits an dieser Sitzung wurde der GPK die Liste mit stadträtlichen Nachträgen zum Budget verteilt. Diese zeigte eine finanziell erfreuliche Entwicklung auf: Im Wesentlichen eine Erhöhung der Steuereinnahmen um CHF 900'000.-- und eine Reduktion der Ausgaben für die Verbilligung der Krankenkassenprämien um CHF 714'000.--. Aufgrund dieser beiden Tatsachen und einigen kleineren Veränderungen resultierte in der Laufenden Rechnung zu diesem Zeitpunkt ein Ertragsüberschuss von CHF 1'733'200.-- und bei der Investitionsrechnung ein leicht verminderter Ausgabenüberschuss von CHF 7'519'000.--.

Basierend auf diesen Zahlen fand am 15. November 2013 die so genannte Elefantenrunde statt. Anwesend waren der Finanzreferent, Ralph Kolb/ZV und Patrik Eichkorn/FIKO sowie temporär die übrigen Stadträte, die zu speziell referatsbezogenen Fragen Stellung nehmen durften. Aufgrund der erhaltenen Antworten wurden verschiedene Änderungsanträge verabschiedet, die in der Ihnen verteilten und auch aufliegenden Liste mit den gutgeheissenen Nachträgen zum Budget 2014 aufgeführt sind.

Nach Berücksichtigung dieser Anträge ergibt sich bei der Laufenden Rechnung ein Ertragsüberschuss von CHF 536'700.-- und bei der Investitionsrechnung ein Ausgabenüberschuss von CHF 7'809'200.--. Zusätzliche Investitionen im Jahr 2014, die sich aus den vom Grossen Stadtrat oder von den Stimmberechtigten noch nicht genehmigten Vorlagen ergeben, sind dabei usanzgemäss nicht berücksichtigt.

Bei den Anträgen zum Budget 2014, Seite 14 der Botschaft, wurde zu Antrag 2, Gemeindesteuerfuss, ein Änderungsantrag auf Erhöhung des Steuerfusses um 8 Punkte auf 106% gestellt. Dieser wurde mit 3:2 Stimmen bei einer Enthaltung und einer Abwesenheit abgelehnt, und der Steuerfuss gemäss Antrag des Stadtrates auf 98% belassen.

Beim Antrag 3, Lohnsummenentwicklung, wurde ein Antrag auf Erhöhung um 0,8% auf 1,6% gestellt. Dieser wurde in der Abstimmung mit 3:3 Stimmen bei einer Abwesenheit mit Stichentscheid des Präsidenten gutgeheissen.

Abschliessend hat die GPK das Budget 2014 der Einwohnergemeinde Schaffhausen mit 3:1 Stimmen bei zwei Enthaltungen und einer Abwesenheit mit den vorliegenden Anträgen zuhanden des Grossen Stadtrates verabschiedet.

Ich möchte Ihnen nun noch kurz die Änderungsanträge der GPK erläutern und bitte Sie hierfür die erhaltenen Blätter „Antrag des Stadtrates und der GPK/Nachträge zum Budget 2014“, datiert vom 18. November 2013, zur Hand zu nehmen.

Als Ausgangslage dient das ursprüngliche Budget vom 24. September 2013, das bei der Laufenden Rechnung einen Ertrags-Überschuss von CHF 159'600.-- und für die Investitionsrechnung einen Ausgaben-Überschuss von CHF 7'589'000.-- aufweist. Diese beiden Zahlen finden Sie wieder auf der Liste der Stadtrat/GPK-Anträge bezeichnet mit „Budget 2014 - Ergebnis Laufende Rechnung bisher/Ertragsüberschuss“ auf Blatt 1, beziehungsweise „Budget 2014 - Ergebnis Investitionsrechnung bisher/Aufwandüberschuss“ auf Blatt 2. Danach sind jeweils die Änderungsanträge der GPK aufgeführt.

Allfällige Fragen und anderweitige Anträge sind jeweils unter der entsprechenden Kontoposition bei der Detailbehandlung des Budgets zu stellen. In der hintersten Kolonne, bezeichnet mit „Auswirkung Budget 2014“, werden mit Minus zusätzliche

Einnahmen beziehungsweise Minderausgaben und ohne Vorzeichen zusätzliche Ausgaben beziehungsweise Mindereinnahmen bezeichnet. Die nachfolgenden Änderungsanträge gelten hiermit von der GPK für die Detailberatung als gestellt:

Grosser Stadtrat: Konto 1100.319.000:

Bei den verschiedenen Ausgaben, Mitgliedsbeiträge, wurde vergessen, die schon in den letzten Jahren eingestellten CHF 300.-- zu budgetieren, dies hat die GPK nachgeholt.

Öffentlichkeitsdienstleistungen: Konto 1201.318.110, Repräsentationskosten:

Es gab eine Erhöhung der Ausgaben um CHF 5'000.-- für das Jubiläum des Quartiervereins Herblingen.

Finanzsekretariat: Konto 3000.318.201, Finanzkontrolle von Kanton und Stadt Schaffhausen:

Es war eine Erhöhung um CHF 10'000.-- notwendig, da die angedachte Reduktion im Vergleich zum Budget 2013 und Rechnung 2012 nicht im vollen Umfang möglich war.

Gemeindesteuern: Konto 3111.400.001 und 400.010:

Dank einer besseren Prognose des Kantons können höhere Einnahmen von CHF 200'000.-- bei der Quellensteuer und CHF 700'000.-- bei den Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen budgetiert werden.

Einnahmeanteile:

Die Finanzkontrolle hat im Rahmen der Revision der Jahresrechnung 2012 die Nettoverbuchung bei der Ablieferung der Städtischen Werke bemängelt, das heisst, dass die Kosten für die Beleuchtung der öffentlichen Strassen direkt von der Ablieferung abgezogen werden. Darum wird das Konto 3202.463.200, Ablieferung der Städtischen Werke, um CHF 1'653'000.-- erhöht. Entsprechend wird beim Unterhalt der Tiefbauten das neue Konto 6310.312.000 eingerichtet und mit dem gleichen Betrag belastet.

Zinsen:

Eine Unterlassungssünde muss bei der Budgetierung korrigiert werden, was beim Konto 3203.323.000, Verzinsung Spezialfinanzierung eine Erhöhung von CHF 6'900.-- und beim Konto 3203.323.001, Verzinsung städtische Fonds, Mehrausgaben von CHF 900.-- zur Folge hat.

Betrieb Immobilien Finanzvermögen:

Sie finden zwei Anträge zur Verbesserung der städtischen Unterhaltsarbeiten, welche die GPK mit 6:0 Stimmen bei einer Abwesenheit gutgeheissen hat. Das Konto 3220.314.300 wird um CHF 140'000.-- aufgestockt, damit ein wenig mehr dringend notwendiger Unterhalt gemacht werden kann. Weiter wurde einem lange geäusserten Wunsch aus der Breite Rechnung getragen und unter Konto 3320.314.306 ein Betrag von CHF 60'000.-- für den Einbau eines Treppenlifts im Restaurant Schützenhaus eingestellt.

Gesamtstädtischer Personalaufwand:

Hier sind die finanziellen Folgen der bereits erwähnten Erhöhung bei der Lohnsummenentwicklung von 0.8% auf 1.6% abgebildet. Bei Konto 3303.301.200 schlägt dies mit CHF 512'200.-- und bei den Sozialleistungen, Konto 3303.303.303, mit CHF 133'900.-- zu Buche.

Zentrale der Sozialdienste:

Hier haben wir es lediglich mit einer Budgetverschiebung von Konto 4100.365.519 auf Konto 4100.319.000 zu tun. Es geht hier um den Mitgliederbeitrag für die Städteinitiative Sozialpolitik.

Nun wieder zu einer - jedenfalls aus finanzieller Sicht - erfreulichen Änderung. Bei den Ausgaben für die Verbilligung der Krankenkassenprämien, Konto 4110.361.001, ist gemäss den Angaben des Kantons mit Minderausgaben von CHF 714'000.-- zu rechnen

Gemäss Angaben der Verwaltung nimmt der Aufwand für die Entsorgung, insbesondere des Hundekots, ständig zu. Die GPK hat daher mit 4:0 Stimmen bei zwei Enthaltungen und einer Abwesenheit beschlossen, die Einnahmen bei der Hundesteuer, Konto 4110.406.000, um CHF 37'500.-- zu erhöhen, um damit den entsprechenden Aufwand besser abzugelten. Dies entspricht einer Erhöhung der Hundesteuer - für die aber grundsätzlich der Stadtrat zuständig ist - um CHF 30.-- je Hund. Damit bewegen wir uns auf dem gleichen Betrag wie Neuhausen.

Badeanstalten/Zeltplatz, verschiedene Konten im Kreis 4230:

Aufgrund des Verkaufs der Badi Langwiesen sind mehrere Konten zu korrigieren, wobei dadurch eine Budgetverschlechterung im Umfang von CHF 4'400.-- resultiert.

Betrieb Schulanlagen. Beim Unterhalt der Gebäude und Anlagen, Konto 5120.314.300, hat die GPK mit 5:0 Stimmen bei einer Enthaltung und einer Abwesenheit entschieden, den Betrag um CHF 85'000.-- auf CHF 900'000.-- zu erhöhen, damit für den absolut notwendigen Unterhalt mehr Mittel zur Verfügung stehen.

Kinder- und Jugendheim: Wegen des Verzichts auf eine Fondsentnahme muss das Konto 5250.318.014 um CHF 3'000.-- erhöht werden.

Sonderausstellungen des Museums, Konto 5401:

Die ursprüngliche Budgetierung erfolgte unter dem Eindruck und den Erfahrungen aus der Anker-Ausstellung, welche die Erwartungen übertroffen hatte. Bei der jetzigen Sonderausstellung „Langzeit und Endlager“ sieht es nun anders aus, sie liegt weit unter den gesteckten Zielen. Deshalb hat das Museum dieses Budget überarbeitet und den Umsatz gesenkt. Dabei wurde darauf geachtet, dass der Überschuss aus den Sonderausstellungen gleich bleibt.

Kulturförderung, Konto 5601.365.105 Beitrag an die Hallen für Neue Kunst:

Hier wurde festgestellt, dass die Stadt neben der Reinigung der Fenster - wozu sie sich verpflichtet hat - auch die Reinigung der Lamellenstoren übernommen hat. Dies war einem Teil der GPK zu viel des Guten und mit 3:0 Stimmen bei drei Enthaltungen und einer Abwesenheit die Streichung des entsprechenden Betrages von CHF 20'000.--, wogegen sich auch kein Widerstand von Seiten des zuständigen Stadtrates erhob. In der Zwischenzeit haben die Mitglieder der GPK folgendes Mail vom Stadtschreiber Christian Schneider erhalten, das ich Ihnen gerne zur Kenntnis gebe:

Die Kosten für die Reinigung der Lamellenstoren und die Miete der Hebebühne sind nicht im Jahresbeitrag von CHF 60'000.-- an die Stiftung für Neue Kunst enthalten. Sie ergeben sich aus dem Nutzungsvertrag für die Kammgarnräumlichkeiten zwischen der Stadt und der Stiftung für Neue Kunst vom 18. November 1983

(Vertragspartner auf Seiten der Hallen ist heute die Raussmüller Collection). Dieser Vertrag, der vor 30 Jahren geschlossen wurde, verpflichtet die Stadt, die Reinigung der Fenster zu übernehmen. Allerdings definiert er die Häufigkeit und den Umfang der Reinigungspflicht nicht im Einzelnen. Ein Verzicht auf eine Lamellenreinigung für 2014 ist für den Stadtrat daher denkbar, jedoch müsste er mit einer Streichung bei den Unterhaltsaufwendungen des Hochbaus realisiert werden (Pos. 6200.314.300).

Beim Beitrag von CHF 60'000.-- an die Hallen für Neue Kunst handelt es sich um einen Kulturförderungsbeitrag im Zusammenhang mit den kulturellen Leistungen der "Hallen". Er ist insbesondere als Beitrag an den Betrieb der Kunstaussstellung und an die Vermittlungsaktivitäten der Hallen konzipiert. Ihm stehen die Pflichten der Hallenbetreiber aus den jeweils für zwei Jahre abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen gegenüber. Der Beitrag wurde vom Grossen Stadtrat am 18. Dezember 1998 als jährlich wiederkehrender Beitrag beschlossen und separat dem fakultativen Referendum unterstellt. Eine dauernde Änderung dieses wiederkehrenden, dem fakultativen Referendum unterstellten Kulturbeitrages mit einer Begründung (Reduktion eines vertraglich zugesicherten Reinigungsaufwandes), die mit den Gegenstand des Beitrags (kulturelle Leistungen) keinerlei Zusammenhang hat, wäre bei dieser Sachlage willkürlich.

Fazit: Der Stadtrat kann sich für 2014 mit der Kürzung einverstanden erklären, sofern sie unter Pos. 6200.314.300 erfolgt.

Die GPK hat sich über diesen Umstand nicht mehr unterhalten können, weshalb ich Ihnen namens der GPK keinen konkreten Antrag zu dieser Angelegenheit stellen kann. Nach meiner persönlichen Meinung sollte unter diesen Umständen auf eine Kürzung in dieser Position verzichtet werden. Ob eine Kürzung beim Unterhalt der Verwaltungsliegenschaften erfolgen soll - nachdem die GPK diesen Betrag gerade erhöht hat - scheint mir fraglich. Ich sähe eher die Möglichkeit, dass ein entsprechender Wunsch oder Erwartung dieses Rats auf Verzicht der Übernahme dieser Kosten im Rat geäussert würde.

Stabsleitung Stadtplanung, Konti 6010.460.000 Bundesbeiträge und 6010.461.000 Kantonsbeiträge:

Diese beiden Posten müssen gekürzt werden, da bereits bei der Budgetierung eine Reduktion bei den Rückerstattungen an Hausbesitzer gemäss Lärmschutzverordnung vorgenommen wurde, aber die korrelierenden Reduktionen bei den Beiträgen nicht erfolgten.

Umbuchung infolge der Reorganisation des Hochbauamtes von Konto 6010.319.000 auf 6200.319.000.

Bau und Unterhalt Verwaltungsvermögen: Konto 6200.314.300, Unterhalt der Gebäude und Anlagen:

Aufgrund des besseren Ergebnisses hat die GPK diesen Betrag mit 6:0 Stimmen bei einer Abwesenheit um CHF 140'000.-- auf CHF 700'000.-- aufgestockt, um einen besseren Unterhalt zu gewährleisten. Im Weiteren hat die GPK mit 6:0 Stimmen bei einer Abwesenheit beschlossen, eine dringend nötige und auch sinnvolle Fenstersanierung beim Haus zum Eckstein ins Budget 2014 aufzunehmen. Dies erscheint in der Laufenden Rechnung, da der Betrag die Grenze zur Investitionsrechnung nicht erreicht.

Weiter gibt es wegen der Reorganisation eine Verschiebung der Sachversicherung im Betrag von CHF 61'700.-- vom Betrieb Immobilien Verwaltungsvermögen zum Bau und Unterhalt Verwaltungsvermögen

Beim Unterhalt Tiefbauten, Konto 6321.312.000, Energie und Heizmaterial, Wasser sind neu CHF 1'653'000.-- für die Kosten der öffentlichen Beleuchtung einzustellen; dies ist die Gegenposition zur höheren Ablieferung der Städtischen Werke.

Sport, Erholung Grün, Konto 6400.314.300, Unterhalt der Gebäude und Anlagen: Die GPK hat eine Erhöhung um CHF 125'000.-- auf neu CHF 561'500.-- für den weiteren Ausbau und Anpassungen bei verschiedenen Spielplätzen mit 4:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen und einer Abwesenheit bewilligt.

Mit diesen Änderungen weist die laufende Rechnung immer noch einen Ertragsüberschuss von CHF 536'700.-- aus.

Investitionsrechnung:

Konto 32200.703.001, Kauf von Liegenschaften des Finanzvermögens:

Hier müssen die jährlichen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Erwerb der Liegenschaft Tanne 5 aufgenommen werden.

Konto 62200.703.138:

Aufgrund der neuen Strategie bei der Vergabe des alten Emmersbergs (Verpachtung mit dem Ziel, dass der Pächter die Innensanierung übernimmt) wird hier eine grössere Summe für die Aussensanierung eingestellt.

Mit 6:0 Stimmen bei einer Abwesenheit hat die GPK beschlossen, die auch aus energetischer Sicht dringend notwendige Fenstersanierung der Liegenschaft Freudenfels neu mit CHF 250'000.-- unter Konto 63200.503.024 ins Budget 2014 aufzunehmen.

Kommen wir nun zum Agglomerationsprogramm, Konto 63101.501.688, Bereich Adlerstrasse/Schwabentor, Aufwertung:

Die GPK hat sich mit dem Stadtrat darauf geeinigt, dass für dieses Projekt eine separate Vorlage erarbeitet wird, weshalb der Betrag von CHF 2'200'000.-- aus dem Budget fällt. Entsprechend müssen natürlich auch die Bundes- und Kantonsbeiträge sowie die Entnahme aus dem Erschliessungsreservefonds angepasst werden.

Liegenschaften Verwaltungsvermögen, respektive Verwaltung Tiefbau:

Hier muss infolge Zuständigkeitswechsel ein Planungskredit im Zusammenhang mit der Zusammenlegung der Werkhöfe vom Konto 62300.503.010 auf das Konto 6300.509.010 umgebucht werden.

Liegenschaften Verwaltungsvermögen, Konto 62300.503.022:

Neu soll der öffentliche Durchgang beim Grossen Haus saniert werden, was mit CHF 130'000.-- zu Buche schlägt. Wer letzthin einmal durch diesen Gang gewandert ist, hat wohl Verständnis für diese Massnahme.

Übrige Freizeitgestaltung, Konto 64102, Breite Familiengärten:

Da wohl nicht mit einem baldigen Baubeginn beim neuen Schulhaus Breite gerechnet werden muss, können unter dieser Position CHF 380'000.-- eingespart werden.

Mit diesen Änderungen beläuft sich der Ausgabenüberschuss in der Investitionsrechnung neu auf CHF 7'809'200.--.

Spezialfinanzierungen und Fonds:

Hier handelt es sich, mit Ausnahme der Reduktion beim Erschliessungsreservefonds, samt und sonders um Nachträge, die bei der ursprünglichen Budgeterstellung vergessen wurden.

Ich empfehle Ihnen, auf das vorliegende Budget 2014, verbunden mit den Anträgen gemäss Liste vom 18. November 2013, einzutreten und den von der GPK gestellten Anträgen zuzustimmen.

Zum Schluss danke ich allen am Budget beteiligten Personen herzlich, sei es für die Abgabe zusätzlich verlangter Unterlagen, die Beantwortung der GPK-Fragen oder das Zusammentragen aller Zahlen. Dabei denke ich vor allem an den Finanzreferenten Peter Neukomm, Ralph Kolb, Patrik Eichkorn und Pascal Bayard, die einige Frage- und Antwortstunden im Kreise der GPK verbringen „durften“, was selbstverständlich auf für die übrigen Mitglieder der Exekutive Gültigkeit hat. Im Dank eingeschlossen ist auch unsere Ratssekretärin, Gaby Behring, für die prompte und zuverlässige Erstellung der diversen Protokolle.

Meiner Kollegin und meinen Kollegen von der GPK danke ich für ihre Unterstützung, den grossen Einsatz und die engagierten, aber auf sachlicher Ebene stattgefundenen Diskussionen. “

Peter Möller (SP)

SP/JUSO-Fraktionserklärung

”Ich gestatte mir, Ihnen auch noch gleich die Fraktionserklärung der SP/JUSO zu Gehör zu bringen und kann Sie jetzt schon beruhigen, sie wird deutlich kürzer als meine vorangehende Wortmeldung.

Wir anerkennen die Sparanstrengungen des Stadtrates bei der Erstellung des vorliegenden Budgets und können uns mit einem Grossteil der GPK-Anträge einverstanden erklären. Unsere Fraktion wird daher auf das Budget 2014 eintreten und ihm auch, je nach Ausgang der Beratungen, zustimmen.

Unsere Fraktion hat sich schon immer für eine starke Stadt, auch in finanzieller Hinsicht, eingesetzt. Dies bedeutet, dass genügend Mittel für die weitere Stadtentwicklung vorhanden sein müssen und insbesondere Bereiche, die eigentlich erst im Entstehen sind, wie beispielsweise die ausserfamiliäre Kinderbetreuung in unserer Stadt, weiter ausgebaut werden dürfen und müssen. Gleiches gilt natürlich auch für den Unterhalt der städtischen Infrastruktur, bei diesem wird seit Jahren zu wenig ausgegeben. Aus unserer Sicht ist der Stadtrat daher beim Sparen zu weit gegangen. Insbesondere der Umstand, dass der laufende Unterhalt auf Sparflamme läuft, um nicht zu sagen vernachlässigt wird, stimmt uns nachdenklich. Die GPK hat hier gewisse Erhöhungen beschlossen. Ob dies jedoch ausreichend ist, sei einmal dahingestellt.

Positiv werten wir die Erhöhung der Position Lohnsummenentwicklung. Es geht hier einmal darum, den städtischen Angestellten nach vielen Jahren, in denen sie nur unwesentliche Besoldungsentwicklungen machen konnten, einmal einen kleinen Hüpfen - von einem Sprung kann hier ja nicht gesprochen werden - zu ermöglichen. Ausserdem braucht es nach dem geltenden Lohnsystem auch eine gewisse Summe,

damit die Mitarbeiterbeurteilungen auch wirklich spürbar sind und sich in dem Sinne gute Leistung auch auszahlt. Schlussendlich geht es auch um eine Anerkennung der geleisteten Arbeit, die schönen Worte bei der Rechnungsabnahme sind eines, wenn sich Anerkennung aber auch Geldwert auszahlt, dann ist dies noch etwas anderes.

Wie bereits gesagt, wir stehen zu einer Stadt Schaffhausen, die sich weiterentwickelt. Ein Abbau ist mit uns nicht zu machen. Folgerichtig stehen wir auch hinter dem vom Stadtrat beschlossenen Finanzplan 2014-2017. Es stehen viele Investitionsprojekte an, die entsprechende Mittel brauchen. Ich erwähne hier nur das Agglomerationsprogramm, bei dem wir namhafte Kantons- und Bundesbeiträge beziehen können. Zu erwähnen sind auch die Ausgaben im Zusammenhang mit der Wohnraumentwicklung, mit den Schulanlagen, dem Stadthausgeviert und der KSS. Der Beispiele wären da noch viele. Gemäss Finanzplan führen diese Vorhaben zu einer Neuverschuldung, was aber nicht unser Ziel sein kann. Aus Sicht unserer Fraktion muss dies verhindert werden. Nach Auskunft der Verwaltung könnten die Vorhaben gemäss Finanzplan mit einer moderaten Steuererhöhung von 6 Punkten finanziert werden, ohne dass die Verschuldung steigt. Dies scheint uns der einzig gangbare Weg für die Zukunft zu sein.

Wie gesagt, wir werden auf das Budget eintreten, sicherlich zu Einzelpositionen noch Fragen haben, unter Umständen noch einzelne Anträge stellen und am Schluss entscheiden, ob wir dem Endresultat zustimmen können. “

Hermann Schlatter (SVP)

SVP/EDU-Fraktionserklärung

”Ich darf Ihnen die Fraktionsmeinung der SVP/EDU-Fraktion zum Budget 2014 vortragen. Unsere Fraktion nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, dass es dem Stadtrat für das Budget des kommenden Jahres gelungen ist, ein ausgeglichenes Resultat zu präsentieren. Die vom Stadtrat getroffenen Sparanstrengungen, die zwar in gewissen Bereichen noch nicht ganz so ausgefallen sind, wie es unsere Fraktion erwartet hätte, dazu aber später mehr, zollt dem Stadtrat Anerkennung und Dank. Nicht einverstanden sind wir hingegen mit den jetzt schon gemachten Äusserungen zu einer Steuerfusserhöhung im 2015. Darüber jetzt zu sprechen, ist verfrüht; in einem Jahr kann sich einiges ändern, man beachte nur die im jetzigen Budget eingetretene Verbesserung zwischen Präsentation und Schlussrunde der GPK.

So sah das vorliegende Budget im Zeitpunkt der ersten Präsentation ein leichtes Plus von CHF 0,2 Mio. vor. Anlässlich der Eintretensdebatte meinte der Finanzreferent, nun sei aber kein Fleisch mehr am Knochen, die Zitrone sei mehr als ausgequetscht, der Stadtrat habe sich mit allen Mitteln dafür eingesetzt, die Kosten tief zu halten, auch bei den Investitionen sei der Stadtrat auf die Investitionsbremse getreten, so lägen diese für die Stadt unter der von der Hochschule berechneten idealen und „gesunden“ Bandbreite.

Zwischen der Eintretensdebatte und der Elefantenrunde hat sich die Situation um CHF 1,5 Mio. verbessert, das Budget sah jetzt ein Einnahmeüberschuss von CHF 1,7 Mio. vor: Durch eine zuversichtlichere Optik bei den Steuern der natürlichen Personen um CHF 0,9 Mio. sowie tiefer veranschlagten Kosten für die Prämienverbilligung um CHF 0,7 Mio. Letztere stellen im Budget der Stadt aber mit CHF 6,6 Mio., entsprechend rund 6% der Steuereinnahmen, eine erheblichen Ausgabeposten dar, der wohl je nach Beratung der entsprechenden Vorlage im Kantonsrat in den nächsten Jahren noch zunehmen wird.

Weil sich die Situation bis zum Zeitpunkt der Elefantenrunde auf einen Einnahmeüberschuss von rund CHF 1,7 Mio. verbessert hatte, stellte der Sprechende innerhalb der GPK die Frage, ob dieses gute Ergebnis wirklich so ausgewiesen werden könne, denn dies sei doch, bezogen auf den Vergleich mit der ausgequetschten Zitrone, für den Bürger nicht ganz verständlich. Er machte den Vorschlag, mehr Geld für den Unterhalt der Liegenschaften einzusetzen, denn es wurde seitens der Stadt geltend gemacht, dass gerade im Bereich der Verwaltungsgebäude, Schulanlagen und Spielplätze nur das Geringste gemacht würde. Investitionen in Liegenschaften seien aus seiner Sicht gut angelegtes Geld.

Dieser Vorschlag wurde kontrovers diskutiert, insbesondere ein Vertreter der linken Ratsseite meinte, ein guter Abschluss würde die Eigenkapitaldecke verbessern, weshalb das Resultat so, ohne weitere Korrekturen, auszuweisen sei. Dass diese Aussage wohl einen ganz anderen Hintergrund hatte, musste von bürgerlicher Seite erst ganz am Schluss der Sitzung der Elefantenrunde zur Kenntnis genommen werden. So kam der Antrag des AL-Vertreters, die Lohnsumme auf 1,6% zu erhöhen und damit den stadträtlichen Vorschlag von 0,8% zu verdoppeln, was zu zusätzlichen jährlich wiederkehrenden Kosten von CHF 646'000.-- führt.

Diese Forderung steht völlig quer in der Landschaft. Unsere Fraktion hat sich schon in früheren Jahren immer dafür stark gemacht, dass die Lohnsummenentwicklung zwischen Kanton und Stadt die gleiche ist, denn es ist nicht einzusehen, warum ein junger Lehrer, der vom Kanton angestellt ist, weniger erhält, als ein Pedell, der im selben Schulhaus arbeitet, aber von der Stadt angestellt ist.

Dazu kommt, dass laut Aussage des zuständigen Finanzreferenten sich die PEKO aus Gründen der Opfersymmetrie mit dem Kanton zu den vorgeschlagenen 0,8% bekannt hat. Dass der Finanzreferent für diesen Antrag eine gewisse Sympathie aufbrachte, mag nicht verwundern, war es doch die linke Mehrheit in der GPK, die den Antrag durchbrachte. Wie das Amen in der Kirche, ist es für Sie wohl klar, dass die rechte Ratsseite diesen Antrag nicht akzeptieren kann. Dies aus nachstehenden Gründen:

1. Der Stadtrat war nicht in der Lage, der GPK nachvollziehbare Lohnvergleiche zwischen dem Kanton und anderen Städten zu präsentieren, diese seien vertraulich, so das Argument, die städtischen Löhne lägen aber grossmehrheitlich klar unter denjenigen unserer Nachbarkantone.
2. Auch auf die Frage „haben wir vermehrt Abgänge von Schlüsselpositionen zu verzeichnen“, kam eher eine vage Antwort. Es käme immer wieder zu Abgängen von Schlüsselpositionen, die schwer zu besetzen seien; eine aussergewöhnliche Häufung sei aber nicht ersichtlich, so der Finanzreferent. Laut Aussage des Stadtrats gibt es aber auch nicht eine überdurchschnittliche Fluktuation. Diese sei durchschnittlich, dem demographischen Wandel und den damit verbundenen Fachkräftemangel sei aber entgegenzuwirken.
3. Auch im Vergleich zu anderen Gemeinden und Kantonen liege eine Lohnsummenentwicklung von 0,8% im Durchschnitt, so der Stadtrat.
4. Unsere Fraktion ist davon überzeugt, dass die Löhne, insbesondere im unteren und mittleren Segment, verglichen zur Privatwirtschaft, mehr als konkurrenzfähig sind, denn es zählt nicht nur das, was ins Zahltagcouvert kommt, sondern auch die guten Rahmenbedingungen, der sichere

Arbeitsplatz, das Vorsorgeverhältnis und die Arbeitszeitmodelle sind den Mitarbeitenden wichtig.

5. Wenn wir jetzt eine grössere Lohnsummenerhöhung als der Kanton beschliessen, so ist dies ein zweischneidiges Präjudiz in dem Sinne, dass wir uns inskünftig auch nicht mehr verpflichtet sehen, am parallelen Vorgehen mit dem Kanton bei den Lohnerhöhungen festzuhalten. Wir können also inskünftig auch keine oder geringere Lohnerhöhungen als der Kanton gewähren. Setzen Sie das bis jetzt gut funktionierende System nicht leichtfertig auf's Spiel und säen Sie keinen sozialen Unfrieden zwischen Stadt- und Kantonsangestellten. Und diesen Beweis, dass wir auch bei einem negativen Budget zu einer gewissen Lohnsummenentwicklung stehen, haben wir Ihnen im Vorjahr präsentiert. Zur Erinnerung: Das Budget für das laufende Jahr - also 2013 - sah ein Defizit von CHF 3,3 Mio. vor, trotzdem haben wir der Lohnsummenentwicklung von 1% zugestimmt, damit haben wir Wort gehalten. Aus diesen Gründen werden wir im Rahmen der Detailberatung entsprechend Antrag stellen, die Lohnsummenentwicklung auf den stadträtlichen Vorschlag von 0,8% zurückzunehmen. Kommen wir damit nicht durch, ziehen wir in Betracht, gegen das Budget das Referendum zu ergreifen.

Wie erwähnt, ist unsere Fraktion mit den von der GPK vorgeschlagenen zusätzlichen Mitteln von CHF 600'000.-- zum Unterhalt von Verwaltungsgebäuden, Schulanlagen und Spielplätzen, die in der Laufenden Rechnung eingestellt wurden, einverstanden. Dies ist gut investiertes Geld. Ebenso einverstanden erklären können wir uns mit den zusätzlichen CHF 250'000.--, die in die Investitionsrechnung zur Sanierung der Fenster im Haus Freudenfels vorgesehen sind.

Sorgen bereitet uns die überproportionale Zunahme der Kosten der Kinder- und Jugendbetreuung. So liegen diese Kosten im Budget 2014 bei CHF 4,226 Mio., während dem sie im 2012 noch rund eine Million tiefer lagen. Hier meinen wir, muss Einhalt geboten werden, insbesondere auch deshalb, weil der Stadtrat ständig Angebotsverbesserungen schafft, ohne konkrete Zielvorstellungen zu haben.

So will der Stadtrat mit dem Budget 2014 fünf zusätzliche Kinderbetreuungsplätze bei der Institution Zweidihei für CHF 100'000.-- schaffen. Das heisst, ein Kinderbetreuungsplatz bei Tageseltern kostet CHF 20'000.--, und dies für ganz normale Kinder. Wo kommen wir hin, wenn nur 10% aller Kinder in unserer Stadt ab Geburt bis und mit 14. Lebensjahr in Fremdbetreuung gegeben würden, insgesamt wären in diesen Jahrgängen rund 4'500 Kinder? Laut Auskunft des Stadtrates werden mit dem Budget 2014 Leistungsaufträge für 187 Kinder für CHF 1'824'000.-- finanziert, das heisst, ein Krippenplatz kostet die Stadt durchschnittlich CHF 9'750.--. Multipliziert man diesen Durchschnittswert mit 10% der Kinder ab Geburt bis und mit 14. Lebensjahr, das heisst mal 450, ergäbe sich eine Summe von rund CHF 4,4 Mio. oder knapp zweieinhalbmals mehr als heute, und dies ist schlicht nicht mehr finanzierbar. Dass durch das System der Fremdbetreuung so quasi ein Return on Investment für die Volkswirtschaft von dreimal mehr entsteht, hat uns der Stadtrat mit meiner Kleinen Anfrage zu diesem Thema erst zu beweisen, das glauben wir (noch) nicht. Deshalb, wehret den Anfängen, unsere Fraktion wird einen entsprechenden Streichungsantrag beim Ausbau in Zweidihei stellen.

Einmal mehr hat sich unsere Fraktion nach der rechtlichen Zulässigkeit der Unterdeckung bei der Abfallentsorgung erkundigt, denn dieser Rechnungsabschnitt weist ein Defizit von CHF 415'000.-- oder 10% der Gesamtkosten auf. Weil darin

offenbar nicht alle Kosten enthalten sind, hat man der GPK versprochen, zu gegebener Zeit eine Nachkalkulation zu präsentieren.

Ein Steckenpferd von uns ist auch die Unterdeckung bei der Verpachtung der Familiengärten, was ja auch Thema bei der SLA 2 war. Trotz den vorgenommenen Pachtzinsanpassungen resultiert hier immer noch ein jährliches Defizit von rund CHF 40'000.--. Dazu sagen wir heute schon ganz klar: Einer Verlegung der Familiengärten beim Breiteschulhaus stimmt unsere Fraktion nur dann zu, wenn der Deckungsgrad auf 100% angehoben wird, denn die Familiengärten dienen heute wohl bei keinem Pächter mehr als Versorgungssicherheit, sondern vielmehr als günstiges Freizeitvergnügen.

Was die Investitionsrechnung anbelangt, so begrüsst es unsere Fraktion, dass für das Agglomerationsprojekt Adlerstrasse/Schwabentor eine separate Vorlage geschrieben wird. So haben die Baufachkommission und anschliessend dieser Rat die Möglichkeit, frühzeitig zu diesem Vorhaben Stellung zu nehmen. Dieses Vorhaben in so kurzer Zeit innerhalb der GPK abschliessend zu diskutieren, ist schlicht unmöglich. Beim zweiten Projekt, dem Agglomerationsprogramm Rheinufergestaltung, ergeht es unserer Fraktion nicht anders. Aus diesem Grund werden wir einen Antrag von Seiten der FDP, auch dieses Projekt in eine separate Vorlage zu packen, unterstützen. Denn es geht uns insbesondere auch darum, bei diesen Grossprojekten nicht in eine Salamtaktik-Methode zu verfallen; die in unserer Verfassung vorgesehenen Finanzkompetenzen sind einzuhalten.

Bezüglich Steuerfuss ist unsere Fraktion klar der Meinung, dass dieser nicht erhöht werden muss und kann, denn es liegt ein ausgeglichenes Budget vor. Auch stünde eine Erhöhung quer in der Landschaft, und dies insbesondere auch deshalb, weil der Kantonsrat aus Rücksicht auf die Wirtschaft und die Konkurrenzfähigkeit zu den übrigen Kantonen auf eine Steuerfusserhöhung verzichtet hat.

Dazu kommt, dass zahlreiche Vorstösse, die von bürgerlicher Seite kamen, von der Ratslinken "gebodigt" wurden. So zum Beispiel die Prüfung der Auslagerung der Steuerverwaltung an den Kanton oder die Prüfung des Outsourcings des Rebbetriebs an Private. Auch sind wir nach wie vor der Meinung, dass weitere Einsparungen möglich sind, beispielsweise durch Zusammenlegung der Tiefbauämter beim Kanton. Diesen Prozess gilt es nun endlich zügig vorwärts zu treiben, und nach der bald jahrzehntelangen Planungsphase müssen jetzt Nägel mit Köpfen gemacht werden.

Dass die von der AL in der GPK gestellte Forderung eines Steuerfussaufschlags von 8% völlig quer in der Landschaft steht, muss wohl nicht weiter erläutert werden. Das sind die Leute, die heute in den Schaffhauser Nachrichten sagen, ich möge sie nicht. Ich sage jetzt hier nicht, was ich meinem Kollegen in der GPK schon alles zukommen liess, damit er verstehen konnte, was wir schon früher in der GPK gemacht hatten. Sie löst bei uns nur Kopfschütteln aus und bestätigt, dass diese Politiker den Bezug zur Realität wohl vollkommen verloren haben und die Geschichte nicht kennen, aus der man aber lernen kann. Diese Steuererhöhungsfantasten sind sich wohl keineswegs bewusst, was ein solcher Schritt für den Standort Schaffhausen im nationalen und internationalen Steuerwettbewerb bedeuten würde, denn er hätte fatale Folgen. Solche Forderungen hatten wir vor langer Zeit schon einmal und zwar in Bezug auf die Besteuerung der Holding Gesellschaften. So kam eine Forderung der Linken im Kantonsrat durch, diese Gesellschaften im Kanton massiv höher zu besteuern und was war die Folge? Diese Gesellschaften zogen in andere Kantone

ab, unter anderem nach Zug, dem Kanton Schaffhausen blieb das Nachsehen und das Finanzloch während der Kanton Zug entsprechend prosperierte.

Dazu aus einem Artikel aus dem Archiv der Schaffhauser Nachrichten vom 18. Oktober 1961, er trägt den Titel: Ein Fehler muss korrigiert werden (ich zitiere):

In Punkt fünf der Initiative zur Teilrevision des kantonalen Steuergesetzes wird auch eine Milderung der Besteuerung von Holding- und Domizil-Gesellschaften verlangt. Bedeutet dies, dass dieser Kategorie von juristischen Personen zu «grossen Steuergeschenken» verholfen werden soll? Nein! Im Gegenteil, wir wollen von den Holding- und Domizil-Gesellschaften wieder mehr Steuern, damit die übrigen Steuerpflichtigen umso weniger bezahlen müssen. Wieso das? Im Verwaltungsbericht zur Staatsrechnung 1960 schreibt der Regierungsrat auf Seite 26:

„Seit Inkrafttreten des neuen Steuergesetzes am 1. Januar 1958 haben insgesamt 32 steuerpflichtige juristische Personen, nämlich 6 Holdinggesellschaften, 6 Domizilgesellschaften und 15 Stiftungen mit einem steuerpflichtigen Kapital von CHF 169,1 Mio. und einem steuerpflichtigen Ertrag von CHF 7,06 Mio. ihr Domizil von Schaffhausen nach anderen Kantonen verlegt“.

Es ist anzunehmen, dass uns durch diese Abwanderung von juristischen Personen in andere Kantone jährlich einige hunderttausend Franken an Staatssteuern - und auch an Stadtsteuern - verloren gehen. Diesen Ausfall müssen wir alle wieder wettmachen, wenn wir die Bestimmungen über die Besteuerung der Holding-Gesellschaften nicht ändern. Der Wegzug der 32 Gesellschaften aus dem Kanton Schaffhausen ist die Folge einer unvernünftigen Heraufsetzung der Steuersätze. Im alten Steuergesetz war die Besteuerung angemessen, und der Kanton erhielt dabei ansehnliche Steuerleistungen. Bei der letzten Revision fanden dann einige Übereifrige, man müsse die Steuersätze für diese Gesellschaften bedeutend erhöhen, damit dem Kanton mehr Steuern zufließen. Das Mass wurde dann allerdings zu voll genommen. Nun ist dieses Experiment gründlich missraten, und der Kanton, das heisst, wir übrigen Steuerpflichtigen, haben buchstäblich das Nachsehen.

Wir von der SVP/EDU-Fraktion sind davon überzeugt, dass genau das Zitierte bei einer unvernünftigen Steuerfusserhöhung wieder eintreten würde, weshalb wir uns mit allen Mitteln gegen eine unangebrachte Erhöhung des Steuerfusses wehren werden, denn damit würden die grossen Anstrengungen der Wirtschaftsförderung, welche Kanton und Steuerzahler eine ganz schöne Stange Geld kosten, mit einem Schlag zunichte gemacht. Dazu kommt, dass selbst der Stadtrat, der die Gesamtverantwortung über den städtischen Haushalt trägt, in diesem Jahr von einer Erhöhung absieht. Im Weiteren wäre es aber auch ein Schlag ins Gesicht jener Bereichsleiter und Verantwortlichen in der städtischen Verwaltung, die sich um ein Sparbudget bemühten.

Die SVP/EDU-Fraktion wird auf das Budget eintreten. Ihm zustimmen wird unsere Fraktion nur dann, wenn die Lohnsummenentwicklung wieder auf die vom Stadtrat vorgeschlagene Grösse von 0,8% reduziert wird. Wir unterstützen die von der GPK vorgenommenen Änderungen ausdrücklich, selbstverständlich mit Ausnahme des Erhöhungsvorschlags bei der Lohnsummenentwicklung. Allerdings behalten wir uns vor, zu weiteren Punkten des Budgets noch Fragen und allenfalls auch Anträge zu stellen.

Wie Ihnen bekannt, war mein GPK-Fraktionskollege Daniel Preisig während der ganzen Budgetberatungen in Brasilien. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, dass auch er sich mit dem Budget 2014 intensiv befasst und zahlreiche Fragen und Nachfragen gestellt hat. Aus diesem Grund wird er sich zum Eintreten noch melden. Für seine umfassende Arbeit stünden ihm aus meiner Sicht ebenfalls Sitzungsgelder zu, hat er sich wohl ebenso intensiv mit der Prüfung des Voranschlages befasst, wie andere GPK-Mitglieder dies auch taten. Mangels Passus in der GO wird dies aber wohl nicht möglich sein.

Den im Budgetprozess involvierten Kreisen, dem Stadtrat, dem Finanzreferenten, dem Bereichsleiter Finanzen Ralph Kolb und seinem Team danken wir für die schnelle und umfassende Beantwortung unserer Fragen und den angenehmen Umgang bei der Beratung des Budgets innerhalb der GPK. Auch meiner Kollegin und meinen Kollegen der GPK danke ich für die angenehme und offene Zusammenarbeit, ein spezieller Dank gebührt dem Präsidenten, Grossstadtrat Peter Möller, für den Bericht aus der GPK.

Für das kommende Jahr gilt es zu prüfen, ob der Budgetprozess wirklich wieder in einem so engen Zeitrahmen durchgeführt werden muss. Denn will man sich als GPK-Mitglied mit den Antworten des Stadtrates, die wohl teilweise einiges an Man- oder Womenpower beansprucht haben, vertieft auseinandersetzen und diese Antworten auch mit der Fraktion besprechen, so war die Zeit dazu in diesem Herbst schlicht zu eng bemessen. “

Katrin Hauser-Lauber (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

”Der Stadtrat hat im Rahmen der anhaltend schwierigen finanzpolitischen Lage ein Budget vorgelegt, welches sich ausgeglichen präsentiert. Unter Einbezug der vorliegenden Änderungsanträge des Stadtrates und der GPK hat sich der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung auf CHF 536'700.-- erhöht.

Dieses positive Resultat konnte nur dank weitreichenden Sparanstrengungen seitens des Stadtrates und seitens der Verwaltung erreicht werden. Daneben haben aber auch die verschiedenen Punkte aus der Umsetzung der SLA, der systematisierten Leistungsanalyse, hineingespielt. Der Aufwand konnte auf diese Weise praktisch in allen Bereichen reduziert werden. Einzig im Schul- und im Sozialreferat sind aus zum Teil gegebenen Gründen die Kosten weiterhin steigend.

Unsere Fraktion bewertet die Sparanstrengungen zum Budget als sehr positiv. Für die haushälterische Budgetierung sprechen wir unseren Dank an Stadtrat und an Verwaltung aus. Wir hoffen dabei, dass die Sparanstrengungen anhalten, damit allenfalls die Investitionen angepasst und erhöht werden können. Aus unserer Sicht ist das Sparen oder genauer gesagt, das weniger Geld ausgeben, auch im neuen Jahr angesagt. Wir alle, auch unser Parlament, müssen uns darin weiterhin üben. Die genauen Ausführungen über den Voranschlag der Stadt Schaffhausen für das kommende Jahr präsentierte Ihnen unser GPK-Präsident Peter Möller. Ich kann mich deshalb auf einzelne Punkte, die wir in unserer Fraktion diskutierten, beschränken.

Wenn man bedenkt, dass die Rechnung erfahrungsgemäss besser abschliesst als das Budget, können wir in der Stadt aus finanzpolitischer Sicht einer zufriedenstellenden Entwicklung entgegenblicken. In diesem Sinn möchte ich zur Festlegung des Gemeindesteuerfusses sprechen:

Aufgrund meiner positiven Würdigung des Voranschlages 2014 kommt für uns von der FDP/JFSH-Fraktion eine Erhöhung des Gemeindesteuerfusses für das vorliegende Budget, das mit einer schwarzen Null abschliesst, nicht in Frage. Für die Zukunft ist Folgendes zu erwähnen:

Wie aus der Botschaft zum Budget auf der Seite 13 nachzulesen ist, geht der Stadtrat davon aus, dass es ab 2015 eine Erhöhung des Gemeindesteuerfusses brauchen wird. Im Gegensatz zum Stadtrat ist unsere Fraktion der Meinung, dass es generell zu früh ist, Überlegungen zum Steuerfuss für das Budget 2015 zu machen. Das vorliegende Budget schliesst positiv ab. Wir stellen uns nun die Frage: Wie können wir weiterhin weniger Geld ausgeben, wenn wir heute schon eine Erhöhung des Steuerfusses für die Zukunft im Kopf haben?

Allem voran sind in erster Linie weitere Einsparungen im kommenden Jahr nötig, gerade auch unter Berücksichtigung des Finanzplans 2014-2017. Dies bedeutet für uns alle eine grosse Herausforderung, die es anzupacken gilt.

Über den Gemeindesteuerfuss 2015 möchten wir heute nicht nachdenken oder sprechen, das wäre wirklich zu früh.

Zum Thema Lohnentwicklung:

Wir können den Nachtrag der GPK zur Lohnsummenentwicklung mit 1,6% nicht unterstützen. Es ist uns ein Anliegen, dass die Stadt in diesem Punkt mit dem Kanton gleich ziehen kann. Auf beiden Seiten sollte der leistungsbezogene Lohn in einem vernünftigen Rahmen gleichermassen unterstützt werden. Der ursprüngliche Antrag des Stadtrates, der eine Lohnsummenentwicklung mit 0,8% vorsieht, ist für uns deshalb angemessen.

Zum Schluss darf ich Ihnen mitteilen, dass die FDP/JFSH-Fraktion auf den Voranschlag 2014 der Stadt Schaffhausen eintreten wird. Wir werden im Rahmen der anschliessenden Debatte die Anträge des Stadtrates und der GPK nur teilweise unterstützen, gleichzeitig werden wir aber auch noch zusätzliche Kürzungsanträge stellen. "

Leonardo Pivetta (AL)

AL-Fraktionserklärung

"An der Medienkonferenz vom 27. September 2013 präsentierte unser Stadtrat ursprünglich einen Voranschlag mit einem Ertragsüberschuss von CHF 160'000.-- in der Laufenden Rechnung und das inklusive einer moderaten Lohnsteigerung für das städtische Personal von 0,8%. Bei einem einmalig tief gehaltenen Investitionsvolumen von netto CHF 12,5 Mio. hätte ein Finanzierungsüberschuss von CHF 3,7 Mio. resultiert. Den Steuerfuss wolle man, vorerst, nicht verändern, sprich erhöhen. Doch der Finanzreferent hielt gleichzeitig fest, dass man mit Blick auf den Kanton auch in der Stadt langfristig nicht um eine Steuererhöhung herumkomme. Der Stadtrat schlägt vor, die Steuern auf das Jahr 2015 um 3% zu erhöhen.

Die Überraschung war gross, zumindest bei uns von der AL. Der Grossteil der hier vertretenen Parteien nahm den Voranschlag positiv auf. Immerhin schrieb die Stadt kein Defizit. Einnahmen und Ausgaben hielten sich fast die Waage; also keinen Grund, den Steuerfuss in Frage zu stellen. Anders beim Kanton: Der bürgerlich dominierte Regierungsrat hatte bereits im Vorfeld aufgrund der desaströsen Finanzlage des Kantons, der ein strukturelles Defizit von CHF 40 Mio. Franken aufweist, bei der Präsentation des Budgets 2014 eine Steuerfusserhöhung von 6%

beantragt und damit heftige Diskussionen ausgelöst.

Wie kam also das städtische Budget 2014 ausgeglichen und ohne Steuererhöhung zustande? Der Stadtrat habe frühzeitig einen Sparauftrag an die Verwaltung erteilt und damit gerechnet, CHF 4,9 Mio. an Entlastungen „zusammenzukratzen“, erklärte Stadtrat Peter Neukomm dem Journalisten der Schaffhauser Nachrichten. CHF 3,6 Mio. sollten über Einsparungen erfolgen, wiederkehrende und einmalige, und CHF 1,3 Mio. über Ertragssteigerungen.

Wo wurde also der Rotstift angesetzt? Hier einige kleine Beispiele:

- Urnenöffnungszeiten wurden eingeschränkt,
- Pensen reduziert,
- Stellen nicht mehr neu besetzt,
- Personalausflüge gestrichen,
- Teuerungsausgleiche für Rentner ebenfalls,
- Ersatzanschaffungen von Fahrzeugen und Maschinen aufgeschoben,
- Unterhalt von Gebäuden und Anlagen aufs Minimum gedrosselt.

Und auf der Ertragsseite? Ein für mich negatives Beispiel: Die Altersheimtaxen werden angehoben.

Der Gesamtaufwand von drei Referaten liegt jedoch tiefer als im Budget 2013 und in der Rechnung 2012.

Ich erlaube mir nochmals kurz unseren Finanzreferenten zu zitieren: *„Wir haben die Zitrone mehr als ausgepresst und gehen in vielen Bereichen auf dem Zahnfleisch!“* Das Ausrufezeichen wurde aber von mir gesetzt. Ich komme später nochmals darauf zurück.

Der Voranschlag, über den wir heute hoffentlich diskutieren, konnte von der GPK, wie Sie bereits dem ausführlichen Bericht unseres Präsidenten Peter Möller entnehmen konnten, hauptsächlich dank besserer Steuereinnahmen und höherer Ablieferungen der Städtischen Werke wesentlich verbessert werden. Ich meine damit nicht in erster Linie den Ertragsüberschuss, sondern die von einer Mehrheit der GPK beschlossenen Mehrinvestitionen. So wurden zum Beispiel verschiedene Konten für den Unterhalt der Gebäuden und Anlagen spürbar erhöht und das „Haus zum Freudenfels“ erhält endlich neue Fenster.

Luxus? Weit gefehlt! Es sind dringend notwendige Investitionen, die wir zwar aufschieben, denen wir uns aber nicht entziehen können.

Die GPK beschloss darüber hinaus, dass es höchste Zeit sei, unserem städtischen Personal endlich wieder eine Lohnerhöhung zu gewähren, die auch diesen Namen verdient. Das neue Lohnsystem verhindert ein wirkliches Vorwärtskommen, vor allem bei den jüngeren Angestellten. Im Vergleich zu unseren Nachbarkantonen ist das Lohnniveau in unserer Stadt, wie Abklärungen der Personalabteilung ergeben haben, unterdurchschnittlich. Die Folge davon ist eine überhöhte Fluktuation. Die Rekrutierung gut ausgebildeter Leute erweist sich als langwierig und schwierig. Es ist zu befürchten, dass die Kosten für die Personalsuche ansteigen, wenn an den Ursachen nichts geändert wird. Wir von der AL sind der Meinung, dass die städtischen Angestellten einen ausgezeichneten Job machen und deshalb eine

Lohnerhöhung mehr als verdient haben. Dass unsere Stadtrechnung ohne Verlust abschliesst, ist nicht zuletzt ein Verdienst der Verwaltung. Ohne ihr Mitwirken wären die Einsparungen nicht möglich gewesen. Sie tragen auch eine Mehrbelastung, wenn bei gleichem Leistungsumfang Stellen gestrichen und nicht mehr neu besetzt werden. Geben wir als Parlament ein Zeichen der Anerkennung für die erbrachten Leistungen und die Bereitschaft, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen. Ich möchte Sie bitten, der GPK zu folgen und der Lohnsummenerhöhung von 1,6% zuzustimmen.

Wie präsentiert sich nun die Laufende Rechnung nach der Behandlung in der GPK?

Trotz der erwähnten Mehrausgaben resultiert ein Ertragsüberschuss von CHF 540'000.--. Der Überschuss fällt damit um rund CHF 380'000.-- höher aus im Vergleich zum Budget, das der Stadtrat Ende September präsentiert hat.

Sollten wir also einen Grund zur Freude haben? Keineswegs. Einige von Ihnen werden sich nun fragen, warum wir von der AL noch immer nicht zufrieden sind. Dafür gibt es mehr als einen Grund. Ich starte einen Erklärungsversuch:

Eine ausgeglichene Rechnung wird leider irrtümlicherweise von den meisten Politikern, den Mainstream-Medien und von einem Grossteil unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger als positiv gewertet. Aber wer drüber nachdenkt, kommt zum Schluss, dass ein ausgeglichenes Budget noch nicht zufriedenstellend sein kann. Denn wer, so wie ich in der GPK, hatte schon die Gelegenheit, sich den Zusammenhang zwischen Laufender Rechnung und Investitionsrechnung erklären zu lassen, weiss, dass nur, wenn man genügend Überschüsse in der Laufenden Rechnung generiert, auch Geld für notwendige Investitionen zur Verfügung steht? Und nicht nur; Überschüsse benötigt man auch, um das Eigenkapital aufzustocken und Schulden abzubauen. Erzielt man keine Überschüsse, stehen folgende Rezepte zur Verfügung:

Man tätigt keine oder fast keine Investitionen (was bei uns 2014 der Fall sein wird), nimmt auf dem Finanzmarkt Kapital auf und bezahlt dafür Zinsen, also man verschuldet sich, oder man fährt die Leistungen der öffentlichen Hand radikal herunter, belässt die Steuereinnahmen auf einem Minimum bei gleichzeitigem Ausverkauf des Staatsvermögens und generiert so noch für kurze Zeit Einkünfte, die dann für ein paar wenige Jahre investiert und ausgegeben werden können. Danach wird der Laden dicht gemacht. Der Contrat Social wird auf dem Weg dorthin aufgekündigt und Zustände, wie sie schon längst in den Vereinigten Staaten von Amerika zu beobachten sind, werden auch hier zur Realität, zum Beispiel einstürzende Brücken, marode Infrastruktur und so weiter. Letztgenanntes Rezept hat einen Namen: Neoliberalismus. Internationale Unternehmen haben das Sagen, und Politiker fungieren nur noch als deren Handlanger und führen sämtliche von ihnen angebrachten Wünsche aus. Die Bedürfnisse der Bürgerschaft werden ignoriert und nicht mehr berücksichtigt.

Soweit wollen es wir von der Alternativen Liste nicht kommen lassen. Wir wünschen uns eine Stadt, die investitionsfähig bleibt und die Bedürfnisse der Bevölkerung ernst nimmt. Wir möchten unsere Kinder nicht in Containern zur Schule schicken. Wir möchten eine schlanke, effiziente, aber vor allem auch eine bürgerfreundliche und starke Verwaltung, die sowohl den Einwohnerinnen und Einwohnern sowie auch den Unternehmen einen ausgezeichneten Service bietet. Unsere Stadt hat einiges zu bieten. Für die meisten Firmen sowie Privatpersonen spielt der Steuerfuss, solange er in einem einigermaßen vernünftigen Rahmen bleibt, eine Nebenrolle. Denn es

gibt immer einen Ort, wo es sich noch günstiger leben lässt. Was liegt drin? Wie hoch sollte also unserer Meinung nach der Steuerfuss gesetzt werden? Und weshalb?

Im Jahr 2001 lag der Steuerfuss der Stadt Schaffhausen bei 112%. Bis 2007 wurde er auf 105% gesenkt. Das sind satte 7%. Im Jahr 2008 wurde dieser zeitgleich mit dem 6%igen Abtausch mit dem Kanton um nochmals einen Prozentpunkt gesenkt. Kurz gefasst: Die Steuerbelastung sank von 2001 bis 2008 um nicht weniger als 8%. Und vergessen wir nicht die geplante Unternehmenssteuerreform III. Diese wird erneut zu massiven Steuerausfällen bei den juristischen Personen führen. Wie lange noch kann sich also unsere Stadt einen so tiefen Steuerfuss leisten? Als Hauptort hat Schaffhausen Zentrumslasten zu tragen, die eine Gemeinde wie Stetten einfach nicht hat. Ist Ihnen übrigens ein Kantonshauptort bekannt, der einen tieferen Steuerfuss hat als der Kanton? Ausserdem möchte ich Sie fragen, ob es wirklich so schrecklich war, mit einem Steuerfuss von 112% hier zu wohnen?

Auf wie viele Franken belaufen sich die durch Steuergesetzrevisionen und Steuerfussenkungen kumulierten Steuerausfälle von 2001 bis 2012? Ich kann es Ihnen sagen: Auf sage und schreiben CHF 143,9 Mio. Und wie viele kumulierte Mehreinnahmen hat diese Tiefsteuerstrategie durch Ansiedlungen nun gebracht? CHF 94,6 Mio. Das ergibt einen Fehlbetrag von CHF 49,3 Mio. kumuliert in 10 Jahren. Diese Steuerpolitik ist unter dem Strich gescheitert, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen. Wie viele Schulhäuser auf der Breite hätten wir damit bauen können?

Bei der Investitionsrechnung sieht der Finanzplan kumulierte Ausgaben von CHF 145,8 Mio. und Gesamteinnahmen von CHF 56,9 Mio. vor, was zu einem Investitionssaldo von CHF 88.9 Mio. führen wird. Die Nettoschulden ohne Darlehen werden um CHF 17,8 Mio. ansteigen, was je Einwohner im Jahr 2017 CHF 2'500.-- entsprechen wird. Ein Selbstfinanzierungsgrad von 100% wird von 2014 bis 2017 nie erreicht werden. In den Jahren 2015 und 2017 wird dieser sogar bei sehr tiefen 66% respektive 67% liegen. Darin sind die Steuerhöhung von 3% im Jahr 2015 und das angestrebte Bevölkerungswachstum von 300 Personen pro Jahr eingerechnet. Das sind Annahmen, bei denen ich meine Zweifel habe, ob sie den Schritt in die Realität schaffen. Sollten die Annahmen nicht eintreffen, wird sich unsere Stadt noch stärker verschulden.

Wie wir aus der Verwaltung erfahren konnten, bräuchte es, um alle im Finanzplan vorgesehen Investitionen stemmen zu können, ohne dabei Neuverschuldung zu generieren, eine Steuererhöhung von 6%. Die AL ist der Meinung, dass eine Erhöhung von 8% für die Stadt, vorübergehend, bis alle zurückgehaltenen und geplanten Investitionen getätigt wären, das Beste wäre. Denn somit könnten wir nicht nur investieren, wie es auch theoretisch vorgesehen ist, sondern wären sogar in der Lage, gleichzeitig die Schulden abzubauen und/oder das Eigenkapital zu erhöhen - uns und nachfolgenden Generationen zuliebe.

Wir wären jedoch bereits zufrieden, wenn die Stadt zügig mit den Investitionen vorwärts machen würde. Denn vor allem damit zieht man Junge und Familien an. Lassen wir unsere Stadt rocken. Wir werden deshalb zu gegebenem Zeitpunkt, zusammen mit der Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen der SP und mit Unterstützung der JUSO, einen Antrag um eine 6%-ige Steuerfusserhöhung von 98% auf 104% stellen.

Die AL wird auf das Budget eintreten. Ob wir ihm auch zustimmen können, hängt

vom Ausgang unseres Antrages um Steuererhöhung und den weiteren Beratungen heute Abend ab. “

René Schmidt (OeBS)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

”Die Szenarien, die wir soeben gehört haben, sind sehr unterschiedlich. Das Votum meines Vorredners gehörte zu den Worst Case-Szenarien. Vorher wurde uns eine teilweise scharfe Beurteilung hinsichtlich des Finanzhaushalts und der Wirtschaftsentwicklung unserer Stadt präsentiert. Im Anschluss werde ich Ihnen die Budgetbeurteilung der OeBS/CVP/EVP-Fraktion vorstellen, eine Situation, die meiner Meinung nach realistisch, optimistisch und eigentlich auch zukunftsgläubig ist.

Insgesamt stösst das vorliegende Budget bei der OeBS/CVP/EVP-Fraktion auf Zustimmung. Der Voranschlag zielt auf den Erhalt des städtischen Leistungsniveaus. Das Budget ist ausgewogen und zweckerfüllend. Die Aussagen des Stadtrates in der Botschaft vom 24. September 2013 zeigten als Resultat bereits ein hauchdünnes Budgetplus in der Laufenden Rechnung.

Inzwischen sind durch erfreuliche neue Erkenntnisse bei den geschätzten Gemeindesteuer- und Quellensteuereinnahmen sowie beim Gemeindeanteil zur Verbilligung der Krankenkassenversicherungsprämien die Zahlen verbessert worden, was den kleinen Ertragsüberschuss wie eine vertrocknete Blume im Wasserglas aufblühen liess.

Dieses Jahr liegen die Nettoinvestitionen einmalig tief. Es zeichnet sich jedoch ab, dass die Stadt Schaffhausen in naher Zukunft viel Geld in aufgeschobene Unterhaltsarbeiten und Infrastrukturerneuerung investieren muss. So etwa im Stadthausgeviert, in Alterszentren, in Schul- und Sportanlagen. Dies lässt sich wohl seriös nicht ohne zusätzliche staatliche Einnahmen finanzieren. Deshalb wurde in der Fraktion intensiv über den richtigen Zeitpunkt für eine Steuererhöhung diskutiert.

Für uns sind Steuererhöhungen kein Selbstzweck. Es muss einerseits eine angemessene Selbstfinanzierung von Investitionen angestrebt, andererseits aber auch mehr Geld in Bildung und Infrastruktur investiert werden. Wir setzen auf einen gut ausgebauten Service Public und eine zeitgemässe Infrastruktur, was wachstumsfördernd für die Wirtschaft und die Bevölkerungsentwicklung wirkt. Der im Finanzplan 2014 - 2017 aufgezeigte Weg mit der vorgesehenen Steuererhöhung führt zu einem mittelfristig moderat ausgeglichenen Finanzhaushalt, was uns wichtig ist.

Die nachfolgenden Erwägungen und das leichte Plus im Budget 2014 haben unsere Fraktion bewogen, den Steuersatz auf 98% zu belassen und von einer Steuersatzerhöhung abzusehen. Wir haben Vertrauen in die Finanzpolitik des Stadtrates. Angemessene Steuerlasten helfen dem Mittelstand und breiten Bevölkerungskreisen, Investitionen zum Beispiel in Wohneigentum zu tätigen oder die Ausbildungsfinanzierung ihrer Kinder zu übernehmen. Höhere Steuersätze könnten das Wachstum der Bevölkerung durch Zuzüger beeinträchtigen. Moderate Unternehmenssteuern fördern wirtschaftliches Wachstum und den Erhalt beziehungsweise die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Schuldengrenze hält sich gemäss Modellrechnung bis 2017 mit CHF 2'457.-- unter der maximalen Obergrenze von CHF 3'000.--, und die Laufende Rechnung bleibt in den nächsten Jahren mit CHF 2-3 Mio. positiv. Natürlich dürfen wir nicht übersehen, dass für die Planjahre 2014 -2017 die Investitionen von CHF 145 Mio. nur zu rund 40% selber finanziert

werden können. Es ist unserer Fraktion bewusst, dass wir uns an der Selbstfinanzierungsschmerzgrenze befinden. Der Handlungsspielraum der Stadt ist nach wie vor eng. Wir stehen deshalb im Bedarfsfall zu Steuererhöhungen.

Die GPK hat sich, wie Sie aus dem ausführlichen Bericht des umsichtigen GPK-Präsidenten entnehmen konnten, sehr detailliert mit dem Budget beschäftigt. Es ist der GPK ergänzend gelungen, energetische Verbesserungen an zwei städtischen Liegenschaften und nötige Auffrischungen im Schulbereich anzubringen sowie den Unterhalt von Kinderspielflächen zu fördern.

Unsere Fragen, mit denen wir die Verwaltung ausgiebig beschäftigt haben, wurden ausführlich beantwortet. Dafür sei dem Stadtrat und der Verwaltung ganz herzlich gedankt. Der Stadtrat hat uns ein seriöses und schon intensiv durchgekämmtes Budget vorgelegt, das einen kleinen Einnahmeüberschuss ausweist. Einmal mehr hat es sich gezeigt, dass das Budget bei den Steuern der natürlichen Personen ergiebiger, sicherer und berechenbarer ist.

Die Wohnraumentwicklung findet bei uns kontinuierlich, aber meist wenig überhitzt und im privat getragenen Bereich statt, was für den städtischen Finanzhaushalt verträglicher erscheint. Schnelles Wachstum der Bevölkerung birgt zwar Aussichten auf zusätzliches Steuersubstrat, verursacht aber oft überproportional steigende Infrastrukturkosten. In unserer boomenden Nachbarstadt Winterthur müssen die Steuerzahlenden eine Steuererhöhung um 5% akzeptieren, das Personal erhält zum zweiten Mal in Folge keine Lohnmassnahmen und Leistungsempfänger erwartet eine Angebotsreduktion oder höhere Preise für die bezogenen Dienstleistungen.

Wir sind froh, dass gemäss den vorliegenden Anträgen die städtischen Angestellten in den Genuss einer individuellen Lohnerhöhung kommen. Damit kann das heutige Lohnsystem wenigstens einigermaßen die Versprechungen, die bei seiner Einführung gemacht wurden, erfüllen. Gute bis sehr gute Leistungen können somit wirklich honoriert und gewürdigt werden. Aus unserer Sicht scheint der Antrag der GPK mit einer Lohnsummenerhöhung um 1,6% sympathisch, aber wir sind auf einem zu schmalen Weg zur langfristigen Sanierung des Finanzhaushalts. Der finanzielle Handlungsspielraum der Stadt ist nach wie vor sehr bescheiden und erlaubt keine Sprünge. Ich erinnere an die Tragödie in Sachen Schulhaus Breite vor einigen Wochen.

Die OeBS/CVP/EVP-Fraktion wird auf das Budget eintreten und den Anträgen mit den Änderungen der GPK meist zustimmen. Es werden aber aus unseren Reihen noch Anträge eingehen sowie weitere Fragen gestellt werden. “

SR Peter Neukomm (SP)

Stellungnahme des Stadtrats

”Ich danke dem GPK-Präsidenten für seine Darstellung des Budgets und den sachlichen Bericht über die Vorberatung in der GPK. Die GPK hat sich sehr eingehend mit dem Budget beschäftigt. Die Beratungen waren sachlich und - dies kann ich an dieser Stelle bereits vorweg nehmen - der Stadtrat wird die meisten GPK-Anträge unterstützen.

Ich danke an dieser Stelle auch meinen Kollegen im Stadtrat, allen Bereichs- und Abteilungsleitern und natürlich allen Mitarbeitenden, die mitgeholfen haben, dass wir für 2014 ein ausgeglichenes Budget mit einem kleinen Ertragsüberschuss von CHF 160'000.-- in der Laufenden Rechnung erzielt haben. Unterdessen ist diese

schwarze Null noch etwas schwärzer geworden, indem sich in der Laufenden Rechnung CHF 235.5 Mio. Ausgaben und CHF 236.1 Mio. Einnahmen gegenüberstehen. Es gibt aber keinen Grund, übermütig zu werden, denn viele Positionen können nur approximativ geschätzt werden und der Ertragsüberschuss liegt nach den GPK-Beratungen bei CHF 0,5 Mio., also noch bei rund 0,2 % der Gesamtausgaben.

Wie in der Botschaft vom 24. September 2013 ausgeführt, handelt es sich beim vorliegenden Budget um ein kleines Zwischenhoch. Was sind die Gründe dafür?

Hauptgrund ist ein anspruchsvoller sportlicher Sparauftrag des Stadtrats im Rahmen der Budgetweisungen. Dass dieser mit einer Entlastung von fast CHF 5 Mio. weitgehend umgesetzt werden konnte, ist dem grossen Engagement der Mitarbeitenden der Stadt zu verdanken. Man hat die Zitrone nochmals ausgedrückt und ist dabei zum Teil sehr weit gegangen, was sich zum Beispiel im extrem tiefen baulichen Unterhalt zeigte und was offensichtlich auch der GPK auffiel, die sich hier für eine moderate Erhöhung engagiert hat. Klar ist, dass dies ohne spürbaren Leistungsabbau zum Nachteil der Bevölkerung in dieser Grössenordnung kaum mehr wiederholt werden kann. Dass wir eine ausgeglichene Laufende Rechnung erreicht haben, hat auch damit zu tun, dass wir nach 2012 noch einmal kräftig auf die Investitionsbremse stehen. Das Schulhaus Breite wird wohl 2014 nicht budgetwirksam werden.

Dass dies nicht wirklich nachhaltig ist, ist uns bewusst. Denn das Aufschieben von nötigen Investitionen führt zwangsläufig zu einem weiteren Anwachsen des bereits bestehenden, hohen Investitionsstaus aus der Vergangenheit. Dies sind auch Schulden zulasten kommender Generationen, und sie beeinträchtigen die Attraktivität unserer Infrastruktur und damit einen unserer wichtigsten Standortfaktoren. Deshalb sind die Investitionen im Finanzplan 2014 - 2017 wieder höher eingesetzt. Ich komme bei der Investitionsrechnung darauf zurück.

Dass das Ergebnis im Budget trotz schwierigem Umfeld ausgeglichen abschliesst, ist auch dadurch bedingt, dass die Stadt ihre Hausaufgaben gemacht hat, und alle Bereiche und Abteilungen sehr diszipliniert budgetiert haben. Deshalb konnte der beeinflussbare Aufwand einmal mehr stabilisiert und teilweise auch reduziert werden, was sich vor allem beim Personalaufwand zeigt. Darunter fallen auch die Auswirkungen der SLA-Massnahmen, die Ende 2014 abgeschlossen werden. Eine davon ist sicherlich die erfreuliche Steigerung bei den Ablieferungen der Städtischen Werke um netto CHF 1,8 Mio.

Aufwand:

Der Gesamtaufwand fällt mit CHF 235,5 Mio. im Vergleich zum Vorjahresbudget CHF 3,2 Mio. höher aus. Dabei gilt es zu beachten, dass sich neben Kostensteigerungen (Eigene Beiträge +3 %) bei einzelnen Sachgruppen, wie dem Personalaufwand, auch Kostenminderungen ergeben (Personalaufwand -1,3 %).

Der Personalaufwand konnte im Budgetvergleich zum Vorjahr gesamthaft von CHF 106,9 Mio. auf CHF 105,5 Mio., das heisst um CHF 1,4 Mio. reduziert werden. Das zeigt, wie zurückhaltend und sparsam mit den öffentlichen Mitteln in der Stadt umgegangen wird.

Nach der bescheidenen Lohnentwicklung der letzten Jahre erscheint es dem Stadtrat wichtig, dass die Lohnsumme 2014 erhöht wird, damit die lohnwirksame

Mitarbeiterqualifikation glaubwürdig und die Stadt als Arbeitgeberin auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig bleibt.

Der Sachaufwand, die Entschädigung an Gemeinwesen - ESH3 lässt grüssen - und Eigene Beiträge liegen 2014 leicht höher. Zu einer Verbesserung im Vergleich zur Botschaft trugen die neusten Einschätzungen zum Gemeindeanteil bei der Krankenkassenprämienverbilligung bei. Sie liegen mit CHF 6,6 Mio. gut CHF 0,7 Mio. tiefer als ursprünglich angenommen.

Zu den Passivzinsen: Aufgrund des tiefen Zinsniveaus und den erreichten Optimierungen, vor allem im Bereich der Liegenschaftenbewirtschaftung, wird mit einem Nettoertrag von rund CHF 0,3 Mio. gerechnet. Das heisst, mit den Erträgen aus Zinseinnahmen und dem Liegenschaftsbereich können die Kapitalkosten der Stadt - einmal mehr - mehr als gedeckt werden.

Die Abschreibungen bleiben auf dem gesetzlichen Minimum. Sie sind mit CHF 13 Mio. CH. 1,3 Mio. tiefer als im Budget 2013.

Ertrag:

Mit CHF 236,1 Mio. liegen die Einnahmen CHF 7 Mio. höher als im Budget des Vorjahres. Bei den Steuern hat sich die Ausgangslage seit der Präsentation des Budgets etwas verbessert. Analog zum Kanton können wir die Einkommens- und Vermögenssteuern und die Quellensteuern um insgesamt CHF 0,9 Mio. erhöhen. Bei den juristischen Personen ist die Ausgangslage schwieriger einzuschätzen, weshalb wir uns da - wie der Regierungsrat - nicht auf die Äste raus lassen wollen. Die Steuereinnahmen betragen insgesamt CHF 116,4 Mio., das heisst noch CHF 1,1 Mio. weniger als im Budget 2013.

Die Vermögenserträge konnten leicht gesteigert werden. Die Einnahmen aus den Entgelten erhöhen sich um CHF 1,5 Mio. auf CHF 67,9 Mio. spürbar. Das zahlt die Bevölkerung aber vor allem über höhere Gebühren (Benutzungsgebühren, Parkgebühren).

Ebenfalls spürbar steigen die Beiträge für eigene Rechnung, nämlich um CHF 5 Mio. Darin fallen vor allem die Ablieferungen der Städtischen Werke ins Gewicht.

Anträge der GPK:

Das Ergebnis der Laufenden Rechnung lag vor den GPK-Beratungen bei einem kleinen Ertragsüberschuss von knapp CHF 160'000.--, vor der Elefantenrunde in der GPK bei Fr. 1,6 Mio. und nach den GPK-Beratungen bei CHF 0,5 Mio. Die vom SR im Rahmen der GPK-Beratungen eingebrachten und die von der GPK selber beschlossenen Änderungen ersehen Sie aus der Zusammenstellung vom 18. November 2013.

Sie haben heute vom GPK-Präsidenten gehört, welche Veränderungen sich seit der Botschaft ergeben haben: Sie sind Ausfluss von sich verändernden Rahmenbedingungen, das heisst von neuen Einschätzungen bei den Einnahmen und Ausgaben seit der Budgeterstellung.

Das durch Mehreinnahmen und Minderausgaben verbesserte Ergebnis ermöglichte es der GPK, die bis auf das Zahnfleisch heruntergefahrenen Bauunterhaltskonten wieder auf das Niveau der Vorjahre zu erhöhen, obwohl auch dieses noch nicht hoch ist. Damit soll vermieden werden, dass es nächstes Jahr mehr Nachtragskredite

braucht, um den nötigsten Unterhalt zu gewährleisten. Der Stadtrat kann das nachvollziehen und findet diese Anpassungen sinnvoll.

Auch die extrem tiefen Investitionen in die Liegenschaften des Verwaltungs- und Finanzvermögens wurden von der GPK leicht erhöht. Die Fenstererneuerungen in den Häusern Eckstein und Freudenfels stehen der Energiestadt Schaffhausen gut an. Das sollte künftig auch zu Einsparungen beim Energieverbrauch führen. Auch die Erhöhung des Unterhalts der Liegenschaften des Finanzvermögens über CHF 200'000.--, inklusive Treppenlift im Restaurant Altes Schützenhaus, macht Sinn.

Wir wehren uns auch nicht dagegen, dass die Stadt 2014 die vorgesehenen CHF 20'000.-- für die Reinigung der Lamellenstoren der Hallen für Neue Kunst einspart. Nur ist diese Einsparung am falschen Ort eingestellt worden, nämlich bei der Kulturförderung anstatt beim baulichen Unterhalt von Verwaltungsliegenschaften.

Ebenfalls keinen Gegenantrag des Stadtrats gibt es gegen die von der GPK beschlossene Erhöhung der Hundesteuer. Sie wird auf den 1. Januar 2014 angepasst, was zu Mehreinnahmen von rund CHF 38'000.-- pro Jahr führen wird. Die Gebühren für Hunde in der Stadt Schaffhausen wurden seit 1993 nicht mehr angepasst (exklusiv kantonale Hundegesetzrevision) und sind mit dieser Erhöhung auf CHF 150.-- pro Hund auf dem Niveau der meisten anderen Gemeinden.

Der Antrag der GPK für eine Lohnsummenerhöhung um 1,6 % statt wie vom Stadtrat beantragt 0,8% genießt bei mir als Personalreferent zwar gewisse Sympathien, und zwar nicht, weil der Antrag von der linken Ratsseite kommt, sondern weil er aufgrund sachlicher Gründe erfolgte (dieser Hinweis richtet sich an die Adresse von Hermann Schlatter). Denn bei der Personalgesetzrevision 2006 ist man davon ausgegangen, dass für individuelle Leistungslohnkomponenten jährlich 2 - 3% der Lohnsumme eingesetzt werden können. Nur mit solchen Erhöhungen wären spürbare Lohnentwicklungen möglich. Davon waren wir in den letzten Jahren aber weit entfernt. Deshalb haben wir ein Problem, dass wir für junge Leistungsträger, die wir für höhere Aufgaben entwickeln möchten, zu wenig Perspektiven bieten können. Es kann nicht sein, dass das Lohnmaximum erst nach effektiv 70 Jahren im Stadtdienst erreicht werden kann. Das Lohnsystem weist hier einen gravierenden Fehler auf. Der Stadtrat hat sich im Zusammenhang mit der SLA zum Leistungskatalog des Personaldiensts und der Personalentwicklung dieser Problematik angenommen. Wir müssen versuchen, den Kanton, der die gleiche Problematik hat und ebenfalls das System kritisiert, ins Boot zu holen. Die demographische Entwicklung wird für uns grosse Schwierigkeiten bringen, wenn es darum geht, in Zukunft qualifiziertes Personal zu rekrutieren, und sofern es uns nicht gelingen sollte, potenzielle Mitarbeitende entsprechend entwickeln zu können.

Als Finanzreferent habe ich am Antrag der GPK natürlich weniger Freude, weil damit wiederkehrende Mehrausgaben von guten CHF 0,5 Mio. plus Sozialabgaben verbunden sind. Deshalb, und weil der Stadtrat im Gleichschritt mit der vom Kantonsrat beschlossenen Lohnsummenentwicklung bleiben möchte, beantragt er Ihnen, seinen Antrag von 0,8% zu unterstützen und den GPK-Antrag abzulehnen.

Investitionsrechnung:

Die Ausgaben der Investitionsrechnung belaufen sich nach den GPK-Beratungen auf CHF 18,1 Mio. (Budget 2013: CHF 14,2 Mio.), die Einnahmen auf CHF 10,3 Mio., was zu einem Ausgabenüberschuss von CHF 7,8 Mio. führt. Diese Investitionen sind einmal mehr sehr tief, auch wenn die GPK hier noch zusätzliche Beträge eingestellt

hat. Um unsere Infrastruktur à jour halten zu können, bräuchten wir etwa CHF 19 Mio. Nettoinvestitionen pro Jahr. Das ergibt sich aus der Kennzahl der Investitionsanstrengungen und den Empfehlungen von idehap Lausanne, dem Lehrstuhl für Finanzwissenschaften.

Die wichtigsten Investitionen finden Sie auf Seite 9 der Botschaft aufgelistet:

- Darlehen VBSH: CHF 2,5 Mio.
- Beteiligungen KSD und KSS: CHF 1,5 Mio.
- Investitionen in Schulanlagen: CHF 0,9 Mio.
- Investitionen in Altersheime: CHF 0,9 Mio.
- Strassen: CHF 3,6 Mio.
- Agglomerationsprogramm: CHF 1,8 Mio.
- Kanalisation: CHF 2,8 Mio.
- Liegenschaften des Finanzvermögens: CHF 1,2 Mio.

Finanzplan 2014 - 2017:

Bezüglich der Laufenden Rechnung sind wir zuversichtlich, dass wir diese in den kommenden vier Jahren einigermaßen im Griff behalten werden. Natürlich ist das noch von diversen Parametern abhängig, die wir nicht oder kaum beeinflussen können. Die Ausgeglichenheit der Laufenden Rechnung genügt aber nicht, um die grossen Herausforderungen auf der Investitionsebene zu meistern. Mein Finanzchef und ich versuchen seit Monaten, Parlamentariern und Öffentlichkeit klar zu machen, dass es trügerisch ist, zu glauben, eine ausgeglichene Laufende Rechnung bedeute, dass alles gut sei - es ist eben bei Weitem nicht so. Werden alle im Finanzplan aufgeführten Projekte verwirklicht, ist mit einem Investitionssaldo von CHF 89 Mio. zu rechnen, und dies entspricht bereits schon einer abgespeckten Variante des Finanzplans. Hier stehen die Anstrengungen zur Aufarbeitung des Investitionsstaus aus der Vergangenheit (Stichwort: Stadthausgeviert), Infrastrukturerneuerungen (Badewasseraufbereitung KSS, Sport- und Freizeitanlagen, Altersheime/QDZ, Schulraumplanung, Sanierung Munot-Wehrmauer) und Ausgaben für die zusammen mit dem Kanton aufgegleiste Entwicklungsstrategie (Agglomerationsprogramm, Wohnraumentwicklung) im Zentrum. Da diese Investitionen in die Attraktivität unserer Stadt nicht vollständig selbst finanziert werden können, wird die Verschuldung nochmals zunehmen. Sie soll aber im Rahmen unserer Verträglichkeitsvorgaben bleiben, die wir in der Vorlage zur Initiative Schuldenbremse vom 25. Juni 2013 dargelegt haben.

Wegen dieser grossen Herausforderungen auf der Investitionsseite wird im Rahmen des Budgets 2015 zu prüfen sein, ob es zusätzliche Steuereinnahmen brauchen wird, um unsere finanzpolitischen Zielsetzungen zu erreichen. Wir haben aus Vorsichtsgründen beim Steuerfuss ab 2015 zusätzliche 3 Punkte eingestellt, haben aber nie gesagt, dies sei bereits entschieden. Wir haben anhand einer Modellrechnung und in der optimistischen Annahme eines Bevölkerungszuwachses von 300 Personen sowie der dadurch bewirkten Steigerung des Steuersubstrats überprüft, wie die Situation aussieht. Ich wiederhole, es ist noch nichts entschieden; diesbezüglich bin ich auch von gewissen Personen falsch zitiert worden. Der Finanzplan ist rechtlich nicht verbindlich - dies einfach nochmals zu Ihrer Erinnerung. Es handelt sich um ein Planungsinstrument des Stadtrats. Aber der Stadtrat hat auch die Pflicht, den Blick nach vorne zu richten, was wir mit dem Finanzplan auch dokumentieren. Investitionen kosten aber nicht nur, sie schaffen auch einen nachhaltigen Mehrwert für unsere wachsende Bevölkerung sowie unsere Wirtschaft

und setzen nicht zu unterschätzende Impulse für den regionalen Arbeitsmarkt.

Ausblick und Fazit:

Die finanziellen Herausforderungen der nächsten Zukunft - hoher Investitionsbedarf, rückläufige Unternehmenssteuern (USR III), weiterer Anstieg der Ausgaben bei der sozialen Wohlfahrt (Krankenkassen-Prämienverbilligung, Sozialhilfe, Altersbetreuung) - werden uns auch in den kommenden Jahren stark beschäftigen. Zudem droht eine Überwälzung von Aufgaben auf die Gemeinden respektive ein Rückzug des Kantons bei der Finanzierung von Verbundaufgaben im Zusammenhang mit dem Entlastungsprogramm 2014 des Kantons. Der Entscheid einer Mehrheit des Kantonsrats, das Finanzloch von CHF 37 Mio. in der Laufenden Rechnung des Kantons über Leistungsabbauten, aber ohne Mehreinnahmen bei den Steuern zu sanieren, wird den Druck auf die Gemeinden sicherlich nicht reduzieren. Es gibt aber sowohl bei der Stadt wie auch bei anderen Gemeinden - zum Beispiel Neuhausen - keinen finanziellen Handlungsspielraum dafür. Deshalb werden wir uns gegen jegliche Kosten- und Aufgabenüberwälzungen durch den Kanton zu wehren wissen.

Abschliessend versuche ich, auch über Positives zu berichten: Zum Glück sind die Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung recht positiv. Für 2014 prognostiziert die OECD für die Schweiz ein BIP-Wachstum von 2,2%, für 2015 geht sie sogar von einer Beschleunigung auf 2,7% aus. Auch auf dem Arbeitsmarkt zeichnet sich eine positive Entwicklung ab. Per Ende Oktober 2013 betrug die Arbeitslosenquote in der Schweiz 3,1%. Die Quote im Kanton Schaffhausen beträgt 2,9%. Gemäss Prognosen der Wirtschaftsaguren soll die Arbeitslosigkeit 2014 im schlechtesten Fall auf dem derzeitig tiefen Niveau stagnieren, im besten Fall soll sie sogar zurückgehen. Das korrespondiert auch mit dem heute publizierten Beschäftigungsbarometer des Bundesamts für Statistik (BFS) und den Einschätzungen der Schaffhauser Firmen. Der kürzlich veröffentlichte Konjunkturbericht 2013 für die Region Schaffhausen, an dem sich 275 Firmen der Region beteiligt haben, zeigt sich für das nächste Jahr optimistisch: *Die Umsätze steigen und die Auftragsbücher sind voll*, so lautet das Zitat aus dieser Studie.

Viele Gründe also, auch für die Zukunft unserer Stadt weiterhin zuversichtlich zu sein. Voraussetzungen für eine positive Entwicklung ist aber die erfolgreiche Umsetzung der Entwicklungsstrategie, die ein moderates Bevölkerungswachstum und die Ansiedlung neuer Unternehmen eine Steigerung des Steuersubstrats bewirken soll. Die Zwischenergebnisse sind erfolversprechend. Schaffhausen war noch selten so gut aufgestellt wie heute. Die Schaffhauser Bevölkerung wächst weiter (35'741 Einwohner per Ende Okt. 2013, das heisst + 241 im Vergleich zu Ende 2012), und es wird kräftig investiert. Die erfolgreiche Entwicklung unserer Stadt in den letzten fünf Jahren macht also Mut und bestärkt uns dabei, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen.

Erlauben Sie mir zwei kurze Bemerkungen zu meinen Vorrednern:

Einerseits muss ich einen Fehler korrigieren, den Hermann Schlatter gemacht hat: Er hat mich falsch zitiert. Es stimmt nicht, dass die PEKO einer Lohnsummenentwicklung von 0,8% zugestimmt hat. Korrekt ist, dass die PEKO 1% verlangt hat. Der Stadtrat hat sich jedoch für 0,8% entschieden. Dies habe ich auch immer so kommuniziert.

Zur Kinderbetreuung, möchte ich noch Folgendes hinzufügen, ohne auf dieses

ideologisch besetzte Thema eingehen zu wollen: Ich würde gewissen Leuten anraten, mit dem Wirtschaftsförderer darüber zu diskutieren - offensichtlich sind die Ratschläge der Wirtschaftsförderung bei Ihnen hoch im Kurs - um seine Meinung zur Kinderbetreuung, insbesondere in der Stadt Schaffhausen, anzuhören. Hier sei noch einiges zu tun, was sich dann aber auch tatsächlich positiv auswirke. Dies meine Schlussempfehlung.“

Der **Ratspräsident** unterbricht die Debatte an dieser Stelle für eine einstündige Pause.

Daniel Preisig (SVP)

Votum

”Es ist schön, wieder hier zu sein. Zuerst möchte ich mich bedanken, dass meine Fragen in der GPK trotz langer Auslandabwesenheit in Lateinamerika berücksichtigt wurden. Ausserdem möchte ich mich auch für die – mit wenigen Ausnahmen – gute Beantwortung der Fragen durch die Zentralverwaltung und die zuständigen Referenten bedanken. Lassen Sie mich in Ergänzung zum hervorragenden Fraktionsbericht von Hermann Schlatter einige kurze Bemerkungen machen:

1. Zur Geschichte “Die Zitrone ist ausgepresst”:
Der Stadtrat führt aus, dass er weitgehende Sparanstrengungen gemacht hat. Dies ist natürlich begrüssenswert, und es kann mit Freude festgestellt werden, dass es dem Stadtrat gelungen ist, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Dafür gebühren dem Stadtrat ein Lob und ein Dankeschön. Die “Sparanstrengungen gegenüber dem Rohbudget” als grossen Erfolg zu verkaufen, ist dennoch etwas gewagt. Aus meiner Sicht gehören Verbesserungen wie diese zum normalen Prozess der Budgetierung, und auch der Umfang von 1,5% bei den Ausgaben zwischen Rohbudget und dem jetzt präsentierten Budget ist doch eher bescheiden. Ausserdem muss trotz der Ausgeglichenheit des Budgets festgestellt werden, dass die Ausgaben auch nächstes Jahr – wenn auch nur leicht – weiterhin wachsen werden. Von Sparen kann also eigentlich keine Rede sein. Die Hauptbotschaft, die mit dem Budget ausgesendet wurde (es handle sich um ein Sparbudget und die Zitrone sei ausgepresst), ist faktenwidrig und lenkt vom Problem des ungebremsten Ausgabenwachstums ab.
2. Seltsames Verständnis von Verantwortung für städtische Ausgaben:
Was mich irritiert, ist die Verweigerung des Stadtrates, für das gesamte Budget die Verantwortung zu übernehmen. Immer wieder argumentiert Stadtrat Peter Neukomm, viele Ausgabenposten seien von übergeordnetem Recht vorgegeben. Das mag wohl stimmen. Trotzdem, und das ist wichtig: Der Stadtrat ist und bleibt verantwortlich für diese Ausgaben. Als Unternehmer hilft es mir auch nicht, wenn ich sage: Wegen neuer Auflagen und einem Mitbewerber sind wir in die roten Zahlen gerutscht. Jetzt sind wir Konkurs, aber es ist nicht unsere Schuld, es ist die Schuld der andern. Das ist natürlich Blödsinn. Und genauso verhält es sich bei der Stadt. Die Ausrede, man könne nur einen ganz kleinen Anteil der Ausgaben selbst beeinflussen, ist eine blosser Verantwortungsverweigerung. Es gehört zum zugegebenermassen nicht einfachen Job des Stadtrates, auch mit sich ständig ändernden Rahmenbedingungen klarzukommen. Die Stadt muss sich im ständig verändernden Umfeld anpassen. Dazu gehört insbesondere auch, dass Aufgaben effizient ausgeführt werden. Nicht nur was gemacht wird, ist wichtig,

sondern auch wie es gemacht wird. Im Bereich der operativen Effizienzverbesserungen liegt erfahrungsgemäss viel, sehr viel Potenzial.

Wie Dinge gemacht werden, ist entscheidend für den Wohlstand eines Landes. Die Schweiz ist nicht umsonst das effizienteste Land der Welt (Untersuchung von Business Insider). Wer einmal in Brasilien war, merkt dies sofort. Kein Wunder, dass es die Leute dort auf die Strasse treibt, weil sie trotz der hohen Steuern von der Regierung nur wenig geliefert bekommen. So weit sind wir zum Glück noch nicht.

3. Unbegründete Lohnerhöhungen bei bevorstehender Steuererhöhung sind unverantwortlich:

Im Finanzplan wird eine Steuererhöhung um 3 Punkte per Budget 2015 vorgesehen. In diesem Umfeld wiederkehrende Mehrausgaben wie überdurchschnittliche Lohnerhöhungen zu beschliessen, ist schlicht unverantwortlich. Eine überdurchschnittliche Lohnerhöhung wäre dann begründbar, wenn wir eine erhöhte Fluktuation hätten und der Stadt Mehrkosten durch häufige Abgänge entstünden. Dies ist aber nicht so. Die Fluktuation liegt gemäss Stadtrat nicht höher als an anderen Orten. Der Finanzreferent konnte (oder wollte?) auch auf Nachfrage nicht belegen, dass eine Lohnerhöhung aufgrund von vermehrten Abgängen von Schlüsselpersonen notwendig wäre. Deshalb müssen wir die Lohnsummenentwicklung unbedingt auf die vom Stadtrat vorgeschlagenen 0,8% zurück korrigieren. “

SR Dr. Raphaël Rohner

Stellungnahme Stadtrat

”Als für die Investitionen verantwortlicher Referent erlaube ich mir, zum Eintreten und zu einzelnen Voten noch kurz wie folgt festzustellen:

Der Finanzreferent hat zutreffend darauf hingewiesen, dass die Finanzlage anspruchsvoll ist. Dies heisst für die Exekutive erhöhte Pflicht für sorgsamem und sparsamen Umgang mit den Steuermitteln. Dem Stadtrat ist es mit dem Voranschlag 2014 gelungen, tatsächlich, und diesem Grundsatz entsprechend, zusammen mit der Verwaltung, einiges zu erreichen, das viele wahrscheinlich nicht für möglich hielten. Trotzdem sind einzelne Katastrophenszenarien wie einstürzende Brücken, die in der Stadt Schaffhausen drohen, doch etwas übertrieben. Ich kann an dieser Stelle die Garantie abgeben, dass sowohl die Rheinbrücke als auch die Brücke an der Hochstrasse beim Sankt Peter wohl noch einige Jahre bewährt halten werden.

Selbstverständlich haben wir auch bei den Investitionen den Rotstift angesetzt, was wir als unsere Pflicht und unsere Aufgabe betrachten, und zwar dort, wo es vertretbar ist. Auch gegenüber der GPK habe ich eingehend erläutert, dass wir im Baureferat zwei Klausurtagungen durchführten, um festzustellen, welche Investitionen zwingend notwendig und bei Liegenschaften werterhaltend sind. Der vorliegende Investitionsumfang entspricht diesen Erhebungen. Demzufolge können wir aufgrund der angespannten finanziellen Lage festhalten, dass die Höhe der Investitionen stark zurückgefahren wurde, aber sehr wohl trotzdem noch vertretbar ist.

Der Aufwand in den einzelnen Referaten bezüglich der Laufenden Rechnung ist ebenfalls einer genauen Überprüfung unterzogen worden. Es ist allen Referenten gelungen, nachdrücklich zu sparen - ein Unterfangen, das wegen des Spagats

zwischen Erwartungshaltung von Seiten der Bevölkerung und dem, was überhaupt möglich ist, nicht einfach ist. Das Mögliche liegt nun vor; es handelt sich um durchwegs vernünftige Resultate.

Im Baureferat weisen wir einen verminderten Nettoaufwand gegenüber dem Budget 2013 von CHF 1,9 Mio. aus, und trotzdem verfügen wir über gut motivierte Leute. Bei den Investitionen gilt es in Zukunft vermehrt darauf zu achten, dass das Preis-/Leistungsverhältnis stimmt: Gute Qualität zu einem guten Preis; dies zu erreichen, bedeutet für einzelne Projekte oftmals das Einholen einer Zweitbeurteilung, vor allem auch bezüglich der Frage, was ein Projekt kostet.

Zu einzelnen Wortmeldungen und um allenfalls die folgende Diskussion abkürzen zu können, möchte ich Folgendes ergänzen:

- Betreffend Abfallentsorgung (Hermann Schlatter): Selbstverständlich werden wir die gewünschte Vollkostenerhebung zuhanden der GPK zusammen mit der Zentralverwaltung vorbereiten.
- Bezüglich Agglomerationsprojekte werden wir im Zusammenhang mit denjenigen Projekten, die unter der Federführung der Stadt laufen, in Zukunft Vorlagen unter Einhaltung der verfassungsmässigen Finanzkompetenzen erarbeiten.
- Das Projekt Rheinufer ist ein Teilprojekt des Masterplans Rheinufer: Auch hier habe ich eine Vorlage an den Grossen Stadtrat angekündigt. Dies war immer schon die Absicht des Stadtrats, die ich heute Abend an dieser Stelle nochmals bestätigen kann.
- Es wurde die Frage der Zusammenlegung der Werkhöfe und Tiefbauämter aufgeworfen: Im Sommer wurde eine gemeinsame Medienkonferenz durchgeführt, das Projekt läuft und ist auf Kurs. Die Umsetzung wird mit allen Mitteln angestrebt.
- Infrastruktur: In den letzten Wochen war in der NZZ ein längerer Artikel zum Thema tickende Zeitbombe im Zusammenhang mit schlecht gewarteten Kanalisationen. In dieser Sache steht die Stadt Schaffhausen auf der guten Seite, unsere Kanalisation ist in einem sehr guten Zustand. Demzufolge müssen wir hier keine Investitionen in Millionenhöhe befürchten. “

Hermann Schlatter (SVP)

Votum

”Ich möchte zu gewissen Äusserungen des Finanzreferenten Stellung beziehen: Mir kamen seine Äusserungen wie diejenigen eines SP-Fraktionssprechers vor. Am Schluss hat er dann gemerkt, dass er doch als Finanzreferent den Stadtrat zu vertreten hat. Als seinerzeitiger Gemeindepräsident hätte ich mich an einer öffentlichen Veranstaltung nie so weit aus dem Fenster gelehnt; aus meiner Sicht wurde fast das Kollegialitätsprinzip verletzt.

Es hat mich erstaunt, dass über diejenigen hergezogen wird, die sich in der GPK stark engagiert haben. Ich bin der Ansicht, mich dort zwar sehr pointiert, aber immer mit entsprechendem Fachwissen einzubringen. Hingegen wurden die Aussagen meines Kollegen nicht korrigiert. Ich kann es zwar nicht mit abschliessender

Bestimmtheit sagen, aber ich bin mir trotzdem sehr sicher, dass das Steuervolumen von 2001 im Vergleich mit demjenigen von 2014 nicht tiefer ist, wie dies präsentiert wurde. Es wurde auch ausgeführt, es gäbe keine Kantonshauptstadt, die einen tieferen Steuerfuss als der Kanton habe. Vielleicht müsste mein Kollege dies einmal überprüfen - er konnte damals vor sechs Jahren bereits abstimmen.

Im Rahmen der Aufgabenteilung von Kanton, Stadt und Gemeinden wurde der Steuerfuss um 6% abgetauscht; die Stadt lag wesentlich höher und reduzierte damals 7% (eine Reduktion von 6% war aufgrund der kantonalen Vorlage zwingend). Deshalb ist der Steuerfuss der Stadt gesunken und derjenige des Kantons von 106% auf 112% angestiegen. Soviel zu den gemachten Aussagen.

Bezüglich des Vorwurfs, ich hätte eine Falschaussage bezüglich Lohnsummenentwicklung gemacht, möchte ich wie folgt Stellung nehmen und nochmals meine Aussage wiederholen: Dazu kommt, dass sich laut Aussage des zuständigen Finanzreferenten die PEKO aus Gründen der Opfersymmetrie mit dem Kanton zu den vorgeschlagenen 0,8% bekannt hat. Ich zitiere dazu aus dem GPK-Protokoll wie folgt: *SR Peter Neukomm hat gewisse Sympathien für diesen Antrag. Die Systemproblematik ist bekannt, auch beim Personal. Verhandlungen mit der Personalkommission haben gezeigt, dass Verständnis für das finanziell enge Korsett der Stadt besteht. Ursprünglich sei eine Lohnsummenentwicklung von 1% verlangt worden, aus Gründen der Opfersymmetrie mit dem Kanton bekannte sich die PEKO schlussendlich auch auf die vom SR vorgeschlagenen 0,8%.* Ich weiss jetzt nun nicht, wer nicht das gesagt hat, was mindestens protokolliert wurde. Ich habe mir bei den Vorbereitungen meines Votums die Mühe gemacht, das Protokoll zu lesen. “

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, **Eintreten** ist beschlossen.

III. Laufende Rechnung

Seite 46, 3303.301.200 und 303.300

Hermann Schlatter (SVP):

”Ich weiss nicht, ob an dieser Stelle der Antrag auf Rücknahme der Lohnsummenentwicklung auf 0,8% zu stellen ist oder erst im Rahmen der Behandlung der Anträge der Botschaft des Stadtrats an den Grossen Stadtrat. Unser Antrag lautet wie folgt: Die Lohnsumme soll im Sinne des Vorschlags des Stadtrats auf 0,8% fixiert werden. Dies bedeutet, dass die auf Seite 46 aufgeführten Zahlen in Kraft treten würden. Sollte der Antrag der AL beschlossen werden, finden Sie die Zahlen in den Anträgen der GPK. “

Ratspräsident Daniel Schlatter informiert an dieser Stelle, dass über allfällige Anträge zur Lohnsummenentwicklung im Rahmen der Behandlung der Botschaft des Stadtrats an den Grossen Stadtrat beziehungsweise der GPK-Anträge abzustimmen ist.

Seite 46, 3303.427.104 Parkplätze Personal

Daniel Preisig (SVP):

”Bereits in der Rechnungsdebatte 2012 wurde in der GPK festgestellt, dass städtische Mitarbeiter keine marktüblichen Preise für Parkplätze bezahlen. Dies ist

gleich zweifach ein Problem: Einerseits entgehen der Stadtkasse Parkgebühren, andererseits werden wichtige Parkplätze besetzt und nicht freigegeben für Leute, welche diese dringender brauchen, um in der Stadt ihre Geschäfte zu erledigen. SR Peter Neukomm kündigte an, dass in einem überarbeiteten Reglement, das vom Stadtrat noch verabschiedet werden muss, die Parkplatzpreise für eigene Mitarbeiter angepasst werden. In einem ersten Schritt sollen die Preise an jene der kantonalen Parkplatzverordnung angepasst werden. Stadtrat Peter Neukomm führte ebenfalls aus, dass die Preise damit "marktgerechter" (Zitat) werden. Leider wurde die Frage, ob die Preise dann wirklich marktgerecht und nicht nur marktgerechter werden, nicht beantwortet. Wichtig scheint diese Frage auch deshalb, weil die kantonalen Parkplätze mehrheitlich ausserhalb des Zentrums liegen, die städtischen jedoch nicht. Meine Fragen lauten wie folgt:

1. Handelt es sich bei den Preisen, die an das kantonale Reglement angelehnt sind, um marktübliche Preise? Ja oder nein?
2. Wenn nein, welche Parkplatzeinnahmen entgehen der Stadt durch die zu tiefen Preise?
3. Welche Anpassungen sind im zweiten Schritt geplant, wann wird der zweite Schritt umgesetzt?

Besten Dank für die Beantwortung. "

SR Peter Neukomm:

"Ich wiederhole an dieser Stelle gerne für Sie alle, was bereits im GPK-Protokoll steht. Wir arbeiten schon seit längerem an der nicht sehr einfachen Revision dieses Reglements mit dem Ziel, uns an dasjenige des Kantons anzugleichen. Es wird unterschieden nach Parkplätzen innerhalb und ausserhalb des Altstadtbereichs. Die Preise werden *marktgerechter*, aber es werden keine Marktpreise sein. Ich empfehle Ihnen, das Reglement des Kantons zu studieren, welches Sie im Internet unter den Gesetzesmaterialien finden. Die Preise werden nach den bereits erwähnten Aspekten festgelegt: Innerhalb oder ausserhalb des Altstadtbereichs sowie wie oft benötigt jemand das Fahrzeug für die Ausübung seiner beruflichen Funktionen. Die Stadt passt sich den kantonalen Preisen an. Mehr kann ich dazu nicht sagen. "

Seite 52, 3430.423.101 Erlös aus Verpachtung der Kiesgrube

Alfred Tappolet (SVP):

"Wir haben Bauhochkonjunktur, trotzdem sinken die Einnahmen von Kiesabbau im Solenberg. Die Gemeinde Büsingen profitiert von Kies- und Ablagerungsgebühren des Abdeckmaterials aus der Schaffhauser Grube. Das Material wird aber irgendwann einmal fehlen, um unsere städtischen Gruben wiederherzustellen respektive aufzufüllen. Die erweiterte Grube, die in diesem Rat durch eine Zonenplanänderung ermöglicht wurde, ist weitgehend umgesetzt, eine wesentlich höhere Kiesausbeute in 2014 müsste eigentlich die Folge sein.

Ich habe noch eine Bemerkung/Frage: Kann es sein, dass vielleicht trotz Wiederauffüllungspflicht unter dem Vorwand der Ökologisierung die Kiesgrube auf städtischer Seite nicht mehr aufgefüllt wird? Die Gemeinde Büsingen würde dann doppelt profitieren, da genau dieser Teil der Kiesgrube nicht im grenzüberschreitenden Naturpark liegt und mit städtischem Material wiederhergestellt würde. Diese Frage drängt sich auf, zumal ich erwartet hätte, dass die Einnahmen der Stadt Schaffhausen massiv steigen. "

SR Peter Neukomm:

"Ich wäre froh, wenn solche Fragen im Vorfeld gestellt würden, damit gründliche Abklärungen gemacht werden können. Deshalb kann ich Ihnen nur das sagen, was ich zum Thema zurzeit weiss: Der Einbruch der Einnahmen passt uns auch nicht, aber dies hat primär mit der von uns nicht direkt beeinflussbaren Geschäftspolitik der betroffenen Firma zu tun, die zurzeit in anderen Gebieten mehr abbaut. Ich werde die Geschichte mit dem Abdeckmaterial abklären lassen, eine Frage, die bisher nicht zur Diskussion stand. Die Zuschüttungspflicht ist gesetzlich geregelt, und ich gehe davon aus, dass die Gesetze auch eingehalten werden. Deshalb ist es für mich auch keine Frage; es hat meines Erachtens auch nichts mit dem Naturpark zu tun. Ich versichere Ihnen aber an dieser Stelle, dass die Mindereinnahmen mit der Abbaupolitik der betreffenden Firma, die mit uns zusammenarbeitet, zu tun haben. "

Seite 70, 4210.408.000 Hundesteuer**SR Simon Stocker:**

"Das Thema Hundesteuer wurde heute Abend schon einmal thematisiert. In der GPK wurde beantragt, die Steuer pro Hund um CHF 30.-- zu erhöhen. Eine solche Erhöhung fällt in den Kompetenzbereich des Stadtrats. Wir sind heute Morgen diesem Wunsch nachgekommen und haben die Preise entsprechend erhöht. Die Medienmitteilung wurde - etwas zu früh - bereits heute Abend verschickt; wir wollten eigentlich die Debatte noch abwarten. Ich gehe davon aus, dass Sie diesem Entscheid nichts entgegenzusetzen haben. "

Seite 74, 4300.366.111 Unterstützung pflegende Angehörige**Georg Merz (OeBS):**

"Der Antrag lautet wie folgt: Das Kostendach soll auf CHF 80'000.-- pro Jahr erhöht werden. Begründung: Bei der Einführung dieser Unterstützung wurde ein Kostendach von CHF 50'000.-- pro Jahr beschlossen. Da dieser Betrag in den Jahren 2012 und 2013 ausgeschöpft wurde, muss jetzt eine Erhöhung des Kostendachs beschlossen werden, da sonst die Nachfrage auch bei nachgewiesenem Bedürfnis nicht erfüllt werden kann. Diese Unterstützung steht pflegebedürftigen Personen in finanziell bescheidenen Verhältnissen zur notwendigen Entlastung der pflegenden Person zu. Wenn damit eine Betreuung in einem Altersheim vermieden werden kann, liegt dies sowohl im Interesse des Patienten als auch im Interesse der Stadt. Der Betrag zur Unterstützung für eine Patientin oder einen Patienten beträgt rund CHF 7'000.- pro Jahr.

SR Simon Stocker:

"Die Ausgangslage präsentiert sich wie folgt: Der Grosse Stadtrat hat am 7. Juni 2011 der endgültigen Einführung eines Kostendachs von CHF 50'000.-- zugestimmt. In Art. 3 des Antrags der Fachkommission ist festgehalten, dass dieser Beitrag als Kostendach gilt, und, sofern dieses erreicht wird, sich der Stadtrat verpflichtet, zuhanden des Grossen Stadtrats eine neue Vorlage auszuarbeiten.

Zu den aktuellen Zahlen: Seit 2010 bis 2013 ist die Anzahl der bewilligten Gesuche stabil. Es handelt sich um rund 9 bis 10 Gesuche pro Jahr, die sich im Rahmen des Reglements bewegen. In den erwähnten Jahren haben wir jeweils Ende November das Kostendach von CHF 50'000.-- erreicht und konnten im Dezember keine weiteren Gesuche auszahlen. Es fehlen ungefähr CHF 5'000.--. Ich stimme der Aussage von Georg Merz zu, dass freiwillig pflegende Angehörige damit einen Heimeintritt verhindern helfen. Bei der Rechnung 2012 habe ich bereits erwähnt,

dass wir uns in diesem Bereich noch mehr engagieren möchten. Rund 10 Personen können aus diesem "Topf" CHF 50'000.-- beziehen.

Es muss uns aber auch gelingen, effizientere Massnahmen zu finden. Wir beteiligen uns an einem Projekt der Fachhochschule St. Gallen, das weitere Massnahmen der möglichen Unterstützung von pflegenden Angehörigen analysiert. Dieses Projekt wird zwei Jahre dauern. Daneben engagieren wir uns auch vermehrt in der Freiwilligenarbeit in den Quartieren, zum Beispiel das Projekt im Rahmen des QDZ-Künzle Heim "Hilfe zur Selbsthilfe".

Ich unterbreite Georg Merz folgenden Kompromissvorschlag: Erhöhung des Kostendachs um CHF 10'000.-- auf total CHF 60'000.--, da in den letzten drei Jahren rund CHF 5'000.-- pro Jahr fehlten. Dazu bräuchten wir vorläufig keine neue Vorlage. Nach Abschluss der zwei Jahre (Dauer des Projekts der Fachhochschule St. Gallen) können wir Ihnen detailliert aufzeigen, was im Bereich der pflegenden Angehörigen möglich ist. Eine Erhöhung auf CHF 80'000.-- ohne diese Hintergrundinformationen wäre meines Erachtens zu hoch. Mit der Ihnen vorgeschlagenen moderaten Erhöhung könnten ein bis zwei Gesuche zusätzlich aufgefangen werden. Parallel dazu könnten die freiwillige Arbeit gestärkt und mit der Fachhochschule neue Varianten erarbeitet werden. "

Urs Tanner (SP):

"Die Verordnung kam auf Initiative von Iren Eichenberger zustande, an welcher ich auch mitarbeiten durfte. Ich habe in meiner Funktion als Rechtsvertreter eine Klientin vertreten und kann Ihnen an dieser Stelle versichern, dass es alles andere als einfach ist, an diesen Gebührentopf heranzukommen.

Der Antrag von SR Simon Stocker mit einer Erhöhung des Kostendachs auf CHF 60'000.-- ist sinnvoll, und ich empfehle Ihnen, diesem Kompromiss zuzustimmen. Es macht keinen Sinn, CHF 80'000.-- einzustellen oder eine neue Vorlage zu verlangen, wenn man weiss, dass die 9 bis 10 Gesuchstellenden ungefähr CHF 60'000.-- benötigen. Unsere Fraktion unterstützt diesen unbürokratischen Kompromissvorschlag. Mit der Einführung der Verordnung, die damals im Grossen Stadtrat eine breit abgestützte Mehrheit fand, wird viel Geld gespart. "

Iren Eichenberger (OeBS):

"Simon Stocker hat seine stadträtliche Entwicklung mit diesem Kompromissvorschlag bewiesen. Dennoch möchte ich Ihnen beliebt machen, das Kostendach auf CHF 70'000.-- zu erhöhen, sonst stehen wir in einem Jahr wieder an. Schon im Jahr 2011 bei der Verabschiedung der Vorlage war uns bekannt, dass rund 13 Personen ungefähr CHF 7'000.-- benötigt hätten und Gesuche abgewiesen werden mussten. Selbstverständlich sind CHF 60'000.-- besser als das ursprüngliche Kostendach von CHF 50'000.--; aber wir stehen dann innert kurzer Frist wieder vor dem gleichen Problem. Meines Erachtens bringt es nichts, wenn wir jetzt CHF 10'000.-- sparen. Es wird ja nur das Geld ausgegeben, das gemäss geltenden Bestimmungen überhaupt möglich und abrufbar ist.

Ich schlage Ihnen CHF 70'000.-- vor, obwohl ich mich nicht gegen CHF 60'000.-- stelle; aber ich möchte diesen Antrag zusätzlich zu den bereits beantragten CHF 60'000.-- hiermit einreichen. "

Hermann Schlatter (SVP):

"Ich komme mir wie auf einem orientalischen Bazar vor. Wir haben vom Referenten

die entsprechenden Ausführungen zum Kostendach von CHF 50'000.-- gehört und dass eine zusätzliche Vorlage nötig wird, sofern der Betrag nicht ausreicht. Soeben wurde gesagt, Anträge seien vor der Budgetdebatte zu stellen. Hier handelt es sich offensichtlich um einen bereits vorbereiteten Antrag, der aber in der GPK nicht diskutiert wurde. Der Grosse Stadtrat bestimmte damals das weitere Vorgehen für den Fall, dass das Kostendach nicht ausreicht. Meines Erachtens kann jetzt nicht einfach eine beliebige Anpassung des Kostendachs vorgenommen werden.

Ich stelle deshalb den Antrag, nicht darauf einzutreten. “

Peter Möller (SP):

”Ich kann mich den Ausführungen meines Vorredners bezüglich des Bazars anschliessen. Es überrascht mich, wie gut solche Anträge anscheinend in der Mitte-Fraktion vorbesprochen werden. Ich komme allerdings zu einem anderen Schluss wie Hermann Schlatter. Es geht grundsätzlich um eine Übergangsfrist, damit weitere Abklärungen gemacht werden können. In dieser Zeit macht es wenig Sinn, auf den alten Grundlagen eine neue Vorlage zu erstellen, sondern folgen wir SR Simon Stocker und seinem Kompromissvorschlag bis die Resultate der zurzeit laufenden Abklärungen vorliegen und bewilligen das auf CHF 60'000.-- angepasste Kostendach. “

Iren Eichenberger (OeBS) zieht ihren Antrag zurück.

Ausmehrung Antrag SR Simon Stocker und Antrag Georg Merz (OeBS):

Der von Georg Merz (OeBS) gestellte Antrag (CHF 80'000.--) wird mit 15:2 Stimmen abgelehnt.

Schlussabstimmung:

Der Grosse Stadtrat stimmt dem Antrag von SR Simon Stocker (Kostendach CHF 60'000.--) mit 15:13 Stimmen zu.

Seite 76, 4310.311.205 Anschaffung von Festeinrichtungen für Gebäude

Diego Faccani (FDP):

”Da ich das erste Mal das Budget der Stadt Schaffhausen in den Händen halte, habe ich mich aus reiner Wissensbegierde vollumfänglich durch dieses “Telefonbuch” gekämpft. Verschiedentlich sind mir sonderbar anmutende Kommentare auf der rechten Seite aufgefallen. Der Sonderbarste ist derjenige, zu dem ich sprechen möchte: *Die Mangel* (Anmerkung des Redners: mittelhochdeutscher Ausdruck für Bügelmaschine) *ist 13 Jahre alt und sollte laut Hersteller durch ein modernes Gerät ersetzt werden, das auch weniger Energie braucht.* Dem Hersteller möchte ich hier und heute gratulieren, denn seine Aussendienstmitarbeitenden sind gute Verkäufer und beherrschen die Verkaufspsychologie bestens. Schön ist auch, dass der Hersteller an die Umwelt denkt und dem Altersheim am Kirchhofplatz hilft, seinen Energieverbrauch zu senken. Nur habe ich Mühe zu verstehen, wenn eine funktionierende Industriemangel im Wert von CHF 30'000.-- auf die Halde geworfen werden soll. Nachvollziehen kann ich dies nicht, da scheint die “Handy-Mentalität: Hauptsache neu” durchzugreifen. Es handelt sich ja nicht um eine 30jährige Maschine - und hier könnte ich den Wunsch - und nichts anderes ist es - noch nachvollziehen. Die Ökobilanz baue ich jetzt nicht in meinen Antrag ein. Ich stelle daher den Antrag auf Streichung von CHF 30'000.--. “

SR Simon Stocker:

"Ich gebe zu, dass ich die genauen Details nicht kenne; scheinbar sollen gemäss Kommentar zwei in die Jahre gekommene Geräte ersetzt werden (Nachttopfwaschmaschinen aus den Jahren 1999 und 1991). Generell ist die Situation in den Heimen immer so, dass wir die Geräte benutzen, bis diese nicht mehr funktionieren. Auch in anderen Heimen werden Neuanschaffungen nach gewissen Jahren getätigt. Wenn der Heimleiter zur Einsicht kommt, dass Maschinen nicht mehr dem neusten Standard entsprechen und die Senioren etwas besseres verdienen, glaube ich ihm und muss davon ausgehen, dass er ein Experte von Steckbeckenmaschinen ist. Dazu kommt noch die Mangel; es handelt sich also um 3 Geräte, die ersetzt werden sollen. Wenn Sie anderer Meinung sind, ist das so. Ich vertrete die Meinung, dass die Senioren diese neuen Maschinen verdienen. "

Diego Faccani (FDP):

"Ich kann die Aussagen von SR Simon Stocker nachvollziehen. Aber es geht nicht um diese Nachttopfwaschmaschinen, die älteren Datums sind und dringend wegen fehlender Dichtungen und den daraus entstehenden unangenehmen Geruchsemissionen ersetzt werden sollen. Es geht hier um die Mangel. Ich verstehe nicht, warum ein Senior ein Anrecht auf eine super funktionierende Bügelmaschine hat; es sind wohl eher die Personen, welche diese bedienen, die darauf Anrecht haben. Aber 13 Jahre ist für mich kein Alter, um eine Mangel zu ersetzen. "

SR Peter Neukomm:

"Zur Klärung der Beträge gemäss Detailblatt: Die neue Mangel ist mit CHF 36'000.-- aufgeführt und die beiden Steckbeckenmaschinen mit CHF 21'228.--. Offensichtlich handelt es sich bei der Mangel um eine energiefressende Maschine, die hauptsächlich deshalb ersetzt werden soll. Mehr kann ich dazu auch nicht sagen. "

SR Simon Stocker:

"Ich schlage vor, wir verzichten im Moment auf den Ersatz der Mangel, welche voraussichtlich in den nächsten Jahren aufgrund ihres Alters ausfallen wird; schätzungsweise haben wir dann entweder einen Budgetposten 2015 oder einen Nachtragskredit 2014. Wir können somit den Betrag von CHF 36'000.-- aus dem Budget streichen. "

Dr. Katrin Bernath (OeBS):

"Ich finde es ziemlich unseriös, aufgrund der jetzt erhaltenen Informationen eine Entscheidung zu fällen. 13 Jahre scheinen mir für ein solches Gerät zu wenig, aber ich kenne auch die Begründung derjenigen Personen, die damit arbeiten müssen, nicht. Belassen wir also den Betrag im Budget. Es soll genau überprüft werden, weshalb ein Ersatz beantragt wurde. Ob wir die Neuanschaffung jetzt oder als Nachtragskredit genehmigen, ist meiner Ansicht nach egal. "

Die Streichung des Betrags von CHF 36'000.-- gemäss SR Simon Stocker ist unbestritten.

Seite 92, 5100.300.106 Honorare, Taggelder und Sitzungsgelder der Schulbehörde**Hermann Schlatter (SVP):**

"Im Rahmen der GPK-Fragen haben wir das leidige Thema LQS angesprochen. Dazu möchte ich festhalten, dass nun endlich alle Stadtschulratsmitglieder ihrer Aufgabe nachkommen beziehungsweise diese auch wahrnehmen und LQS

durchführen. Als GPK-Mitglied erwarte ich aber, dass die Beantwortung der Fragen in den GPK-Fragenkatalogen korrekt erfolgt. Wir haben festgestellt, dass die erste Antwort nicht stimmte; in der Elefantenrunde wurde uns dann etwas anderes erklärt. Ich erwarte, dass die Stadtschulratspräsidentin denjenigen Stadtschulräten auf die Füsse tritt, die nach wie vor ihrer Aufgabe nicht nachkommen. Alle wissen, und dies bereits vor ihrer Wahl, dass sie LQS machen müssen, und es gibt für mich keinen Grund, dieser Aufgabe nicht nachzukommen. Dies ist eine Befehlsverweigerung und entspricht einer Täuschung des Volkes. Ich habe grosse Mühe damit, dass dies offiziell nicht einmal gesagt werden darf, sondern man sich hinter dem Datenschutz verstecken muss. “

Seite 94, 5110.318.802 Schülerversicherungen

Urs Furer (SP):

”Meines Wissens sind alle Schüler obligatorisch gegen Unfall versichert. Ich möchte gerne wissen, um welche Schülerversicherungen es sich bei der erwähnten Position handelt. “

SR Urs Hunziker:

”Es handelt sich um subsidiäre Unfallversicherungen für die Schüler sowie um eine Zusatzversicherung für Begleitpersonen von Schulanlässen, zum Beispiel vom Schwimmunterricht oder von Schulreisen/Schulverlegungen. Das Versicherungswesen liegt bei der Zentralverwaltung. Wir sind übereingekommen, 2014 sämtliche Versicherungen auf ihre Zweckmässigkeit zu überprüfen. “

Seite 100, 5200 Kinder- und Jugendbetreuung

Daniel Preisig (SVP):

”Die Ausgaben für die Fremdbetreuung steigen auch 2014 auf budgetierte CHF 4'226'500.-- an. Aber nicht nur die Kostenexplosion ist alarmierend, auch die negative Tendenz des Eigenfinanzierungsanteils durch Eltern- und Firmenbeiträge. Eltern und Firmen zahlen einen immer kleineren Anteil selbst.

Hier die Zahlen zu den städtischen Einrichtungen:

- Kinderkrippe Ringkengässchen: 35% (2012: 41%)
- Kinderkrippe Forsthaus: 28% (30%)
- Schülerhort Rosengasse: 18% (22%)
- Städtische Tagesschule: 19% (20%)
- Schülerhort Emmersberg: 34% (36%)

Die Nachfrage beim Stadtrat ergab, dass dieser im Bereich der Kinderkrippensubventionierung keinerlei Ziel vor Augen hat, sondern einfach bezahlt, was angefordert wird. Auch bei der negativen Tendenz des Eigenfinanzierungsanteils sieht der Stadtrat (Zitat) *“keine Möglichkeit, dies massgeblich zu beeinflussen”*. Als wir 2005 über die *“Verordnung über die Subventionierung für ausserfamiliäre Kinderbetreuung”* abstimmten, versprach der Stadtrat, dass wir fortan über die Budgetierung Einfluss nehmen können. Dies tut er jetzt nur sehr passiv. Ich erwarte vom Stadtrat, dass er hier aktiver wird, um die Kostenexplosion zu bremsen. Möglichkeiten gibt es genug, zum Beispiel die Aktualisierung der Tarifverordnung, die Verknüpfung von Subventionen an Bedingungen der Subventionsempfänger oder die aktivere Zusammenarbeit mit Firmen. “

SR Urs Hunziker:

„Wenn Daniel Preisig von einer Kostenexplosion spricht, versteht er vielleicht auch, weshalb ich jetzt explodiere. Ich lasse mir solche Unterstellungen nicht machen. Es trifft überhaupt nicht zu, dass der Stadtrat bezüglich Kinderbetreuung ziellos vorgeht. Ich empfehle Ihnen, die ganze Subventionsverordnung durchzulesen. Übrigens habe ich dazu in der GPK ausführlich berichtet. Wären Sie dabei gewesen, hätten Sie es direkt und nicht nur aus dem Protokoll mitbekommen. Ich kann Ihnen schon eine Erklärung abgeben, warum die Elternanteile sinken: Es besteht gemäss Subventionsverordnung die Pflicht, freie Krippenplätze primär und prioritär an diejenigen Personen zu vergeben, bei denen eine soziale Notwendigkeit besteht. Aufgrund der Klientel erklären sich deshalb die sinkenden Elternanteile. Im Zusammenhang mit der Beantwortung der grossen „Kleinen Anfrage“ von Hermann Schlatter werden wir dies im Detail noch erläutern und auch graphisch darstellen. Ganz einfach gesprochen: Entweder Sie beantragen eine Änderung der Subventionsverordnung, was allerdings eine Volksabstimmung voraussetzt, oder wir gehen weiterhin im Rahmen der geltenden Regelung vor.“

Christa Flückiger (SP):

„Ich stehe wohl jetzt das letzte Mal vor Ihnen am Rednerpult und nerve Sie zum letzten Mal mit meinem Lieblingskind, der familienergänzenden Kinderbetreuung. Wir haben die familienergänzende Kinderbetreuung ausgebaut, weil der entsprechende Bedarf ausgewiesen war. Die SVP betont immer wieder, sie sei nicht grundsätzlich gegen die Kinderbetreuung, sondern es gehe nur um deren Finanzierung, und Krippen- und Hortplätze seien hauptsächlich für Kinder von Familien vorzusehen, welche auf die Erwerbstätigkeit der Frau angewiesen sind, um überhaupt existieren zu können.

Es ist enorm wichtig, dass wir solche Familien unterstützen, weil dies der Wirtschaft, der Gesellschaft und vor allem den Kindern dient. Sie müssen einfach begreifen, dass Kinder die Zukunft dieser Gesellschaft sind. Es geht gar nicht ohne diese Hilfestellung. Ausserdem ist die Gleichstellung von Mann und Frau immer wieder ein Diskussionsthema, und genau hier setzen wir an und können unterstützend wirken. Wir werden im nächsten Februar über die Initiative gegen die Masseneinwanderung abstimmen. Uns fehlen die qualifizierten Leute, und wir müssen diese aus dem Ausland rekrutieren, obwohl wir im eigenen Land über sehr viele gut qualifizierte Frauen mit Hochschulabschluss verfügen. Schaffen wir nicht endlich entsprechende Tagesstrukturen, stehen wir diesen Frauen im Weg.

Ich erinnere mich noch gut an meine intensive Diskussion mit Daniel Preisig zum Thema Tagesstrukturen anlässlich der Behandlung der Vorlage zur Schulraumplanung. Es hatte mich damals enorm gefreut, dass Daniel Preisig mir aufmerksam zugehört und meinen Argumenten sogar zugestimmt hat. Und jetzt wieder dieser Rückschritt, den ich überhaupt nicht nachvollziehen kann. Springen Sie über Ihren Schatten; Sie wissen doch ganz genau, dass wir ohne Tagesstrukturen und subventionierte Krippen- und Hortplätze nicht über die Runden kommen. Unsere Stadt benötigt diese dringend, damit eine Verjüngung stattfindet und eine Weiterentwicklung ermöglicht werden kann. Es geht nicht mehr nur um den Steuerfuss, sondern darum, Angebote zu schaffen, mit denen wir uns verkaufen können. Ich bitte Sie, dies doch endlich einmal einzusehen.“

Leonardo Pivetta (AL):

„Ich frage mich wirklich, auf welchem Planet die rechte Ratshälfte lebt. Ich möchte wie folgt den Artikel „Mehr Produktivität in der Schweiz - die Frauen sollen es richten“

aus den Schaffhauser Nachrichten vom 22. November 2013 zitieren: *"Krippen und Heiratsstrafe: Wie die (Ergänzung des Redner: linksradikale) OECD feststellt, machen die Frauen in der Schweiz 45% der Erwerbstätigen aus und etwa die Hälfte der Universitäts- und Hochschulabsolventen. Eine Anzahl Hürden aber verhindere, dass das weibliche Arbeitspotenzial besser genutzt werde. Als eine Hürde nennt die OECD die Knappheit und die sehr hohen Kosten der ausserfamiliären Kinderbetreuung - Stichwörter Krippenplätze, Mittagstische, Tagesstrukturen Neben der Abschaffung der Heiratsstrafe rät die OECD, die Schweiz sollte ihre Staatsausgaben für ausserfamiliäre Kinderbetreuung erhöhen. Mehr Betreuungsplätze für Kinder, und dies zu teilweise günstigeren Tarifen lautet das Kalkül dahinter. "*

Edgar Zehnder (SVP):

"Christa Flückiger hat sich wohl heute Abend das letzte Mal selbst widersprochen. Ich verstehe die Aussage nicht, wir hätten hochqualifizierte Frauen mit Universitätsabschluss, könnten diese aber nicht in den Arbeitsprozess eingliedern, obwohl die Wirtschaft sich sehr darüber freuen würde. Jetzt weiss ich nicht, weshalb solche Frauen nicht einen "vollwertigen" Krippenplatz bezahlen können. Ich verstehe die Argumentation von Christa Flückiger diesbezüglich nicht, zumal sie ins Feld führte, der SVP gehe es nur um die Kosten. Wir sind ja auch nicht grundsätzlich gegen die Kinderbetreuung. "

Daniel Preisig (SVP):

"Christa Flückiger wird mir fehlen, weil ich gar nicht mehr weiss, mit wem ich in Zukunft streiten soll. Zur Antwort von SR Urs Hunziker: Es steht auch entsprechend im Protokoll, wir haben explodierende Kosten und einen sinkenden Eigenfinanzierungsgrad. Der Grund liegt darin, weil die Plätze an Familien vergeben werden, die über weniger Geld verfügen. Für mich ist dies ein Problem und nicht eine Lösung. Die Lösung des Stadtrats besteht darin, jedes Jahr mehr zu budgetieren, um die offenbar herrschende Nachfrage zu befriedigen. Das ist doch keine Lösung. Ich erwarte vom Stadtrat ein Rezept, wie wir das Kostenwachstum bremsen können. Wahrscheinlich ist die Durchmischung in den Krippen ein Problem, nicht nur die Zahlen. Diesbezüglich erwarte ich also vom Stadtrat Lösungen und nicht nur eine Beschreibung des Problems. "

Peter Möller (SP):

"Die Erwartungen zu dieser Problematik gehen in diesem Rat wohl diametral auseinander. Ich erwarte auch keine Lösung für diese Angelegenheit, die ich nicht als Problem sehe. Daniel Preisig spricht von ungebremstem Wachstum und explodierenden Kosten - dies ist ein Unsinn. Es ist ganz klar, dass wir in dieser Stadt einen enormen Nachholbedarf an ausserfamiliären Betreuungsplätzen haben, und damit ist auch klar, dass wir mit der von diesem Rat abgesegneten Subventionsverordnung mehr Kapazitäten schaffen. Der Bedarf ist ausgewiesen, sonst würden diese Plätze ja gar nicht geschaffen. Gut verdienende Personen, die einen Krippenplatz beanspruchen, bezahlen Vollkostentarife. Hier ist ja nur die Rede von subventionierten Plätzen; in der Regel sind ja auch nicht alle Plätze subventioniert. Für mich gibt es keinerlei Alarmzeichen, sondern es handelt sich mit der Schaffung von mehr Plätzen um eine erfreuliche Entwicklung, und damit werden wir für die dringend benötigten Zuzüger attraktiver. Ich verstehe das Problem von Daniel Preisig nicht, es bedarf auch keiner Lösung. "

Christa Flückiger (SP):

"Es ist klar, gut verdienende Leute bezahlen Vollkostentarife. Aber wie soll

denjenigen Personen, die auf einen subventionierten Platz angewiesen sind, erklärt werden, dass sie ihre Kinder nicht mehr bringen können, weil wir die Kosten nicht mehr übernehmen? Was geschieht dann? Hier erwarte ich vor allem auch Lösungsansätze von Ihrer Seite. Es gibt nun mal Familien, die am Existenzminimum stehen und deren Kinder Anrecht auf eine gute Versorgung haben. Geht es ihnen gut, dann profitieren wir alle davon, weil damit ja auch die Kaufkraft steigt.

Mit den abgestuften Tarifen, welche in der Subventionsverordnung festgehalten sind, bezahlen alle gemäss Einkommen. Eine Detailhandelsverkäuferin oder eine Reinigungsfachfrau müsste im Verhältnis zu ihrem niedrigen Einkommen zu hohe Kosten für die Kinderbetreuung bezahlen, und gerade in solchen Fällen ist eine Unterstützung gerechtfertigt, zumal sie nichts dafür können, zu einer Schicht sozial schlecht gestellter Personen zu gehören. Es ist unsere Pflicht, hier Hilfestellungen zu leisten - und es ist unsere Aufgabe, auch wenn es Geld kostet. "

SR Urs Hunziker:

"Ich muss nochmals auf die Subventionsverordnung der familienergänzenden Kinderbetreuung zurückkommen: Es war ja auch Absicht, mit der Einführung dieser Verordnung festzulegen, dass der Grosse Stadtrat mit dem Budgetprozess die zusätzlich notwendigen Gelder bewilligen kann. Sie haben selbstverständlich heute Abend die Gelegenheit, Gelder zu streichen; gleichzeitig mache ich Sie aber darauf aufmerksam, dass Sie in den letzten Jahren - unter anderen auch für das Budget 2013 - zu höheren Beträgen erfreulicherweise immer Ja gesagt haben. Bezüglich der von Ihnen erwähnten Kostenexplosionen verweise ich hiermit explizit auf die Tatsache, dass Sie in diesem Rat die beantragten finanziellen Mittel genehmigt haben.

Scheinbar habe ich mich zu wenig klar zur Vergabe der Plätze gemäss Art. 4 lit. d der Subventionsverordnung geäussert: *"Die Betreuungsplätze werden prioritär an Kinder vergeben, bei denen eine familienergänzende Betreuung aus sozialen Gründen notwendig ist. Eine gute Durchmischung der Gruppen wird angestrebt."* Wenn Sie daran etwas ändern wollen, muss mittels eines politischen Vorstosses eine Änderung der Subventionsverordnung beantragt werden, die der Volksabstimmung untersteht.

Betreffend Tarife: Der günstigste Tarif des Staffeltarifs beträgt CHF 16.--, die Vollkosten liegen bei CHF 102.--, dazwischen gibt es weitere Abstufungen. Der höchste Tarif entspricht fast den Vollkosten, nur die so genannten Over head-Kosten sind nicht eingerechnet. Selbstverständlich können wir die Tarife erneut erhöhen, aber damit verschlechtert sich die Durchmischung mit garantierter Sicherheit noch mehr, weil es für Vollzahler nicht mehr interessant ist, die Kinder in eine städtische oder private Institution zu bringen. Für einen geringen Mehrbetrag von CHF 200.-- bis CHF 300.-- kann man sich eine Tagesmutter besorgen. "

Mariano Fioretti (SVP):

"Ich möchte an dieser Stelle nochmals klarstellen, dass wir nicht gegen Krippenplätze sind. Wir sind auch dafür, dass Alleinerziehende oder Bedürftige einen Platz erhalten. Womit wir ein Problem haben, ist mit der Tatsache, dass die Nachweispflicht fehlt. Bei uns kann man einen Krippenplatz beantragen, damit man am Nachmittag einkaufen gehen kann. Sind Leute mit CHF 120'000.-- Einkommen Bedürftige, die einen subventionierten Platz benötigen? Der Kanton Bern hat beispielsweise eine Nachweispflicht, das heisst, es gibt nur prozentual - falls zwei Saläre zusammen über 100% ergeben - eine Subvention, die auf einer Skala

festgelegt ist. Wir sind nur dagegen, dass hier ein Missbrauch betrieben wird. “

Urs Tanner (SP):

”Als Vater der Motion Subventionsverordnung möchte ich mich zum Thema melden, weil es in diesem Saal Leute gibt, die bezüglich ihrer Ratszugehörigkeit zarteren Alters sind. Die Motion fand eine Mehrheit im damaligen 50er Rat und wurde vom Volk legitimiert. Wir haben die 1:12 Niederlage akzeptiert, akzeptieren Sie also auch, dass Ihre Familienpolitik gescheitert ist. SR Urs Hunziker kämpft für ein fremdes Löwenbaby, das wir ihm beschert haben. Bitte winken Sie nicht ab, Mariano Fioretti, sondern lesen Sie die Zeitung. Das Volk, auf das Sie sich immer berufen, wenn Sie ausschaffen wollen, hat gesprochen und die Subventionsverordnung genehmigt. Dass es mehr kostet, ist eine Erfolgsgeschichte, weil wir dies so wollten. Wir wollten Bundesbeiträge abholen, und das Volk hat dem auch zugestimmt. Wie SR Urs Hunziker bereits sagte, müssen Sie einen Vorstoss einreichen, wenn Sie etwas verändern wollen. “

Christa Flückiger (SP):

”Mariano Fioretti möchte ich empfehlen, die Subventionsverordnung sorgfältig zu studieren. Wenn jemand für sein Kind einen subventionierten Platz erhält, ist es zwingend notwendig, dass dieses Kind an zwei Tagen in der Woche in die Kindertagesstätte geht. Es gibt verschiedene Wahlmöglichkeiten, das heisst ein halber (entweder am Morgen oder am Nachmittag) oder ein dreiviertel Tag (von morgens bis 14 Uhr) oder ganze Tage. Wenn eine Frau einer Arbeit bis 15 Uhr am Nachmittag nachgeht, wird sie wohl kaum ihr Kind mitten am Nachmittag aus seiner Krippenaktivität herausreissen; sie darf dann doch auch am Nachmittag einkaufen gehen? Wo liegt eigentlich Ihr Problem? Sie muss zwingend ihr Kind an zwei Tagen in der Woche in die Krippe bringen, auch wenn sie beispielsweise nur einen Tag einer Arbeit nachgeht. Wollen Sie nun daran etwas ändern, muss die Subventionsverordnung angepasst werden - wie dies bereits von SR Urs Hunziker erläutert wurde. “

SR Urs Hunziker:

”Ich möchte an dieser Stelle Mariano Fioretti empfehlen, sich Folgendes zu überlegen: Weil so viel Missbrauch betrieben wird, haben wir sinkende Elternbeiträge. “

Seite 102, 5201 Externe Kinder- und Jugendbetreuung

365.531 Beiträge an Kinderbetreuungsplätze:

Hermann Schlatter (SVP):

”Es geht um die zusätzliche Einrichtung respektive den Umfang der Leistungsvereinbarung mit dem Verein “Zweidihei”, mit 5 Plätzen, die subventioniert werden sollen. Kostenpunkt: CHF 100'000.--. Es ist nicht so, dass diese Plätze in einer Institution angeboten werden, sondern sie sind bei Tageseltern. Wie ich orientiert bin, brauchen Tageseltern keine Spezialausbildung zur Betreuung von unter sechs Kindern (gemäss kantonaler Verordnung. Der Bundesrat ist mit seiner Idee gescheitert, Grossmütter, die mehr als fünf Kinder betreuen, müssten eine Ausbildung machen). Diese Tageseltern bekommen offensichtlich CHF 20'000.-- pro Kind; bei zwei Kindern wären es CHF 40'000.--. Ich frage mich, ob es dann nicht günstiger wäre, der leiblichen Mutter der Kinder CHF 20'000.-- zu geben, damit sie zuhause bleiben kann anstatt ihre Kinder fremdbetreuen zu lassen. Dies wäre günstiger für den Staat. Ich frage mich, warum Tagesmütter mit CHF 20'000.-- entschädigt werden, während wir betreuenden Angehörigen maximal CHF 7'000.--

bezahlen. Vielleicht müssen wir neue Lösungsansätze finden und das Modell ändern. Die Differenz zwischen CHF 20'000.-- und CHF 7'000.-- pro Platz ist einfach zu gross.

Ich habe Ihnen vorgerechnet, wenn nur rund 10% unserer Schaffhauser Kinder zwischen 0 und 14 Jahre in die Kinderbetreuung gegeben würden (heute sind es 187), würde uns dies CHF 4,1 Mio. kosten. Es könnte aber auch sein, dass es 20% wären. Wir bevorzugen mit dem aktuellen Modell eine Minderheit. Ich war ganz klar gegen die Familieninitiative der SVP, weil sie nach meiner Sicht einen falschen Ansatz eingesetzt hat. Aber ich bin der Meinung, dass wir einzelne Familien übergebührend subventionieren, während andere versuchen, mit der Nachbarschaftshilfe oder der Verwandtschaft eine günstige Lösung zu treffen. Hier spalten wir die Gesellschaft auseinander, und das kann nicht sein.

Daher stelle ich Antrag auf Streichung von CHF 100'000.--. Ich bitte SR Urs Hunziker, in der Beantwortung meiner Kleinen Anfrage sämtliche Details der Analyse aufzulisten; es könnte ja auch sein, dass von unserer Seite falsche Unterstellungen gemacht werden. Wir müssen nochmals über die Bücher gehen; es ist für mich nicht verständlich und kann nicht sein, dass fünf Plätze CHF 100'000.-- kosten. Somit kostet ein Platz rund CHF 9'700.--; dies habe ich bereits in meinem Eintrittsvotum erwähnt. Die Kosten für die restlichen Plätze (187) belaufen sich auf CHF 1,9 Mio. “

Dr. Katrin Bernath (OeBS):

”Fünf Plätze für CHF 100'000.-- ist auf den ersten Blick viel Geld. Aber fünf Plätze heisst nicht fünf Kinder; es sind wahrscheinlich rund 10 Kinder, die davon profitieren, weil die Betreuungszeit pro Kind unterschiedlich ist. Zudem ist es so, dass die Vergabe ebenfalls gemäss geltender Subventionsverordnung erfolgt. Dies wären 5 voll subventionierte Plätze. Der angestellte Vergleich ist deshalb nicht korrekt. Auf 200 Tage hochgerechnet, ergäben sich rund CHF 100.--, und dieser Betrag entspricht ungefähr den Vollkosten eines Krippenplatzes.

Der Verein Zweidihei bietet zusätzlich Vermittlung, Schulung und Beratung an und sichert somit auch bestimmte Qualitätsansprüche in der Kinderbetreuung. Die Tagesfamilien sind eine flexible Ergänzung zu Krippen und Horten ohne feste Tageszeiten. Es gibt viele Leute, die zu Zeiten arbeiten müssen, zu denen Krippen und Horte nicht offen sind. Ich plädiere dafür, den im Budget 2014 eingestellten Betrag zu belassen. “

Dr. Nathalie Zumstein (CVP):

”Ich bin im Stadtschulrat und weiss deshalb, von welchen Kindern hier die Rede ist, die in solche entsprechenden Institutionen geschickt werden müssen. Grundsätzlich gehen Sie in Ihren Voten von gesunden, sozial unauffälligen Kindern aus und erwarten, dass alle Eltern ihre Kinder selbst erziehen können. Sie können sich gar nicht vorstellen, wie viele Eltern es gibt, die nicht fähig sind, ihre Kinder zu erziehen, entweder aus sozialen Gründen oder weil sie arbeiten müssen. Und ich denke gerade an diejenigen Eltern, die ihre Erziehungsaufgaben eben nicht wahrnehmen können. Wir müssen oft Kinder, die in der Schule auffällig sind, in Familien platzieren, damit sie überhaupt eine anständige Erziehung erhalten. Für solche Kinder brauchen wir die Zweidihei-Tagesmütter und nicht für faule Mütter. Es bringt nichts, wenn wir der leiblichen Mutter CHF 20'000.-- geben, damit sie ihr Kind selbst erzieht. Dies würde gar nichts bringen, da diese Mütter ihre Kinder einfach nicht selbst erziehen *können*, weil sie selbst grosse persönliche Probleme haben und deshalb ihre Erziehungsaufgabe gar nicht wahrnehmen können. Für diese Kinder

brauchen wir Krippenplätze und Tagesmütter. “

SR Urs Hunziker:

”Katrin Bernath hat genau das gesagt, was ich noch ergänzen wollte. Zu Hermann Schlatter: Die erwähnte Analyse wird bereits seit Jahren erhoben; der akuelle Bedarf wird vierteljährlich plus zweimal pro Jahr erhoben. Für die Beantwortung der Kleinen Anfrage muss das Zahlenmaterial nur noch zusammengetragen werden. “

Andi Kunz (AL):

”Ich möchte die Aussagen von Katrin Bernath unterstreichen: Die Milchbuchrechnung von Hermann Schlatter geht einfach nicht auf. Der Budgetbetrag von CHF 100'000.-- kann nicht einfach durch 5 dividiert werden, da zusätzlich ein gewisser Administrationsaufwand, Einführungskurse und auch die Begleitung dieser Tagesfamilien entstehen. Zweidihei war auch im Bereich der Pflegefamilienvermittlung bis zur Einrichtung der KESB tätig. Heute wird diese Aufgabe von einem gewinnorientierten Unternehmen geleistet, das lokal nicht vernetzt ist, und die Kosten sind weitaus höher. Gespart wurde also überhaupt nicht. Wenn wir die Subventionsbeiträge heute Abend streichen, würde dies das “Aus” des Vereins Zweidihei bedeuten. Wir müssten dann ein anderes Unternehmen suchen, das voraussichtlich privat organisiert und teurer wäre, und gespart würde damit gar nichts. “

Christa Flückiger (SP)

”Ich ergänze zum Verein Zweidihei: Diese Institution ist eine sehr wichtige Ergänzung zu den bestehenden Krippen und Horten, weil sie Tagesfamilien vermittelt. Es gibt Kinder, die aufgrund der familiären Situation oder ihrer Verhaltensauffälligkeiten in einer Tagesfamilie - das heisst in einem kleinen Rahmen - besser betreut werden können als in einer Gruppe, wo ihren individuellen Bedürfnissen nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt werden kann. Zweidihei ist auch für Notfälle eine wichtige Anlaufstelle, wenn ein Kind aus bestimmten Gründen nicht auf die Warteliste einer Krippe gesetzt werden kann. Ich appelliere an Sie, die eingesetzten CHF 100'000.-- zu sprechen. “

Hermann Schlatter (SVP):

”Ich möchte vom zuständigen Referenten jetzt nochmals konkret Auskunft erhalten: Wir haben in der GPK ausführlich darüber diskutiert, und ich habe das Thema bereits damals angesprochen. SR Urs Hunziker hat mir nicht widersprochen. Handelt es sich jetzt um normale Kinder oder handelt es sich um Kinder aus “assoziellen” Familien? Aus den erfolgten Voten habe ich entnommen, dass es sich um Kinder handelt, die fremdplatziert werden müssen; wenn dem so ist, dann weiss ich auch, was dies bedeutet, nämlich, dass die KESB eingeschaltet wird. Handelt es sich tatsächlich um solche Kinder, sind sie im Referat bei SR Simon Stocker, in welchem diese Fälle über die Fürsorge laufen.

Ich möchte Urs Tanner an dieser Stelle bitten, auf seine Zwischenvoten zu verzichten und allfällige Aussagen am Rednerpult zu machen. Andi Kunz hat erwähnt, dass der Verein Zweidihei offensichtlich ohne den zur Diskussion stehenden Beitrag von CHF 100'000.-- vor dem “Aus” steht. Bedeutet dies jetzt, dass wir damit Zweidihei am Leben erhalten? Dies ist ein komplett neuer Aspekt, den wir bisher auch in der GPK nicht gehört haben. Katrin Bernath hat Beiträge von Seiten der Eltern erwähnt. Aber es bleibt dabei, dass sich die Kosten eines Platzes pro Kind bei Tageseltern (bei Beanspruchung einer vollen Woche) auf CHF 20'000.-- beziffern lassen. Es sind nicht mehrere Kinder. Als darüber in der GPK diskutiert wurde,

erwähnte Finanzreferent Peter Neukomm, es handle sich um Plätze für ungefähr 10 Kinder; aber dieser Aussage hat der zuständige Referent widersprochen, sondern er sprach von fünf Plätzen. “

SR Urs Hunziker:

”Es zeigt sich, wie schnell Missverständnisse entstehen: Wir sprechen von Plätzen und nicht von Kindern. Diese fünf Plätze können 10 oder vielleicht sogar 15 Kindern zugutekommen. In den seltensten Fällen haben wir Kinder, die an fünf Tagen in der Woche betreut werden. Die meisten Kinder werden zwei bis drei Tage, ausnahmsweise vielleicht auch einmal fünf Tage pro Woche betreut. Die Kinderbetreuungsplätze bei Zweidihei können rund um die Uhr genutzt werden, deshalb sind auch die Kosten höher als die von Hermann Schlatter in seinem Votum erwähnten CHF 9'700.--.

Der Verein Zweidihei ist tatsächlich mit der Einführung der KESB in eine gewisse Schieflage geraten, weil seither die Beiträge von CHF 53'000.-- pro Jahr (aus dem Sozialreferat) entfallen. Mit dem im Budget eingestellten Betrag sollen nicht einfach nur die administrativen Kosten subventioniert werden, sondern die Kinderbetreuungsplätze bei Zweidihei sollen ebenfalls nach der geltenden Subventionsverordnung für familienergänzende Kinderbetreuung finanziert werden. Es ist nicht so, dass wir mit diesem Beitrag ausschliesslich zum Erhalt des Vereins Zweidihei beitragen, auch wenn damit gewisse Administrationskosten abgegolten werden.

Zur Zuweisung von Plätzen: Wir gehen im Normalfall wie folgt vor (Beispiel): Eine alleinerziehende Mutter geht einer Arbeitstätigkeit nach, die bezüglich Kinderbetreuungszeit nicht von einer Krippe oder einem Hort abgedeckt werden kann. Sie kann über den Verein Zweidihei einen Platz bei Tageseltern beantragen und bezahlt dafür gemäss Tarifstruktur der Subventionsverordnung für familienergänzende Kinderbetreuung. Es kann aber auch sein, dass die KESB ein Kind zu Tageseltern oder in eine andere Tagesstruktur wie das Kinder- und Jugendheim zuweist; die entsprechenden Kosten fallen entweder bei der KESB oder im Referat von Simon Stocker an. “

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den im Budget 2014 eingestellten Betrag von CHF 100'000.-- mit 17:13 Stimmen gut.

**Seite 102, 5201 Externe Kinder- und Jugendbetreuung
365.532 Beitrag an Trägerverein Spielhuus Tagesstätten:**

Peter Möller (SP):

”Der Beitrag wurde im Vergleich zum Vorjahr und auch im Vergleich zum Leistungsauftrag mit diesem Trägerverein gekürzt; gemäss Kommentar würde er sich auf CHF 825'000.-- belaufen. Begründung: Gemäss Prognose 1. Quartal wurde der Beitrag auf CHF 760'000.-- hochgerechnet. Ich habe die entsprechende Information, dass der budgetierte Betrag ausgeschöpft werden wird. Ich stelle deshalb den Antrag, den Betrag um CHF 65'000.-- auf den Umfang des Leistungsauftrags von CHF 825'000.-- zu erhöhen. “

SR Urs Hunziker:

”In der GPK habe ich darüber informiert, dass wir aufgrund des ersten Quartals den Betrag hochgerechnet haben, aber auch frühzeitig die Leiterin über die tiefere

Budgetierung orientiert. Sie hat sich damit einverstanden erklärt - und dies entspricht immer noch meinem heutigen Wissensstand. Ich plädiere dafür, den Betrag gemäss Budget zu belassen. “

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Peter Möller (SP) gestellten Antrag um Aufstockung des Betrags auf CHF 825'000.-- mit 19:12 Stimmen ab.

Seite 110, 5400 Museum zu Allerheiligen

318.407 Museumspädagogik:

Urs Furer (SP):

”Es handelt sich um einen Budgetbetrag von CHF 3'000.--. Wir haben ein sehr gutes und erfolgreiches Museum, das auch sehr gute museumspädagogische Angebote anbietet. Was wird konkret mit dem budgetierten Betrag gemacht? Müsste der eingestellte Betrag für ein wirklich umfassendes Angebot allenfalls erhöht werden? “

SR Urs Hunziker:

”Wir finanzieren damit tatsächlich museumspädagogische Aktivitäten, aber im Schulbudget gibt es einen weiteren Posten für museumspädagogische Angebote von CHF 10'000.--. Davon sind im ersten Halbjahr 2013 CHF 3'690.-- beansprucht worden. Wir finanzieren damit rund 67 Veranstaltungen, die ich übrigens sehr schätze. Ich bin der Meinung, dass der in der von Urs Furer erwähnten Position eingestellte Betrag von CHF 3'000.-- (zusammen mit demjenigen im Schulbudget) ausreicht. “

Urs Furer (SP):

”Meiner Meinung handelt es sich um zwei unterschiedliche Positionen: Das Angebot des Schulbudgets bezieht sich auf ein rein schulisches, wovon die Schulen hauptsächlich profitieren; beim anderen Angebot handelt es sich um museumspädagogische Anlässe, welche direkt vom Museum zu Allerheiligen beispielsweise an Wochenenden für Kinder und Jugendliche zum Kennenlernen des Museum organisiert werden. Der Betrag von CHF 3'000.-- ist meiner Ansicht nach sehr niedrig. Ich möchte den Betrag auf CHF 10'000.-- erhöhen, analog des im Schulbudget eingestellten Betrags. “

SR Urs Hunziker:

”Was bisher nicht erwähnt wurde, ist die Tatsache, dass beim Museum zwei Museumspädagoginnen angestellt sind (die genauen Prozentanstellungen kann ich Ihnen aus dem Stehgreif aber nicht nennen). Diese tauchen aber unter Besoldungen auf. “

Katrin Huber Ott (SP):

”Ich war am Sonntag an einer museumspädagogischen Veranstaltung mit meinen Kindern, die Schatzinsel genannt wird. Früher fand diese alle zwei Monate statt. Bis zum vergangenen Sonntag ist längere Zeit nichts passiert. Die nächste Veranstaltung findet im März statt. Ich gehe jetzt davon aus, dass die CHF 3'000.-- für solche sehr lehrreichen und interessanten Familienveranstaltungen vorgesehen sind. Es würde Schaffhausen gut anstehen, wenn mit solchen Anlässen der allgemeine Zugang von Kindern zum Museum zu Allerheiligen oder zu Museen generell gefördert würde. “

Dr. Katrin Bernath (OeBS):

"Ich stehe erneut vor einem ähnlichen Problem wie vorher und weiss nicht so recht, wofür jetzt diese CHF 3'000.-- gedacht sind. Vielleicht handelt es sich um die Materialkosten für die erwähnten Veranstaltungen. Wenn dem so ist und die Personalkosten anderweitig verbucht werden, bin ich mit dem Betrag einverstanden. Vielleicht erhalten wir heute Abend noch eine klärende Antwort vom zuständigen Referenten. Ich finde es schade, dass solche Fragen nicht bereits im Vorfeld gestellt und im Detail abgeklärt werden können. "

SR Urs Hunziker:

"Es handelt sich tatsächlich um die Materialkosten. Der auf der Tribüne sitzende Museumsdirektor hat genickt. "

Urs Furer (SP) zieht in der Folge seinen Antrag zurück.

Seite 112, 5401 Sonderausstellungen**Ausstellung Ritterturnier, Ausstellung Herrenacker:****Martin Egger (FDP):**

"Ich möchte vorausschicken, dass ich grundsätzlich nicht gegen die Ausstellung oder das Turnier bin. Da es sich um zwei finanzintensive Vorhaben handelt, erlaube ich mir, zwei Fragen und allenfalls einen Antrag zu stellen, und zwar dann, wenn meine Zweifel nicht zerstreut werden oder meine Unsicherheit hinsichtlich der zu erwartenden Einnahmen auch vom Rat geteilt werden sollten. Gemäss meinem Kenntnisstand soll im Juli 2014 während der Sommerferien als Auftakt der Ausstellung Ritterturniere während 10 Tagen ein authentisches Ritterturnier auf dem Herrenacker durchgeführt werden. Die Gesamtkosten in der Höhe von rund CHF 850'000.-- für die beiden Vorhaben setzen sich wie folgt zusammen:

- Das Herrenackerturnier schlägt mit CHF 460'000.-- zu Buche, dem gegenüber stehen Einnahmen von geschätzten CHF 440'000.--, was einem Verlust von CHF 20'000.-- entspricht.
- Die Turnierausstellung beläuft sich auf CHF 390'000.--, der Ertrag wird mit CHF 680'000.-- beziffert, was einem Gewinn von CHF 290'000.-- entspricht.
- Für das gesamte Projekt ergibt sich ein Gewinn von rund CHF 270'000.--.

Was mich verunsichert, sind die Einnahmen, und zwar nicht aus den zugesicherten Sponsorengeldern, sondern die rund 12'000 Eintritte für das Ritterturnier mit einem Ertrag von CHF 340'000.-- und die rund 30'000 Eintritte, die einen weiteren Ertrag von 320'000.-- ergeben. Ich stelle dazu folgende Fragen:

1. Hat das Museum zu Allerheiligen in der Vergangenheit bereits solche kostenintensiven Sonderausstellungen durchgeführt?
2. Sind die zu erwartenden Einnahmen aus Sicht des Stadtrats auch realistisch?

SR Urs Hunziker:

"Ich habe dieses Referat vor nicht ganz einem Jahr von Stadtpräsident Thomas Feurer übernommen und das Zahlenmaterial von diesen früheren Ausstellungen nicht präsent. Meines Erachtens gab es bereits vergleichbare Ausstellungen mit vergleichbaren Aufwendungen und Erträgen.

Zur Frage, ob die Einnahmen realistisch seien: Hier verweise ich auf die Unterlagen an die GPK. Wir haben dieses Jahr mit der Anker Ausstellung sehr gut gestartet, diese hat sämtliche Erwartungen übertroffen. Etwas weniger gut oder noch nicht gut

läuft die Ausstellung Langzeit und Endlager. Museumsdirektor Jezler hat das ursprüngliche Budget aufgrund der ersten Erfahrungen massiv nach unten korrigiert, der Gesamtertrag bleibt etwa gleich. Es sind Minderausgaben (gegenüber dem ursprünglichen Budget) von CHF 491'000.-- (siehe Aufstellung Seite 2 der GPK-Anträge) und CHF 490'000.-- Mindereinnahmen.

Gesamthaft gesehen, über alle Ausstellungen, resultiert noch immer ein Nettoertrag von CHF 180'000.--. Grosse Anlässe bergen gewisse Risiken, andererseits zählen wir auf die grossen Erfahrungen, die Museumsdirektor Jezler mit ähnlichen Ausstellungen gemacht hat. Vor diesem Hintergrund sind die geplanten Einnahmen durchaus realistisch. Nur schon ausgehend vom Erfolg der Anker-Ausstellung hatten wir in diesem Jahr doppelt so viele Besucher (knappe Überschreitung der 60'000 Personen-Grenze) gegenüber den Vorjahren, obwohl ausgaben- wie auch einnahmenseitig Korrekturen angebracht wurden. “

Stadtpräsident Thomas Feurer:

”Wir haben schon früher grosse Ausstellungen durchgeführt, zum Beispiel die Mongolen Ausstellung. Schaffhausen hat zweifelsohne das Potenzial, viele Leute anziehen zu können. Ich vertraue darauf, dass Museumsdirektor Jezler mit der Turnierausstellung den Puls der Zeit trifft und vor allem Familien anspricht. SR Urs Hunziker hat angesprochen, dass aber auch ein gewisses Risiko besteht. Wir haben ein grossartiges Museum, das wir unbedingt zum “Klingen” bringen müssen. Ein weiterer Aspekt ist die so genannte Umkehrrentabilität: Wir haben von Schaffhausen Tourismus gehört, dass die Anker-Ausstellung nicht nur ein Faktor für das Museum war oder für Leute, die Anker verehren, sondern auch Besucher brachte, die während ihres Aufenthaltes in Schaffhausen konsumierten und damit eine beträchtliche Wertschöpfung für das lokale Gewerbe auslöste.

Es ist gut, dass das Budget nochmals reduziert wurde, und wir damit einen realistischen Horizont schaffen konnten. Unter diesen Umständen lohnt sich meiner Meinung nach das Risiko für alle Beteiligten. “

Martin Egger (FDP):

”Besten Dank für diese Ausführungen. Meine Unsicherheit ist nicht vollständig aus dem Weg geräumt. Aber wer nichts wagt, gewinnt auch nichts. Ich verzichte deshalb darauf, einen Antrag zu stellen. “

Seite 116, 5601 Kulturförderung

365.105 Beitrag an Hallen für Neue Kunst:

Hermann Schlatter (SVP):

”Ich weiss nicht, ob ich jetzt einen Antrag stellen muss. Der Stadtrat hat sich zum Antrag der GPK, CHF 20'000.-- für die Reinigung der Lamellenstoren zu streichen, nicht zu Wort gemeldet. Grundsätzlich hätte der Stadtrat beantragen müssen, diesen Betrag im Budget zu belassen, und die Kürzung - wie vom GPK-Präsidenten in seiner Berichterstattung erwähnt - unter der Position 6200.314.300 vorzunehmen. Ich habe es so verstanden, dass der Stadtrat diese Kürzung zulasten der unter dieser Position eingestellten CHF 560'000.-- verrechnen wolle. Von der GPK aus wurde dieser Betrag auf CHF 750'000.-- aufgestockt. Ich stelle hiermit den Antrag, unter dieser Position die Streichung von CHF 20'000.-- vorzunehmen anstatt unter Position 5601.365.105. “

Stadtpräsident Thomas Feurer:

"Für mich ist klar, dass der erwähnte Beitrag nicht als Kulturförderbeitrag gestrichen werden kann, sondern beim Unterkonto, das heisst auf der Position 6200.314.300, erfolgen muss. "

Peter Möller (SP):

"Es ist klar, dass mein Eintrittsvotum relativ lang war. Ich hatte darin sehr deutlich auf das meiner Ansicht nach richtige Vorgehen hingewiesen. Die GPK hatte einen Beschluss zu Position 5601.365.105 (CHF 60'000.--) gefasst. Nachträglich ist es aber der Verwaltung aufgegangen, dass diese Kürzung nicht am richtigen Ort platziert wurde. Den Antrag der GPK können wir hier im Rat kippen; dazu benötigen wir allerdings einen entsprechenden Antrag des Stadtrats. Ich kann diesen Antrag als GPK-Präsident ohne Rücksprache mit den GPK-Mitgliedern nicht von mir aus stellen. Ich kann nur sagen, dass ich persönlich einen entsprechenden Antrag des Stadtrats gutheissen würde.

Bezüglich des Antrags von Hermann Schlatter: Ich finde es widersinnig, wenn wir für den Unterhalt des Verwaltungsvermögens/der Verwaltungsliegenschaften mehr Geld beantragen und in der gleichen Sitzung aber wieder kürzen. Wir sind uns einig, dass die zusätzlichen Kosten das nächste Jahr nicht von der Stadtkasse übernommen werden sollen. Aber der von der GPK für den Unterhalt beantragte Betrag sollte belassen werden. "

SR Urs Hunziker:

"Ich habe den Antrag von Hermann Schlatter nicht ganz verstanden und stelle hiermit formell den Antrag, die Position 5601.365.105 zu belassen. "

Stadtpräsident Thomas Feurer:

"Ich betone an dieser Stelle nochmals, dass wir diese Position gar nicht kürzen können, da sie vertraglich geregelt ist. Was wir streichen können, ist, dass die Stadt 2014 die Kosten für die Reinigung der Lamellenstoren übernehmen wird. Auch andere vertraglich vereinbarte Beträge können nicht einfach gestrichen werden, wir können allenfalls einen Vertrag kündigen, wovon ich Ihnen aber abrate.

Ich mache beliebt, auf der Position 5601.365.105 die im Budget 2014 eingestellten CHF 60'000.-- zu belassen und im Protokoll festhalten, dass die Kosten für die Reinigung der Lamellenstoren in 2014 nicht von der Stadt übernommen werden. Damit haben wir die CHF 20'000.-- gespart. "

Thomas Hauser (FDP):

"Mir hat der Antrag der GPK, CHF 20'000.-- bei den Hallen für Neue Kunst zu streichen, gefallen. Wenn Sie einmal zusammenzählen, was die Hallen für Neue Kunst an Beiträgen von der öffentlichen Hand erhält, werden Sie erschrecken. Im Kantonsrat hat Kantonsrat Markus Müller beantragt, die Leistungsvereinbarung um CHF 100'000.-- zu kürzen.

Die Zahlen präsentieren sich wie folgt: Die Hallen für Neue Kunst bekommt vom Kanton CHF 400'000.--, nach der Überarbeitung der Leistungsvereinbarung sollten es nun neu noch CHF 300'000.-- sein. Im Kantonsrat wurde mit Stichtentscheid des Präsidenten am ursprünglichen Betrag von CHF 400'000.-- festgehalten. Von der Stadt Schaffhausen erhalten die Hallen für Neue Kunst CHF 60'000.--, für die Schulklassen CHF 15'000.-- und die Hallen für Neue Kunst sind gratis, das heisst sie bezahlt keinen Mietzins, was CHF 240'000.-- entspricht. Dazu zählen müssen Sie

noch die Reinigung, den Strom und die Kosten für die Lamellenreinigungen. Gesamthaft ergibt dies einen Betrag über CHF 800'000.--, den die öffentliche Hand den Rhein hinunterschickt.

Im Kantonsrat hat es ziemlich gerumpelt mit dem Antrag von Markus Müller. Der Antrag der GPK hat mir ebenfalls gefallen, weil dies alles doch einfach überrissen ist. Die letzte Woche stand in einer Wochenzeitung im Zusammenhang mit den RSE-Projekten, dass so viele Eintritte wie die Hallen für Neue Kunst im Jahr verkaufe, in der privat finanzierten Halle von Giorgio Behr an einem Wochenende verkauft werde. Etwa seit 30 Jahren schicken wir enorm hohe Beträge den Rhein hinunter - rechnen und kapitalisieren Sie dies alles mit 2% und stellen Sie sich vor, was für ein Verwaltungsgebäude Stadt und Kanton für den Betrag hätten bauen können.

Deshalb möchte ich, dass der Betrag von 750'000.-- zwar als Unterhalt festgesetzt ist, aber mit dem entsprechenden Kommentar "minus CHF 20'000.-- Lamellenreinigung". Der Antrag der GPK war sehr gut, und jetzt wird er verwässert. "

Abstimmung:

Der Antrag von Urs Hunziker, die Position 5601.365.105 mit CHF 60'000.-- zu belassen, wird vom Grossen Stadtrat mit 29:0 Stimmen gutgeheissen.

Urs Tanner (SP):

"Stadtpräsident Thomas Feurer hat zuhanden des Protokolls gesagt, die CHF 20'000.-- werden eingespart. Also lassen Sie doch den Stadtrat sparen, aber nicht auf dieser Position. "

Martin Egger (FDP):

"Ich weiss nicht, ob ich alles richtig verstanden habe: Sind wir uns somit einig, dass die Hallen für Neue Kunst die Reinigung der Lamellenstoren selbst zahlt? Wenn dem so ist, wäre dies im Ertrag zu verbuchen, damit wir die Position Unterhalt nicht kürzen müssen. "

Hermann Schlatter (SVP):

"Wir haben jetzt beschlossen, dass die CHF 60'000.-- unter Position 5601.365.105 unverändert bleiben. Die von der GPK beantragte Kürzung kann wegen der Leistungsvereinbarung mit den Hallen für Neue Kunst nicht umgesetzt werden. Unter Konto 6200.314.300 wurden bisher die Kosten für Lamellenreinigung verbucht, aber auch diejenigen für die Fensterreinigung, was sich total auf CHF 50'000.-- oder CHF 60'000.-- beläuft - so wurden wir in der GPK informiert.

Unter Position 6200.314.300, die von der GPK von CHF 560'000.-- auf CHF 750'000.-- aufgestockt wurde, stelle ich den Antrag, dass formell CHF 20'000.-- gestrichen werden. Die Fensterreinigung bleibt weiterhin gemäss vertraglicher Regelung bestehen. "

Peter Möller (SP):

"Ich kann von der Darstellung her Hermann Schlatter nur Recht geben, obwohl ich mich frage, ob es tatsächlich unmöglich wäre, eine Leistungsvereinbarung zu kürzen, auch wenn man vertraglich gebunden ist:

Position 6200.314.300 wurde von der GPK um CHF 140'000.-- auf CHF 750'000.-- aufgestockt. Wie bereits erwähnt, erscheint mir eine Kürzung widersinnig. Ich neige

dazu und halte den Vorschlag des Stadtpräsidenten für sinnvoll, dass die Reinigung der Lamellen im Jahr 2014 nicht zulasten der Stadt geht. Zu Urs Tanner: Er hat ein Durcheinander veranstaltet. “

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP):

”Wenn wir gemäss Vorschlag von Peter Möller vorgehen, müssen wir uns bewusst sein, dass wir damit das Budget nochmals um CHF 20'000.-- erhöhen, das heisst die Ausgaben für den Unterhalt für Gebäude und Anlagen werden um diesen Betrag aufgestockt, weil die für die Reinigung der Lamellen vorgesehenen CHF 20'000.-- nun nicht dafür gebraucht werden, sondern für weiteren Unterhalt von Gebäuden und Anlagen. Das ist die Konsequenz des Antrags Möller. “

Thomas Hauser (FDP):

”Position 6200.314.300 wurde von der GPK von CHF 560'000.-- auf CHF 750'000.-- erhöht. Ich möchte, dass folgender Kommentar auf der rechten Seite eingefügt wird: Gekürzt um CHF 20'000.--, Kosten für die Reinigung der Lamellen Hallen für Neue Kunst. “

Hermann Schlatter (SVP):

”Zur Klärung: Es sind in dieser Position CHF 750'000.-- eingestellt, das heisst die GPK hat einen Betrag von CHF 140'000.-- sowie CHF 50'000.-- für die Fenstersanierung des Hauses zum Eckstein aufgestockt. Ich stelle den Antrag, den Betrag auf CHF 730'000.-- zu kürzen. “

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag von Hermann Schlatter (SVP), die Position 6200.314.300 auf CHF 730'000.-- zu kürzen, mit 22:8 Stimmen gut.

Seite 134, 6300 Verwaltung Tiefbau

315.103 Unterhalt Fahrzeuge:

Dr. Katrin Bernath (OeBS):

”Warum hat sich diese Zahl gegenüber dem Budget 2013 fast verdoppelt? Meines Wissens steht dies im Zusammenhang mit der Aufhebung der Werkstatt und der Auslagerung an den Kanton. Es stellen sich meiner Ansicht nach verschiedene Fragen, die in einem Gesamtkontext mit der Zusammenlegung Werkhof zu beantworten wären. Ich habe bisher keine entsprechenden Fragen gestellt, kündige aber mit diesem Votum an, dass ich diese in einer Kleinen Anfrage auflisten werde. “

Seite 140, 6400 Sport, Erholung, Grün

314.300 Unterhalt der Gebäude und Anlagen:

Hermann Schlatter (SVP):

”Die GPK hat diese Position um CHF 125'000.-- erhöht (hauptsächlich für Spielplätze). Ich möchte hier explizit zu Protokoll geben, dass die GPK der Meinung ist, dass der Spielplatz Belair nicht aufgewertet werden soll, zumal auch schon in der “alten” GPK die Meinung herrschte, die Breite sei als Ganzes zu betrachten, insbesondere im Hinblick auf das Schulhausprojekt. Es sollen deshalb hauptsächlich andere Spielplätze berücksichtigt werden. “

Seite 144, 6420 Friedhöfe**314.533 Friedhof Hemmental, ausserordentlicher baulicher Unterhalt:****Leonardo Pivetta (AL)**

”In der GPK stellte ich die provokative Frage, ob in schlechten Finanzzeiten der bauliche Unterhalt des Friedhofs Hemmental nötig sei. Es wurde gesagt, theoretisch sei mehr notwendig, aber es werde nur ein Minimaleingriff gemacht. Hermann Schlatter, der mich in letzter Zeit verschiedentlich persönlich angegriffen hat, wird jetzt erstaunt sein: Ich stelle hiermit den Antrag auf Erhöhung des budgetierten Betrags um CHF 5'000.--. Hemmental ist ein Quartier der Stadt Schaffhausen und auch die Verstorbenen von Hemmental haben ein Anrecht auf einen Friedhof mit Namenstafeln. Es soll nicht nur das Minimalste, sondern das wirklich Notwendige gemacht werden.“

SR Dr. Raphaël Rohner:

”Wir haben darüber in der GPK ausführlich informiert. Es geht darum, eine vernünftige Lösung zu finden. Der Dorfverein wurde in unsere Überlegungen einbezogen. Es gibt im Friedhof Hemmental keine Möglichkeit, die Namen der Verstorbenen festzuhalten. Die Sanierung sieht vor, dass Namenstafeln gesetzt werden können; es wird auch ein kleiner Platz mit Kiesbelag geschaffen, auf dem sich die Trauergemeinde versammeln kann, und eine Sitzgelegenheit für ältere Personen oder solche mit Behinderungen. Gleichzeitig muss eine Natursteinmauer, die diverse Mängel aufweist, saniert werden. Das ist die Minimallösung. Wenn der Rat noch CHF 5'000.-- zusätzlich spricht, könnte allenfalls noch etwas Zusätzliches gemacht werden. Die Idee ist zwar gut gemeint, aber mit dem budgetierten Betrag von CHF 30'000.-- kommen wir gut aus.“

Hermann Schlatter (SVP):

”Ich weiss nicht, ob das jetzt die Friedenspfeife von Leonardo Pivetta ist. Wie auch immer, besten Dank für die Almosen für Hemmental. Es ist nicht so, dass wir etwas vernachlässigt hätten. Wir haben das Grab des Unbekannten erst vor 8 Jahren erstellt, anfänglich war kein Bedürfnis. Mittlerweile hat sich gezeigt, dass es ältere Leute gibt, die keine Angehörigen haben, die sich um ihre Gräber kümmern. Wir haben keine so feudale Grabpflege wie im Waldfriedhof. Deshalb kam der Wunsch auf, nicht nur anonym, sondern auch mit Namenstäfeli beerdigt zu werden. Vielleicht bekommen wir jetzt goldene Namenstäfeli anstatt nur solche aus Messing.“

Leonardo Pivetta (AL) zieht seinen Antrag zurück.

IV. Investitionsrechnung**Seite 158, 60100 Stadtplanung****503.748 Projektierung gemäss Masterplan Rheinufer:****Nicole Herren (FDP):**

”Ich stelle hiermit Antrag auf Streichung des Projekts Rheinuferstrasse. Im Zusammenhang mit diesem Projekt hat es auf Seite 170 ebenfalls noch zwei Positionen, und es stellt sich die Frage, ob ich diese ebenfalls bereits jetzt erwähnen soll.

1. Seite 158: 60100.503.748: Streichung des Anteils, der für die Rheinuferstrasse eingestellt wurde. Der Anteil ist nicht explizit aufgeführt, sondern ein Gesamtbetrag zusammen mit dem Kammgarnhofprojekt. Ich

möchte vom Stadtrat wissen, wie hoch der Anteil für die Rheinuferprojektierung ist. Der zu streichende Betrag müsste somit noch vom Stadtrat beziffert werden.

2. Seite 170: 63101.501.648: Ich stelle auch hier den Antrag auf Streichung des Anteils Rheinuferstrasse. Ausgenommen ist der Betrag für die Aufwertung Adler/Brühlmann Areal. Auch hier muss der Betrag noch von Seiten des Stadtrats beziffert werden.

3. Seite 170: 63101.501.669: Antrag auf Streichung des gesamten Betrags

Begründung: Die Fraktion der FDP/JFSH ist zusammen mit der SVP/EDU-Fraktion der Meinung, dass mit der geplanten Neugestaltung Rheinuferstrasse (Rhybadi bis Mühlentor) am Volk vorbei geplant wird. Die Rückmeldungen aus der Bevölkerung zeigen eindeutig, dass der Schaffhauser, wenn er an den Rhein will, das Lindli meint. Beim Lindli ist man unmittelbar am Rhein. Dort findet die Begegnung statt, dort trifft man sich: Jung und Alt, Spaziergänger, Weidlingsfahrer und Erholungssuchende.

Im Gegensatz dazu die Promenade an der Rheinuferstrasse: Sie ist eine Barriere, ebenso die Gebäude entlang dieser Strasse. Glauben Sie wirklich, jemand will vom Rheinschulhaus (wer weiss heute übrigens noch, wo das Rheinschulhaus steht?) über die Rheinuferstrasse an die Promenade? Die Rheinpromenade entlang der Rheinuferstrasse wird auch mit den vorgesehenen Veränderungen immer noch nur ein Weg vor allem für den Durchgangsverkehr, für Fussgänger und Velofahrer bleiben. Sie wird nie den Charme des Lindli haben.

Wir möchten verhindern, dass bei einer Volksabstimmung das gleiche passiert wie beim Freien Platz. Deshalb bitten wir Sie, unseren Anträgen zuzustimmen, damit wir mit dem eingesparten Geld und mit dem, das wir in Zukunft noch einsparen werden, etwas Sinnvolleres für unsere schöne Stadt gestalten können, beispielsweise am Lindli, das auch von der Bevölkerung mitgetragen und geschätzt wird. “

SR Dr. Raphaël Rohner:

”Zuerst komme ich zur Beantwortung der finanztechnischen Fragen, wo ist was verbucht:

- 60100.503.748: In dieser Position von CHF 90'000.-- sind CHF 60'000.-- für die Projektierung Rheinuferstrasse und CHF 30'000.-- für den nächstes Jahr beginnenden Prozess Kammgarn eingestellt.
- 63101.501.648: In dieser Position sind CHF 175'000.-- eingestellt, wovon CHF 100'000.-- für das Rheinufer und CHF 75'000.-- für die Adlerstrasse vorgesehen sind.
- 63101.501.669: Gesamthaft sind CHF 300'000.-- für erste Ausführungsarbeiten im Bereich Rheinuferstrasse eingestellt.

Es geht somit um insgesamt CHF 160'000.-- Projektierungskredit Rheinufer.

Ich verweise an dieser Stelle nochmals darauf, dass es sich beim Masterplan Rheinufer nicht um eine Erfindung des Baureferats oder meiner Person handelt, sondern um den Masterplan, der kurz nach der Schaffhausen 500-Jahr-Feier auf politischer Ebene initialisiert wurde, und zwar mit parlamentarischen Vorstössen, es wurde ein breit abgestütztes - wenn nicht sogar das grösste - Mitwirkungsverfahren durchgeführt, Steuerungs- und Koordinationsgruppen unter Mitwirkung der

Wirtschaftsförderung und eine politisch ebenfalls breit abgestützte Begleitgruppe ins Leben gerufen, welche auch in diesem Herbst noch einmal tagte und in der Gruppierungen von links bis rechts, der Gewerbeverband und Pro City Einsitz hatten.

Realisiert wurde bis anhin die sanfte Renovation der Rhybadi, in der Umsetzungsphase ist zurzeit die Neugestaltung des Freien Platzes und gleichzeitig findet am Lindli die Sanierung des Badeplatzes auf der Höhe des Wasserwerks und die Installation der Sitzelemente (dies wird im späten Winter erfolgen) statt.

Als nächste Massnahme steht nun die Aufwertung der Rheinuferstrasse an, eines von acht Teilprojekten. Es handelt sich hier nicht nur um Aufwertungsmassnahmen, sondern es geht um dringend notwendige Sanierungen sowohl der Strasse als wichtige kantonale Verkehrsachse, die aber auch für den städtischen Individualverkehr und den öffentlichen Verkehr von Bedeutung ist, als auch der Kragplatte. Bei diesem Projekt geht es um eine Verbesserung der Anbindung der Altstadt an den Rhein, um eine Erhöhung der Aufenthaltsqualität an drei Standorten und auf der Kragplatte, um die gleichzeitige Wahrung der Funktion als wichtige Verkehrsachse sowie um die Schliessung der Lücke der Promenade zwischen dem Freien Platz und dem Kraftwerk, wo der Übergang auf die andere Seite des Rheinuferes mit der Weiterführung der Promenade Richtung Feuerthalen ist. Das Vorprojekt ist abgeschlossen und die Planung wurde aktualisiert. Als nächster Schritt ist eine Ausschreibung der eigentlichen Projektplanung vorgesehen, wofür der Planungskredit eingestellt wurde.

Wenn die Projektplanung mit detailliertem Kostennachweis, aufgeschlüsselt nach gebundenen und nicht gebundenen Ausgaben, im nächsten Herbst vorliegt und wir konkrete Angaben zu den Kostenteilen, für die wir mit Subventionierung seitens des Kantons oder mit Bundesbeiträgen rechnen können, machen können, werden sämtliche Details die Grundlage für eine Vorlage an den Grossen Stadtrat verwendet. Ich bitte Sie, dies entsprechend zu beachten. Der Grosse Stadtrat wird darüber beraten und entscheiden können, ob das Projekt weiterverfolgt werden soll oder allenfalls Korrekturen am Projekt vorgenommen werden sollen.

Bei einer Zustimmung durch das Stadtparlament wird es voraussichtlich - je nach Höhe des zu bewilligenden Restkredits nach Abzug der Bundes- und Kantonsbeiträge - zu einer Volksabstimmung kommen. Zu beachten ist ebenfalls die Besonderheit, dass ein Teil davon auch zum Agglomerationsprogramm I, Massnahme 22, gehört. Dies haben wir bereits gegenüber Kanton und Bund gemeldet und ist in der konkreten Planung integriert. Von einer Summe von CHF 7 Mio. beziehungsweise teuerungsbedingt CHF 7,5 Mio., die für diesen agglomerationsrelevanten Anteil eingestellt worden sind, wird voraussichtlich der Bund 40% finanzieren, während der Kanton sich noch mit 30% beteiligt.

Es geht also nicht nur um die Frage der Aufwertung oder ob diese Sinn macht, sondern auch darum, dass wir auf diesem Weg und selbstverständlich im Rahmen einer Vorlage an den Grossen Stadtrat die finanziellen Mittel für die dringend notwendige Sanierung der Strasse und der Kragplatte sprechen werden. Der Stadtrat wird im nächsten Herbst, sobald die konkrete Projektplanung vorliegt, sämtliche Aspekte bezüglich finanzielle Konsequenzen überprüfen und entscheiden, ob allenfalls im Rahmen einer Priorisierung gewisse Streichungen vorgenommen werden müssen oder nicht. Wenn wir nun den Projektkredit streichen und damit das Teilprojekt beerdigen, müssen wir uns bewusst sein, dass wir dann nicht nur darauf verzichten, den tangierten Bereich des Rheinuferes aufzuwerten, sondern wir

verzichten auch implizit auf erhebliche Beiträge in Millionenhöhe seitens des Bundes, die wir dann zu einem grossen Teil selbst finanzieren müssten. Ich habe bereits darauf hingewiesen: Die Sanierung der Strasse und der Kragplatte wird rund CHF 5 Mio. kosten - dies ist aber nur eine Grobschätzung. Der Teil der Kantonsstrasse beträgt rund CHF 1,5 Mio. und deshalb wird sich der Kanton nur mit 50% daran beteiligen.

Damit schliesse ich meine Ausführungen zu Ihrer Information bezüglich Entscheidungsfindung, die Sie nun vorzunehmen haben. “

Daniel Preisig (SVP):

”Ich liebäugle mit der Unterstützung der Antrags von Nicole Herren zur Kürzung dieses Projektierungskredits. Ich bin mir allerdings noch nicht sicher, ob wir wirklich sagen können, die Bevölkerung hätte kein Interesse an einer Aufwertung. Ich bin damals wie heute der Meinung, der Rheinzugang wäre eine sehr gute Sache für Schaffhausen. Trotzdem bin ich für die Streichung. Warum? Seit Jahren wird für das Rheinufer projektiert, die Ergebnisse sind bescheiden. Es gibt keinen spürbaren Fortschritt im Baureferat. Die Projektierungskredite werden jedes Jahr verlängert. Statt einer konkreten Vorlage gibt es farbige Berichte mit Begriffen aus dem esoterischen Bereich wie “Perlenkette” und teure Mitwirkungsverfahren mit mässigem Publikumsinteresse.

Wie es aussieht, fehlt es am Rheinufer nicht an Ideen, sondern an Geld und (zumindest bisher) an Umsetzungskraft seitens des Baureferats. Ich habe mir die Mühe gemacht und im Archiv nachgeschaut, wie viel Geld wir schon für Planungen und Projektierungen für das Agglomerationsprogramm verbrannt haben. Das Resultat ist erschütternd. Bis heute haben wir schon über eine halbe Million nur für Planungen und Projektierungen verbuttert. Die Projekte des Agglomerationsprogramms sind ein Musterbeispiel der Planungsineffizienz. Ich bin klar der Meinung, dass wir am Rheinufer endlich Resultate brauchen und bitte den Stadtrat, rasch eine Vorlage zu präsentieren, auf deren Grundlage wir entscheiden können. Die Entscheidungsgrundlagen scheinen klar zu sein. Was fehlt, ist eine Vorlage, auf deren Grundlagen wir (und allenfalls das Volk) entscheiden können. Mein Ziel ist also nicht, dass wir das Rheinufer heute begraben, sondern wir sollten rasch eine Vorlage erhalten, um auf der Basis von Fakten entscheiden zu können.

Ich frage deshalb den Stadtrat: Kann der Stadtrat nach der Streichung dieser Budgetposten noch eine Vorlage erstellen, ohne dass noch mehr Geld für andere Planungen ausgegeben werden muss? Wie stark können wir kürzen und welche Konten müssen wir kürzen, damit das Geld gerade noch für eine fundierte Vorlage reicht? Dies wäre mein Antrag. “

Urs Tanner (SP):

”Mein Dank geht an Daniel Preisig, der das historische Gedächtnis des Rates noch gerettet hat. Ich bin froh über das lange Votum des Baureferenten. Ich möchte nicht mehr warten bis zur 900 Jahr-Feier, auch die 500-Jahr-Feier ist schon lange her. Damals wurde ein Vorstoss von Edgar Mittler, Thomas Hauser und anderen Kollegen aus diesem Rat eingereicht. Wir dürfen die ganze Geschichte des Rheinufers doch heute Abend nicht mit einem Spontangriff beerdigen, wo einfach so aus dem Bauch heraus gesagt wird, das Lindli gefalle doch den Schaffhausern. Nicole Herren hat eben vier Jahre Pause im Rat gemacht. Der Grund war die Neugestaltung Rheinuferstrasse und der Kammgarnhof. Wegen kleineren Niederlagen wie Rhybadi und Freier Platz reffen wir doch sicher nicht die Segel. Wie vom Baureferenten

skizziert, wurden Masterplan und Neugestaltung des Kammgarnhofes mit den Terminen aufdatiert. Der Berg hat eine Maus geboren - also halten wir doch dieses Mäuschen am Leben. Ich bin von der FDP-Fraktion enttäuscht. Die Projektierungskredite brauchen wir doch einfach für die Vorlage, und dann kann das Volk mit dem Daumen nach oben oder nach unten zeigen. Würgen wir doch diesen langen Prozess der Masterplanung Rheinufer jetzt nicht einfach ab. Stellen Sie sich vor, wenn wir jedes Jahr die Schulraumplanung und den Parkplatzfrieden sowie den Vorstoss von Till Hardmeier mit dem Sommerbistro am Lindli einfach vergessen würden. Behalten Sie doch bitte die Masterplanung im Auge; dieses Geld ist wirklich gut platziert. Kammgarnhof und Rheinuferstrasse warten doch ganz einfach darauf, wachgeküsst zu werden - aber bitte nicht erst in 900 Jahren. "

SR Dr. Raphaël Rohner:

"Am 5. Juli 2011 wurde in diesem Rat der Orientierungsvorlage Agglomerationsprogramm Schaffhausen mit 28:0 Stimmen zugestimmt. Aus den Beilagen ersehen Sie die Detailinformationen zu den Kosten, die - sei es auf dem Budgetweg oder, wie soeben angekündigt, im Rahmen von Vorlagen an den Grossen Stadtrat - zur Beratung und allenfalls auch zur Volksabstimmung gelangen werden.

Es war deshalb immer schon bekannt, dass es sich hier um eine grosse "Kiste" handelt, auch wenn ich persönlich kein Freund von solchen "Kisten" bin. Die Erfahrung zeigt, dass die Zeit vergeht und der Konsens schwindet, und solche Projekte meistens auch sehr viel Planungsgeld kosten. Manchmal sind kleinere und überschaubare Teilschritte vernünftiger zu finanzieren und besser überschaubar, werden aber oft mit dem Vorwurf der Salamtaktik betitelt. Es ist müssig, darüber zu sinnieren. Der Masterplan ist zurzeit in der Umsetzungsphase, und ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die bisher eingesetzten finanziellen Mittel für die Kosten verwendet wurden, die in den letzten Jahren und Monaten für die von mir angeführte Vorprojektierung und den Mitwirkungsprozess, der schon in der letzten Legislatur durchgeführt wurde, ausgegeben wurden.

Da ich vom gestellten Antrag im Vorfeld der heutigen Budgetdebatte Kenntnis hatte, habe ich nochmals mit der Stadtbaumeisterin diesbezüglich Kontakt aufgenommen, die mir bestätigt hat, dass wir vom eingestellten Gesamtbetrag mindestens CHF 140'000.-- benötigen, um im nächsten Herbst dem Grossen Stadtrat eine Vorlage mit sämtlichen relevanten Details unterbreiten zu können, in welcher die Teilbereiche substantiiert und mit den entsprechenden finanziellen Auswirkungen ausgewiesen sein werden. Dies bedeutet, dass, nebst der Streichung der CHF 60'000.-- aus der Position 60100.503.748, auf Position 63101.501.648 noch ein Betrag von CHF 40'000.-- hinzugefügt werden müsste, weil von insgesamt CHF 175'000.-- nur CHF 100'000.-- das Rheinufer betreffen. Die Position 63101.501.669 beinhaltet gemäss Kommentar erste Ausführungsarbeiten bei der Rheinuferstrasse, die nur eventualiter für den Notfall aufgeführt sind und gestrichen werden könnten.

Ich bitte Sie sehr im Interesse der Sache und damit auch die demokratischen Mitwirkungsprozesse weitergeführt werden können, diesen Projektkredit zu sprechen. Der Stadtrat wird im nächsten Herbst die Gesamtsituation sorgfältig überprüfen und Ihnen eine Vorlage unterbreiten, die in allen Punkten substantiiert sein wird, damit Sie - und je nach Kredithöhe auch die Stimmbevölkerung - abschliessend entscheiden können. "

Daniel Preisig (SVP):

"Ich habe mich kurz mit dem Baureferenten abgesprochen, damit ich ganz sicher über die korrekten Zahlen verfüge. Zusammen mit Nicole Herren stelle ich folgende Anträge:

- Seite 158, 60100.503.748: Kürzung dieser Position von CHF 90'000.-- um CHF 60'000.-- auf neu CHF 30'000.--
- Seite 170, 63101.501.648: Erhöhung dieser Position von CHF 175'000.-- um CHF 40'000.-- auf neu CHF 215'000.--
- Seite 170, 63101.501.669: Streichung des Gesamtbetrags von CHF 300'000.--

Nicole Herren (FDP):

"Wir von der FDP sprechen gerne für uns selbst, es war nett gemeint von Daniel Preisig. Ich ziehe hiermit meinen Antrag zurück und schwenke auf die Linie ein. "

SR Dr. Raphaël Rohner:

"Ich bitte Sie, dem Kredit zuzustimmen und möchte folgende ergänzende Erläuterungen anfügen: Im Bereich Herrenacker Süd hat es gewisse Stadtteile, die noch nicht unbedingt den Anforderungen gerecht werden, die wir an eine moderne und schöne Stadt stellen, wie beispielsweise in der Unterstadt, wo wir zurzeit eine tolle Entwicklung erleben. Es gibt Investoren, die an jenem Gebiet Interesse zeigen und eine entsprechende Aufwertung vornehmen möchten. In diesem Zusammenhang ist auch die Aufwertung der Rheinuferstrasse zu sehen; es kann auch eine Attraktivierung für Investoren bedeuten, die bereit sind, finanzielle Mittel einzusetzen, um dann einen gewissen Ertrag aus ihren Investitionen zu generieren. "

Iren Eichenberger (OeBS):

"Ich verstehe nicht, was jetzt noch zusätzlich beantragt wird, obwohl ich verstanden habe, was Daniel Preisig vorgeschlagen hat. Für die erste Etappe sind CHF 300'000.-- eingestellt, und ich verstehe nicht, ob jetzt in der Abstimmung implizit auch die Streichung dieses Betrages enthalten ist. Welche Konsequenzen könnte dies nun haben? Kann getrost gewartet werden oder "brennt" es?"

Edgar Zehnder (SVP):

"Der Stadtrat hat es vorher ausgeführt, wir haben ihm sogar vorgeworfen, dass wir nur immer planen. Jetzt wollen wir CHF 250'000.-- Planungskosten sprechen, aber bauen wollen wir nicht. Ich stelle fest, dass wir uns heute immer wieder widersprechen. Entweder wir geben jetzt noch CHF 50'000.-- aus und eine Vorlage kommt - damit könnte ich mich einverstanden erklären - oder wir entscheiden uns für einen Planungskredit von CHF 250'000.--, aber dann muss auch gebaut werden. Sonst ist alles sinnlos; es sind alles Schnellschüsse, weil das Bauamt vorgibt, welche Beträge für Planung und weitere Schritte benötigt werden, und wir kürzen diese Beträge, geben aber trotzdem Geld aus. Die Situation ist schwierig, vor allem auch für mich als Präsident der Wohnraumentwicklung. Wir haben Gelder bei Bund und Kanton angefordert. Ich habe das Gefühl, dass wir das ganze Leben lang in dieser Stadt nur planen, aber nichts bauen. "

SR Dr. Raphaël Rohner:

"Ich versuche wie folgt zusammenzufassen: Die Anträge, die Sie gestellt haben und die jetzt zur Abstimmung gelangen, beinhalten bereinigt CHF 140'000.--, damit wir gestützt auf das Vorprojekt eine Projektierung durchführen können, die Gegenstand eines stadträtlichen Entscheids sein wird und Grundlage einer Vorlage, die nächsten

Herbst an den Grossen Stadtrat formuliert wird. Es geht nicht um CHF 250'000.--, sondern um CHF 140'000.--, was das absolute Minimum ist. Es geht hier nicht um die Planung einer kleinen Mauer, die Pflasterung eines Vorgartens oder die Planierung eines Vorgartens. Es geht um ein sehr komplexes Gebilde; die Kragplatte ist nicht nur eine Betonplatte, auf die noch Rasen gesät und ein Velostreifen gepinselt werden müssen, sondern deren "Innereien" sind sehr kompliziert, vor allem auch unter Berücksichtigung der Verkehrsführung und bezüglich geplanter Übergänge, die in enger Zusammenarbeit mit dem kantonalen Baudepartement realisiert und entsprechend sorgfältig hinsichtlich Verkehrsfluss geprüft werden.

Zur Frage Agglomerationsprogramm: Dieses Projekt ist eine der Massnahmen des Agglomerationsprogramms. Wir müssen nach erfolgter Grundsatzzustimmung seitens Kanton und Bund eine entsprechende Eingabe formulieren, die bezüglich kommunaler und kantonalen Entscheide und deren Dokumentation sehr kompliziert ist. Gerade deshalb ist es wichtig, im Rahmen einer Vorlage aufzuzeigen, was wir beabsichtigen, wie die Umsetzung (verkehrstechnisch, baulich und gestalterisch) aussieht und was dies alles kostet, und zwar insgesamt und im Detail aufgeschlüsselt nach gebundenen Ausgaben, Neuausgaben und Anteilen, die wir - daraus ableitend - bei Bund und Kanton als Agglomerationsbeiträge geltend machen müssen. Ich habe in meinen vorherigen Ausführungen den Betrag von CHF 7 Mio. erwähnt, der nun teuerungsbedingt bei rund CHF 7,5 Mio. liegt. Dies wurde an der letzten Sitzung der Steuerungsgruppe bestätigt und ist nicht der Gesamtbetrag des ganzen Projekts, weil dieses noch andere Elemente beinhaltet. Das Geschäft ist sehr komplex und umso sinnvoller ist eine saubere Auslegeordnung in einer Vorlage an den Grossen Stadtrat. "

SR Peter Neukomm:

"Ich bitte den Ratspräsidenten, die genauen Zahlen nochmals zu verlesen. Es zeigt sich einmal mehr, dass derart komplexe Anträge nicht an einem Abend abgehandelt werden können, und schon gar nicht im Ratsplenum, sondern in die GPK gehören.

Ich bitte Sie, solche Anträge in Zukunft in der GPK einzureichen. Es ist überaus wichtig, das Agglomerationsprojekt nicht abzuwürgen, weil es sonst zu einem finanziellen Eigengoal wird, da wir die Rheinuferstrasse und die Kragplatte sowieso selbst sanieren müssen. Es wäre deshalb das absolute Worst case-Szenario und grobfahrlässig, wenn wir den Erhalt von Kantons- und Bundesbeiträgen gefährden würden. "

Nicole Herren (FDP):

"Ich finde die Termine, die wir haben, um unsere Fragen in die GPK zu bringen, sind zu kurz. Das ist eine Hauruck-Übung, und dies höre ich von verschiedenen Fraktionen. Ich bitte, hier in Zukunft mehr Zeit zur Verfügung zu stellen. "

Hermann Schlatter (SVP):

"Es ist nicht so, dass wir in der GPK überhaupt nicht darüber diskutiert hätten, sondern wir haben auch festgestellt, dass die Thematik sehr komplex ist. Aufgrund von Revisionsbemerkungen müssen wir aufpassen, dass wir nicht mit gewissen Projekten, die wir beginnen und weiterführen, unsere Finanzkompetenzen verletzen.

Wenn ich jetzt alles richtig verstanden habe, ist der Betrag, der ursprünglich im Budget eingestellt wurde, um CHF 20'000.-- gekürzt worden. Ganz gestrichen haben wird die Position 63101.501.669 mit CHF 300'000.--, die gemäss Ausführungen des Baureferenten allenfalls gar nicht zum Tragen kommt.

Ich unterstütze die Kritik von Nicole Herren bezüglich Zeithorizont, der für die Zusammenstellung der Fragen an die GPK zur Verfügung steht: Nach der Fraktionssitzung im November hatten wir Ende der gleichen Woche die erste Lesung des Budgets, eine Woche später fand bereits die Elefantenrunde statt und erst anschliessend hatten wir wieder Fraktionssitzungen. Das ist ein sehr enger Zeitplan, wir benötigen zwei Wochen mehr für eine seriöse Vorbereitung der Fragen aus der Fraktion. “

Urs Tanner (SP):

”Sehe ich das richtig, dass trotz der Kürzungen von FDP und SVP seitens des Baureferats eine Vorlage kommt, die sowohl das Rheinufer als auch den Kammgarnhof beinhaltet?“

SR Dr. Raphaël Rohner:

”Nein, der Kammgarnhof ist separat budgetiert und beginnt erst nächstes Jahr, was aber auch immer so kommuniziert wurde. Es geht hier nur um die Rheinuferstrasse, beginnend bei der Rhybadi bis hinunter zum Stauwehr, beinhaltend die Übergänge, die Sanierung Rheinuferstrasse, Sanierung und gestalterische Aufwertung der Kragplatte sowie auf der anderen Seite beim Rheinschulhaus, bei der Beckenburg und beim Übergang vom Kammgarnareal die entsprechenden Aufwertungs- und Sanierungsmassnahmen, inklusive Sanierung der Rheinstrasse, die zwischen der Schulzahnklinik und dem Herrenacker Süd Parkhaus liegt. Wir wollen auf ein Trottoir auf der Höhe der Schulzahnklinik verzichten - dies entspricht einer Änderung des bisherigen Projekts - damit die Rheinstrasse zu einer verkehrsberuhigten Zone wird. “

Abstimmung:

Seite 158, 60100.503.748: neu CHF 30'000.--:

Der Grosse Stadtrat stimmt dem ursprünglichen Betrag von CHF 90'000.-- mit 17:15 Stimmen zu.

Abstimmung:

Seite 170, 63101.501.648: neu CHF 215'000.--:

Der Grosse Stadtrat stimmt dem ursprünglichen Betrag von CHF 175'000.-- mit 17:15 Stimmen zu.

Abstimmung:

Seite 170, 63101.501.669: Streichung des Gesamtbetrags von CHF 300'000.--:

Der Grosse Stadtrat lehnt mit Stichentscheid des Ratspräsidenten mit 17:16 Stimmen die Streichung des Betrags ab.

Seite 172, 63101 Agglomerationsprogramm

501.688 Bereich Adlerstrasse/Schwabentor, Aufwertung:

Daniel Preisig (SVP):

”Ich bin froh, dass die grossen Budgetposten zum Agglomerationsprogramm auf Druck der GPK aus der Investitionsrechnung genommen wurden. Ich möchte mit Nachdruck festhalten: Für diese grossen Investitionsvorhaben braucht es separate Vorlagen und in den meisten Fällen auch Volksabstimmungen. Es liegt in der Natur des Agglomerationsprogramms als eigentliches Subventionsprogramm, dass die Stadt nur über einen Bruchteil - rund 30% - der Kosten aufkommen muss. Nur dieser Teil muss den ordentlichen demokratischen Bewilligungsprozess durchlaufen. Die Stadt hat also quasi 70% Rabatt auf Investitionen. Umso wichtiger ist es, dass wir hier mit der nötigen Sorgfalt hinschauen und unnötige Projekte stoppen. Denn die

Tatsache, dass ein anderer bezahlt, macht ein Projekt noch lange nicht sinnvoll. Ich möchte betonen: Auch die mit viel Pomp (und noch mehr Geld) initiierten Mitwirkungsverfahren können die demokratischen Kreditbewilligungsverfahren mit Parlamentsdebatte und Volksabstimmung nicht ersetzen. Ich bin froh, dass der Stadtrat dieses Signal verstanden hat und uns zuerst die Vorlagen zur Entscheidung vorlegen wird, bevor weitere Planungs- und Marketingmillionen verbuttert werden. “

Seite 184, 62200 Liegenschaften des Finanzvermögens

703.138 Wirtschaft zum Alten Emmersberg:

Christa Flückiger (SP):

”Erstaunt über den Inhalt eines Inserats zur Verpachtung der Wirtschaft zum Alten Emmersberg möchte ich dazu gerne einige Fragen stellen: Es war zu lesen, dass die Stadt bereit sei, die Aussensanierung des Hauses zu übernehmen, für die Innenrenovation jedoch Pächterin oder Pächter eigenes Kapital bereitstellen sollen. Auf Nachfrage, zu welchen Konditionen dies geschehen soll, bekam ich zur Antwort, dass die Pächterin oder der Pächter keinerlei Anrecht auf Entschädigung nach Vertragsauflösung haben soll. Wir haben zur Vorlage für die städtischen Restaurants ausführlich darüber beraten, welche Investitionen im Alten Emmersberg zu tätigen und wohl auch dringend notwendig sind. Wir sind damals zum Schluss gekommen, dass ein erheblicher Aufwand betrieben werden muss, insbesondere was die Küche betrifft.

Für mich stellt sich die Frage, ob es überhaupt möglich ist, mit einer solchen Ausschreibung geeignete Leute zu finden. Was geschieht, wenn auf diese Konditionen niemand eintreten will? Wie lange gibt sich die Stadt Zeit, Interessenten dafür zu gewinnen? Bis wann läuft die Ausschreibung? Sind Projekte mit den ausgeschriebenen Kriterien bekannt oder ist diese Idee einfach aus dem Ärmel geschüttelt? Kann es sein, dass deswegen das Restaurant über längere Zeit wieder geschlossen werden muss? Und hier noch die Frage aller Fragen: Wann wird bei einem negativen Ausgang dem Parlament eine Vorlage präsentiert? Das Restaurant zum Alten Emmersberg soll eine städtische Quartierbeiz bleiben. Hat der Stadtrat sich mit diesem Vorgehen eventuell eine andere Option freigeschaufelt? “

Hermann Schlatter (SVP):

”Christa Flückiger spricht mir aus dem Herzen. Ich habe diese Fragen auch in der GPK gestellt, und zwar im Wissen darum, dass wir damals anlässlich der Beratungen der von Christa Flückiger erwähnten Vorlage eine entsprechende Vorlage zum Alten Emmersberg verlangt hatten. Was genau geplant ist, ist mir nach wie vor nicht klar. Ich habe mich nach einem allfälligen Heimfall erkundigt; als Antwort sind mir die Aussagen von Christa Flückiger bestätigt wurden. Ich hätte eine Vorlage begrüsst und unterstützt Christa Flückiger. “

SR Peter Neukomm:

”Die Frage wurde in der GPK bereits besprochen. Ich habe damals schon erläutert, wie bei der Ausschreibung vorgegangen wird, nämlich mit der Übernahme der Kosten für die Innensanierung durch die Pächterin/den Pächter; dies würde uns massiv entlasten. Eine Vorlage erstellen wir erst dann, wenn die Stadt neben der Aussensanierung auch die Innensanierung übernehmen müsste. Wir sind aufgrund der Ausschreibung optimistisch, einen Interessenten zu finden, der besagte Innensanierung selbst finanziert. Deshalb finden Sie im Budget den für die Aussensanierung eingestellten Betrag. Die Frist läuft bis am 10. Dezember 2013, anschliessend entscheidet der Stadtrat. Ziel ist es, dass die Quartierbeiz spätestens

im April 2014 im Sinne des damaligen Beschlusses des Grossen Stadtrats wieder funktioniert. Ich kann also Entwarnung geben, wir sind auf gutem Weg. “

Iren Eichenberger (OeBS):

”Ich glaube nicht an die Vorgehensweise des Stadtrats; mir geht es genauso wie Christa Flückiger und Hermann Schlatter ausgeführt haben. Es war explizites Ziel der damaligen Beratungen im Grossen Stadtrat, dass der Alte Emmersberg eine Quartierbeiz bleibt. Wenn wir jetzt einen potenten Investor suchen, der sich eine solche Investition auch leisten kann, glaube ich nicht, dass er seine Beiz dann als Quartierbeiz rentabel führen kann, sondern es wird eine Renommierbeiz. Da beisst sich die Katze in den Schwanz. Dazu möchte ich noch weitere Details hören. “

SR Peter Neukomm::

”Ich kann Iren Eichenberger beruhigen, die Auflagen in der Ausschreibungen sind auf eine Quartierbeiz ausgelegt; dies ist allen, die sich an der Ausschreibung beteiligt haben, klar. Wir haben konkrete Interessenten, die den Alten Emmersberg als Quartier- und nicht als Renommierbeiz führen wollen. “

Thomas Hauser (FDP):

”So abwegig ist der Vorschlag des Stadtrats gar nicht. Es gibt in Schaffhausen Restaurants in privater Hand, wo Wirte eingezogen sind und bis zu CHF 3 Mio. investiert haben. Die vom Finanzreferenten und dem Stadtrat aufgezeigte Variante ist keine Neuigkeit. Wenn ein Wirt ein Quartierrestaurant auf seine Art florieren sieht, ist er auch bereit, dafür etwas zu entrichten. “

Seite 184, 62200 Liegenschaften des Finanzvermögens

703.111 Stadthausgeviert, Sanierung Realisierung Stadtbüro, Planungskredit:

Urs Tanner (SP):

”Wir haben mit dem Budget 2012 CHF 54'000.-- Planungskredit gesprochen. Kurze Frage: Wie geht es der Vorlage, wann kommt diese? “

SR Dr. Raphaël Rohner:

”Wir haben eine Steuerungsgruppe eingesetzt, die sich aus dem Stadtpräsidenten, dem Finanzreferenten und meiner Person zusammensetzt, und eine Projektgruppe, die noch im Dezember 2013 tagen wird. Bis nächstes Frühjahr soll das definitive Zahlenmaterial bezüglich des finanziellen Rahmens zur Verfügung stehen. Es werden verschiedene Varianten hinsichtlich Wirtschaftlichkeit zu prüfen sein. Voraussetzung dafür ist nun eine grosse Auslegeordnung.

Wir müssen uns bewusst sein, dass das Stadthausgeviert in einem sehr schlechten Zustand ist und die nötigen Sockelinvestitionen, um anschliessend konkret planen zu können, sich voraussichtlich in Millionenhöhe bewegen. Wir werden erst dann entscheiden, wie das weitere Vorgehen aussieht, wenn detaillierte Kostenabklärungen vorliegen und genaue Aussagen zu den finanziellen Auswirkungen verschiedener Nutzungsvarianten gemacht werden können. Wir werden das Parlament auf dem Laufenden halten. “

Zu folgenden Kapiteln erfolgen keine Wortmeldungen:

V. Spezialfinanzierungen

VI. Städtische Fonds

VII. Spezialverwaltungen

VIII. KSD

IX. Betriebe

Seite 278, Voranschlag 2014 Verkehrsbetriebe Schaffhausen

41 Verkehrswerbung:

Res Hauser (JFSH):

"Der Voranschlag 2014 der Verkehrsbetriebe sieht vor, dass die Verkehrswerbung von CHF 50'000.-- auf CHF 60'000.-- erhöht wird. Die VBSH ist ein Monopolbetrieb in Schaffhausen und braucht meiner Meinung nach keine derart hohen Ausgaben im Bereich Werbung. Wer Bus fährt, fährt automatisch VBSH, und dass wir einen ÖV haben, wissen auch alle. APG-Plakate sind also total überflüssig. Folglich sollte der Posten Verkehrswerbung sinken. Ich stelle folgenden Antrag: Kürzung von CHF 60'000.-- auf CHF 40'000.--. "

SR Dr. Raphaël Rohner:

"Der Begriff Verkehrswerbung, der hier verwendet wird, sollte meiner Ansicht nach geändert werden. Die finanziellen Mittel werden nicht eingesetzt für Werbung im eigentlichen Sinn. Ich gebe Res Hauser insofern Recht; bei uns besteht keine Wahl, ob sich jemand auf städtischem Gebiet mit städtischen Bussen oder einem anderen Angebot bewegen möchte, sofern man nicht mit dem eigenen Auto, dem Velo oder zu Fuss unterwegs ist. Die VBSH geben nur sehr wenig Geld für eigene Werbung aus. Der unter der erwähnten Position aufgeführte Aufwand bezieht sich auf Kosten, welche die VBSH im Rahmen des FlexTax zu tätigen haben, das heisst Kommunikationsmassnahmen, Tarifprospekte (inklusive Verteilung in die Haushalte) und generelle Informationen zu Fahrplanwechseln; die Kundschaft soll über neue und veränderte Angebote informiert werden. Es handelt sich somit um vertiefte Informationen und nicht um eigentliche Werbung, obwohl man sich einen gewissen Werbeeffect erhofft, dass Leute vermehrt den Bus nutzen oder vom Auto auf den Bus umsteigen. "

Res Hauser (JFSH):

"Ich habe schon noch eine Frage: Bei der Einführung der neuen Trolleybusse gab es grossformatige Werbung mit der Aufforderung "Fahren Sie mit der neuen Linie 1". Ist diese Werbung in der erwähnten Position integriert? "

SR Dr. Raphaël Rohner:

"Ich habe soeben ausgeführt, dass ein erheblicher Teil Information und keine eigentliche Werbung sei. Mehr kann ich dazu nicht sagen, das wissen Sie doch bestimmt auch. "

Res Hauser (JFSH):

"Ich ändere meinen Antrag wie folgt: Kürzung auf CHF 50'000.-- gemäss Voranschlag 2013. "

SR Dr. Raphaël Rohner:

"Ich könnte damit sehr gut leben. "

Iren Eichenberger (OeBS):

"Ich brauche täglich den Fahrplan, seit keine Abfahrtszeit mehr mit der anderen übereinstimmt. Diese Fahrpläne, die gratis abgegeben werden, gehören sicherlich auch zu diesem Informationsmaterial; dieser Teil darf aber keineswegs gekürzt

werden. Sofern dies gesichert ist, kann auch ich gut mit den beantragten CHF 50'000.-- leben. "

SR Dr. Raphaël Rohner:

"Ich kann diesbezüglich keine Garantie abgeben, sondern nur sagen, dass das Informationsmaterial mit dem Belassen des eingestellten Betrags auf dem Niveau des Voranschlags 2013 in etwa gleich bleiben wird wie bis anhin. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den von Res Hauser (JFSH) gestellten Antrag mit 25 : 1 Stimmen gut.

Zu folgenden Kapiteln erfolgen keine Wortmeldungen:

II. Sachgruppenstatistik

I. Gesamtergebnis der Verwaltungsrechnung

Der **1. Vizepräsident, Georg Merz (OeBS)**, verliest die Botschaft des Stadtrats an den Grossen Stadtrat Schaffhausen zum Voranschlag 2014 vom 24. September 2013, Seite 1-13 sowie die Anträge der GPK vom 26. November 2013 wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Voranschlag der Einwohnergemeinde Schaffhausen für das Jahr 2014 wird gemäss Art. 25 lit. d der Stadtverfassung genehmigt und nach Art. 11 der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Der Gemeindesteuerfuss wird auf 98 Prozent festgesetzt und nach Art. 25 lit. c Ziff. 1 in Verbindung mit Art. 11 der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Leonardo Pivetta (AL):

"Ich mache es kurz, es ist ja bereits öffentlich und nachzulesen auf radiomunot.ch. Im Namen der SP/JUSO/AL-Fraktion beantrage ich eine Erhöhung des Steuerfusses um 6% auf 104% und verzichte auf weitere Ausführungen. Wie bereits erwähnt, die Nettoverschuldung wird auf CHF 90 Mio. steigen, wir haben einen Investitionsstau, der ohne diese Steuerfusserhöhung nicht bewältigt werden kann, et cetera. "

Urs Tanner (SP):

"Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt den Antrag der Steuerfusserhöhung um 6 Punkte, die Begründung steht auf Seite 13 der Botschaft des Stadtrats. Wir haben soeben CHF 10'000.-- gespart. Aber es ist ein Stand by-Budget, wir nähern uns mit grossen Schritten Richtung Winterthur. Es geht eben nicht um die bröckelnden Brücken, über die Sie sich lustig machen. Hinzu kommt ein hoher Investitionsstau wegen aufgeschobenem Unterhalt, Stadthausgeviert, KSS Badewasseraufbereitung, Sport- und Freizeitanlagen, Fussball-Stadion Breite und Altersheime. Wir können nicht einfach den Laden schliessen, nichts mehr bauen und zum Superbudget gratulieren. Wir haben den Mut zu einer Steuerfusserhöhung von 6%, was nicht mehr Schulden heisst, wir bleiben

handlungsfähig und bauen für Neuzuzüger Schulhäuser und notwendige Fussballanlagen. Stehen Sie doch endlich dazu. Wer Ja zu Null sagt, sagt Ja zum Stillstand. “

SR Peter Neukomm:

”Ich habe in meinem Eintretensvotum schon begründet, warum der Stadtrat Ihnen beantragt, auf dem Steuerfuss von 98% zu bleiben. Wir haben uns etwas überlegt und in der Botschaft dargelegt. Es handelt sich um ein Übergangsjahr, in dem das Ihnen vorgelegte Budget aufgrund der tiefen Investitionen zu verantworten ist. Es ist keineswegs richtig, wenn Urs Tanner sagt, wir seien bereits auf dem Weg nach Winterthur, das zweistellige Millionendefizite in der Laufenden Rechnung auswies. Zum Glück sind wir davon weit entfernt. Ich bitte Sie, beim Antrag des Stadtrats von 98% zu bleiben. “

Hermann Schlatter (SVP):

”Wir haben heute Abend über das Budget des Jahres 2014 beraten; ich kenne den aktuellen Stand des Ertragsüberschusses nicht. Wir sind wahrscheinlich bei rund CHF 546'000.--. Wir führten vor gewisser Zeit ein Streitgespräch bei Radio Munot, wo es unter anderem um das Instrument der Objektsteuer ging. Insbesondere das Stadthausgeviert könnte sehr wohl mit einer Objektsteuer finanziert werden; dann könnte der Souverän auch tatsächlich sagen, ob er das Geld ausgeben will oder nicht. Wir sind in der glücklichen Lage, bei Biorender bescheiden investiert zu haben, vielleicht benötigt Winterthur deshalb das Geld. “

Dr. Katrin Bernath (OeBS):

”Wir stimmen überein, dass Investitionen notwendig sind und sind erfreut darüber, dass konkrete Schritte insbesondere beim Stadthausgeviert angekündigt wurden. Die Projekte müssen zuerst konkret geplant werden können, dazu braucht es personelle Ressourcen zur Vorbereitung. Auch wenn wir beim vorgeschlagenen Steuerfuss bleiben, heisst dies noch lange nicht, dass nichts geplant und nicht investiert wird. Wir erwarten konkrete Planungen für Projekte, denen wir dann zustimmen können. Wenn wir nächstes Jahr sehen, dass die finanziellen Mittel nicht ausreichen, müssen wir allenfalls kurzfristig mehr Schulden in Kauf nehmen, wenn wir wichtige Projekte, die breit abgestützt sind, auch umsetzen wollen. Wir sind der Meinung, dass zuerst konkrete Projekte vorliegen müssen, und dann sind wir auch bereit, einer Steuererhöhung zuzustimmen. “

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den vom Stadtrat vorgeschlagenen Steuerfuss von 98% mit 20:11 Stimmen gut.

3. Die Lohnentwicklung nach Art. 19 Abs. 2 Personalgesetz wird mit 1,6 Prozent festgelegt.

Hermann Schlatter (SVP):

”Ich habe die Begründung bereits vorgetragen, warum wir der Meinung sind, dass die Lohnsummenentwicklung bei 0,8% bleiben soll; der Hauptgrund liegt darin, dass wir mit dem Kanton gleichziehen wollen. Im letzten Jahr mit dem negativen Budget von CHF 3 Mio. standen wir ebenfalls zu diesem Vorgehen.

Wir sollten auch den Kantonsangestellten gegenüber ein verlässlicher Partner sein. Daher beantragen wir, die vom Stadtrat mit 0,8% vorgeschlagene Lohnsummenentwicklung zu belassen. “

René Schmidt (OeBS):

”Es geht um eine wichtige Frage: Die Lohnsummenentwicklung der städtischen Angestellten. Wir haben es gehört, eine Lohnsummenentwicklung von 1,6% steht im Raum respektive eine Erhöhung von 0,8%. Meine Botschaft lautet: Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.

Ich möchte die Löhne des Stadtpersonals eigentlich anpassen, aber in einer verträglichen Grössenordnung. Die Löhne des Stadtpersonals haben in den letzten Jahren nicht mit der positiven Wirtschaftsentwicklung Schritt gehalten. Zudem haben wir heute über Lohnvergleiche mit anderen Kantonen und Städten diskutiert. Hier wird immer wieder die Botschaft laut, dass die städtischen Löhne grossmehrheitlich unter den Vergleichszahlen liegen. Das ist die aktuelle Situation. Mit dem geltenden Personalgesetz wurde ein Lohnentwicklungssystem eingeführt, das Lohnsummensteigerungen von 2 bis 3% verlangt, um befriedigende Lohnperspektiven zu bieten. Die Budgetsituation lässt eine moderat verbesserte Lohnsummensteigerung zu.

Ich stelle den Antrag, die Lohnsummenentwicklung um 1% zu erhöhen, um dem Personal die Wertschätzung direkt und spürbar zu vermitteln. Ich möchte das Argument des Gleichschritts mit dem Kanton, das wir auch schon gehört haben, nicht als sakrosankt gelten lassen. Es ist eine Tatsache, dass diese “Gleichung” eben nicht in allen Bereichen funktioniert, und deshalb darf die bessere Budgetsituation der Stadt auch dem Personal bessere Möglichkeiten bieten. “

SR Peter Neukomm:

”Ich bitte Sie, beim Antrag des Stadtrats von 0,8% Lohnsummenentwicklung zu bleiben. Da es ja keine Teuerung gibt, wird die Erhöhung wohl rein individuell verteilt, je nach lohnwirksamer Mitarbeiterqualifikation. Selbstverständlich muss dies noch mit den Personalverbänden ausgehandelt werden, dies ist noch nicht definitiv. Aber angesichts der Teuerung null, gehen wir von der erwähnten individuellen Verteilung aus.

Ich nehme nochmals Bezug auf meine Bemerkungen zum Votum von Hermann Schlatter in der Eintretensdebatte. Offenbar bin ich missverstanden worden. Es ging mir nicht um einen persönlichen Angriff, und es tut mir leid, wenn dies so verstanden wurde. Das von Hermann Schlatter isoliert verwendete Zitat hätte den Eindruck erwecken können, dass die Personalverbände 0,8% akzeptiert und keinen anderen Antrag gestellt hätten. Die Personalverbände hatten einen Antrag mit 1% gestellt, der Stadtrat entschied sich für 0,8%. Die Personalverbände haben ein gewisses Verständnis für die schwierige Lage gezeigt. Es geht mir darum, dass nicht morgen in der Zeitung steht, die Personalverbände hätten 0,8% beantragt - nur dies wollte ich verhindern, und deshalb erfolgte mein Einwand.

Ich bitte Sie, bei der vom Stadtrat vorgeschlagenen Lohnsummenentwicklung von 0,8% zu bleiben. Wenn die Verteilung rein individuell erfolgt, gibt es keine Differenz zu den kantonalen Lohnbändern. Wäre die Lohnerhöhung generell, ergäbe sich eine Verschiebung der Lohnbänder. Es gibt natürlich auch die

politische Komponente, welche dieser Rat bisher teilte, dass die Stadt möglichst gleich wie der Kanton vorgeht. “

Leonardo Pivetta (AL):

”Ich mag solche Kompromisse nicht. Wirklich wirksam wären nur Lohnsummensteigerungen von mindestens 2%; deshalb bin ich René Schmidt für seinen Antrag dankbar und werde diesen unterstützen. Voraussichtlich wird dies die SP/JUSO-Fraktion auch machen. Wir haben heute Abend viel Gutes und Positives entschieden. Für diejenigen, die am Antrag von 0,8% festhalten, möchte ich in Erinnerung rufen, dass das städtische Personal dafür gesorgt hat, dass CHF 5 Mio. eingespart werden konnten. Deshalb finde ich 1% das Allermindeste, das wir den Mitarbeitenden der Verwaltung gewähren müssten. “

SR Peter Neukomm:

”Der Unterschied von 0,8% zu 1% Lohnsummenentwicklung beträgt CHF 161'000.--. “

Ausmehrung der beiden Anträge 0,8% und 1%:

In der Ausmehrung obsiegt der Antrag auf eine Lohnsummenentwicklung von 0,8% mit 20:12 Stimmen.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag des Stadtrats auf eine Lohnsummenentwicklung von 0,8% mit 20:12 Stimmen gut.

4. Der Stadtrat wird ermächtigt, die im Jahre 2014 benötigten fremden Mittel zu beschaffen. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

SR Peter Neukomm gibt die aktuellen Zahlen wie folgt bekannt:

”Die Budgetdebatte startete mit einem Ertragsüberschuss von CHF 536'700.--. Wir haben das Budget gegenüber dem GPK-Antrag um CHF 672'100.-- verbessert und stehen jetzt neu auf einem Ertragsüberschuss von CHF 1'208'800.--. “

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst das Budget 2014 unter Berücksichtigung der GPK-Anträge und der heute im Verlauf der Debatte beschlossenen Änderungen in der Schlussabstimmung mit 21:9 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSMITTEILUNG:

Die heutige Sitzung gilt als Dreifachsitzung.

Die nächste Sitzung findet am Dienstag, 10. Dezember 2013, um 18 Uhr, statt.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 23:05 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring